Rot-Rot-Grün: Vision eines Alptraums S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 13 – 31. März 2017

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Weist den Weg ins Wahljahr: Die wiedergewählte Annegret Kramp-Karrenbauer (re.) mit ihrer Kontrahentin Anke Rehlinger Bild: pa

Harte Signale

Saarland-Wahl zwingt nicht nur SPD und AfD zu schwieriger Weichenstellung

2017 wird eines der spannendsten Wahljahre in der jüngeren Geschichte Deutschlands – das ist seit Sonntag sicher.

Alles wieder offen, lautet das Signal von der Saar: Vor allem bei der SPD des Martin Schulz hat das Ergebnis der Landtagswahl heftige Verunsicherung ausgelöst. Die CDU von Angela Merkel, zuletzt arg in Bedrängnis geraten, darf dagegen ein wenig durchatmen – wenn auch längst nicht so tief, wie es der berufsoptimistische Jubel von Generalsekretär Peter Tauber am Wahlabend glauben machen wollte.

Den über Wochen zum Überflieger stilisierten Schulz hat der Urnengang mit zwei heiklen Aufgaben konfrontiert. Er muss endlich konkret benennen, wofür und wogegen er wirklich steht. Und er wird eine realistische Aussicht anbieten müssen, mit welcher Koalition er eigentlich ins Kanzleramt vordringen will.

Nach derzeitigem Stand bieten sich nur zwei Möglichkeiten: Entweder die SPD überholt die Union und Schulz wird nächster Kanzler einer weiteren Großen Koalition. Oder die Sozialdemokraten verbünden sich mit den Grünen und der Linkspartei.

> Merkel allein reicht nicht mehr: CDU wird Inhalte liefern müssen

Ersteres erscheint unwahrscheinlich, nur zweimal in der Geschichte der Bundesrepublik, 1972 und 1998, haben die Sozialdemokraten die CDU/CSU hinter sich gelassen. Die zweite Variante ist bei vielen Wählern äußerst unpopulär. Allein die Aussicht auf eine Beteiligung der Linkspartei an einer Regierung im Schlepptau der SPD hat die Sozialdemokraten im Saarland laut Demoskopen massiv Stimmen gekostet.

Bei den Inhalten blieb Schulz bislang absichtlich schwammig. Er weiß: Je konkreter er sich äußert, desto angreifbarer wird er. Doch Medien und politische Gegner machen dem Kandidaten das Entwischen ins Allerlei zunehmend schwer.

Allerdings steht die CDU kaum besser da. Ihre inhaltliche Schwäche konnte sie früher mit der Person Angela Merkels überdecken. Im Unterschied zu Annegret Kramp-Karrenbauer hat Merkel jedoch viel persönliches Vertrauen eingebüßt durch ihr epochales Versagen in der Asylkrise. Auch die CDU muss also Inhalte liefern. Dabei erhoffen sich zahlreiche Anhänger eine Korrektur des Linkstrends, die unter Merkel schwer werden dürfte. Bleibt diese Korrektur aber aus, könnten bald wieder mehr Konservative zur AfD abwandern.

Die neue Partei hat an der Saar indes nur ihren Kernwählerbestand mobilisiert. Der ist für eine so junge Truppe zwar beachtlich groß und stabil. Doch enthüllt das Ergebnis auch, dass ewige Streitereien und missverständliche Schlenker nach Rechtsaußen der AfD den Zugang zum breiten Bürgertum verbauen. Es wird sich zeigen, ob die Blauen die Kraft und die Vernunft aufbringen, beides in den Griff zu bekommen.

Zwar ist der September noch ewig hin. Doch schon jetzt zeichnet sich ab, dass Deutschland in eines der spannendsten Wahljahre seiner jüngeren Geschichte eingetreten ist. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Aufbruch?

Am vergangenen Wochenende hat sich in Schwetzingen der Freiheitlich-Konservative Aufbruch (FKA) als ein bundesweiter Zusammenschluss von Mitgliederinitiativen in der CDU und CSU konstituiert. Er verfolgt das Ziel, „konservative und wirtschaftsliberale Kräfte innerhalb der Union stärker zu vernetzen und dazu beizutragen, dass sich insbesondere die CDU wieder auf ihren Markenkern besinnt".

Man fragt sich, was die Initiativen, die sich hier zusammengeschlossen haben, bisher eigentlich gemacht haben. Groß angekündigte konservative Aufbrüche hat es in der Union in den vergangenen Jahren gleich mehrere gegeben, vom „Berliner Kreis" bis zu „Konrads Erben". Sie alle haben aufrüttelnde Manifeste und leidenschaftliche Deklarationen verfasst. Und dann passierte – nichts. Keine in brennender Sorge um die Union auf Parteiversammlungen und Parteitagen gehaltenen flammenden Reden, keine Delegierten, die den Parteioberen bei Abstimmungen demonstrativ die Gefolgschaft verweigerten. Auf dem CDU-Parteitag im Dezember wurde Angela Merkel sogar mit knapp 90 Prozent als Vorsitzende wiedergewählt. Nicht ihr bestes Ergebnis, aber immerhin eines, mit dem sie ihre „Beute" CDU weiterhin sicher im Griff behalten kann. Nach ihren großen Worten haben die Aufbrechenden mit Masse gekniffen.

Immerhin, es ist gut, dass auch nach 17 Jahren Merkel-Herrschaft, die wie ein alles erstickender Mehltau über der Union liegt, noch konservative Mitglieder übriggeblieben sind, die sich der ideologischen Gleichschaltung widersetzen. Es bleibt abzuwarten, ob deren neue Dachorganisation mehr zustande bringt, als ein Positionspapier. Denn das ist geduldig.

Abrücken vom Asylpaket II

SPD-Politiker fordern schnellere Nachzugserlaubnis für Verwandte

Erst im Frühjahr 2016 hatte sich die Regierungskoalition aus CDU, CSU und SPD im Asylpaket II darauf geeinigt, den Familiennachzug für sogenannte subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre auszusetzen. Dies war nicht nur ein Gebot der Vernunft angesichts der Zahlen von Asyl- und Schutzsuchenden, sondern auch die Rückkehr zu einem früher geltenden Rechtszustand: Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge bedürfen im Gegensatz zu individuell politisch Verfolgten nur für begrenzte Zeit des Schutzes in Deutschland, sie kehren in absehbarer Zeit wieder in ihre Heimatländer zurück, so der Gedanke, der hinter der Beschränkung des Familiennachzugs steht. Unter Verweis auf die Humanität stellen inzwischen jedoch nicht nur Kirchenvertreter, Grüne und die Linkspartei die Begrenzung des Nachzugs bei einem subsidiären Schutzstatus in Frage, sondern auch einige Politiker der SPD. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund lehnt die Aufhebung der Einschränkung beim Familiennachzug dagegen strikt ab.

Tatsächlich stellt schon der Nachzug von Ehepartnern und Kindern von anerkannten Asylbewerbern und Personen, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt wurden, eine immense Herausforderung für die deutschen Städte und Kommunen dar. Seit dem Jahr 2015 sind allein aus Syrien bis zu 500000 Personen nach Deutschland gekommen. Vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) liegt die Prognose vor, dass im Schnitt jeder anerkannte syrische Flüchtling einen Angehörigen nach Deutschland holen wird. Allein diese Schätzung lässt erahnen, welche Herausforderung auf die deutsche Gesellschaft in den nächsten Jahren noch zukommt. Bislang kaum thematisiert wird, was die Massenimmigration nach Deutschland für die Zukunft Syriens bedeutet. *Norman Hanert*

Experten gegen Maas

Regulierung sozialer Medien: Journalisten und Juristen skeptisch

Medien- und Rechtsexperten bewerten die von Bundesjustizminister Heiko Maas geforderte staatliche Regulierung zur Eindämmung von Hetze und Hasskommentaren im Internet und den sozialen Medien zurückhaltend bis skeptisch.

Der Journalist Markus Reuter von „netzpolitik.org" verwies vor dem Bundestags-Kultur- und Medienausschuss darauf, dass die Phänomene „fake news" und „hate speech" wissenschaftlich bislang kaum erforscht seien. Bereits dieser Umstand mache den Versuch einer staatlichen Regulierung schwierig. Umgekehrt dürfe die Frage, welche Inhalte veröffentlicht werden dürfen, nicht allein den Betreibern von Plattformen wie Facebook überlassen werden. Dies käme einer Privatisierung von rechtlich relevanten Fragen gleich. In diesem Sinne argumentierte auch der Rechtswissenschaftler Tobias Keber von der Hochschule der Medien Stuttgart. Er warb für ein System der Selbstregulierung mit einer Mischung aus Beschwerde- und Kennzeichnungsmöglichkeiten durch externe und unabhängige Faktenchecker. David Schraven vom Recherchezentrum Correctiv sprach sich ebenfalls für ein System der Selbstregulierung durch unabhängige Faktenchecker aus. Dies könne ähnlich wie das System der Freiwilligen Selbstkontrolle beim Fernsehen organisiert und von den Betreibern der Internetplattformen finanziert werden. In jedem Fall müsste aber ihre Unabhängigkeit gewährleistet werden.

Der Rechts- und Medienwissenschaftler Wolfgang Schulz vom Hans-Bredow-Institut verwies darauf, dass jede Form der staatlichen Regulierung in diesem Bereich auf eindeutigen gesetzlichen Grundlagen basieren müsse. Der von Maas vorgelegte Gesetzentwurf beziehe sich deshalb auch ausschließlich auf strafrechtlich relevante Sachverhalte. Das Recht auf freie Meinungsäußerung dürfe nicht beschädigt werden. Dieser Sichtweise schloss sich auch die Direktorin der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, Anja Zimmer, an. *hib/JH*

MELDUNGEN

Spekulationen über Kims Neffen

Peking – Die in Macao und in Peking lebenden Angehörigen des ermordeten Kim Jong-nam, Halbbruder des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-un, weigern sich aus Angst vor nordkoreanischen Mordanschlägen, zur Identifizierung des Ermordeten in die malaysische Hauptstadt Kuala Lumpur zu kommen. Derweil hat sein Sohn Kim Han-sol angekündigt, seinen Vater rächen zu wollen. Die niederländische Botschaft in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul hat ihm ihre Hilfe angeboten. Gerüchteweise soll Kim Han-sol bereits in den Niederlanden sein. Selbst gut informierte Kreise in Seoul wissen nichts über seinen Aufenthaltsort. Aller Wahrscheinlichkeit nach hält er sich in Peking versteckt, in der Hoffnung, eines Tages Kim Jon-un zu beseitigen und an dessen Stelle die Macht in Pjöngjang zu übernehmen. *F.W.S.*

Putin mischt sich in Libyen ein

Moskau – Russland strebt nach mehr Einfluss in Libyen. Das könnte dem 73-jährigen General Khalifa Haftar dazu verhelfen, zumindest den Osten des Landes unter seine Kontrolle zu bekommen. Haftar hat sich hier in dem seit 2011 andauernden Bürgerkrieg in Libyen als stärkste Kraft herausgebildet. Mit der Rückendeckung Moskaus hat er jetzt eine Offensive gegen die fundamentalislamischen sogenannten Bengasi-Verteidigungsbrigaden gestartet, um diese aus den Öl-Häfen zu vertreiben. Für die Unterstützung Haftars spricht, dass er ausgebildeter Offizier ist und dass es der Einheitsregierung GNA noch immer nicht gelungen ist, in der Anarchie der Milizen in der Hauptstadt Tripolis Ordnung zu schaffen und zu regieren. Es scheint, dass Haftar den Russen auch dazu dienen soll, ihnen wieder mehr Zugang nach Ägypten zu verschaffen, dem größten arabischen Land und ersten Verbündeten Moskaus in der Region. *B.B.*

Namibia verklagt Deutschland

New York – Nach Meldungen namibischer Zeitungen, darunter auch der deutschsprachigen „Allgemeinen Zeitung" in Windhuk, will sich die Regierung von Namibia nach Jahren des Zauderns jetzt doch der Klage der Volksgruppen-Führer der Herero und Nama in den USA anschließen und Deutschland wegen Völkermords an diesen Volksgruppen in dem ehemaligen Schutzgebiet Deutsch-Südwest in den Jahren 1904 bis 1908 verklagen. Bisher hatte die Regierung Namibias, die aus Vertretern des Ovambovolkes besteht, auf die Forderung von Reparationszahlungen verzichtet. Anfang des Jahres hatten Vertreter der Herero- und Nama-Stämme in den USA eine Klage eingereicht. Ein Team internationaler Anwälte arbeitet daran, den Fall vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen. Deutschland verhandelt seit einigen Monaten mit der Regierung Namibias über eine Aufarbeitung der Geschichte. Die Bundesregierung, die selbst seit einem Jahr von Völkermord spricht, lehnt individuelle Entschädigungen ab. Eine UN-Expertengruppe hatte die Bundesregierung jedoch im Februar aufgefordert, Herero- und Nama-Vertreter stärker an den Verhandlungen zu beteiligen, und kritisiert, dass es keine Entschädigungszahlungen gegeben hat. *B.B.*

»Deutschland ist ein ›failed state‹«

Bassam Tibi äußert sich im Interview mit der *PAZ* zur deutschen Asylpolitik

Der aus Syrien stammende Nahostspezialist Bassam Tibi (72) lebt seit 1962 vorwiegend in Deutschland und den USA und war als Professor für internationale Beziehungen und Berater mehrerer Regierungen tätig. Von 2005 bis 2016 war er, wie er selbst sagt, in Deutschland wegen seiner „unbequemen Gedanken" einer „Tyrannei der herrschenden Meinung und Gesinnung" zum Opfer gefallen. Erst zum Höhepunkt der Asylkrise ist es dem Autor des Buches „Europa ohne Identität", der in den 1990er Jahren die Begriffe des „Euroislam" und der „Leitkultur" geprägt hatte, gelungen, als Mahner auf die öffentliche Bühne zurückzukehren. Das Interview führte Bodo Bost.

PAZ: *Was bedeutet „Euroislam"?*

Bassam Tibi: Der Begriff Euroislam ist ein politisches Konzept, nachdem die Kinder von in Europa geborenen und sozialisierten muslimischen Migranten mit Hilfe des Bildungssystems und der Medien europäische Wertevorstellungen in ihr Verständnis vom Islam übernehmen sollen. In einigen Ländern, wie Schweden und Holland, fand dieses Islamverständnis viel Interesse, leider nicht in Deutschland. In Deutschland gilt nach dem Gebot der verfassungsmäßigen Religionsfreiheit der Kopftuchislam nach den Vorgaben der Scharia. Nur ein einziger Islamlehrstuhl in Deutschland, nämlich der von Münster mit Professor Khorchide, ist mit einem islamischen Reformtheologen besetzt, und auch seine Absetzung wird von den konservativen Islamverbänden vehement gefordert. Dieser organisierte deutsche Islam wird von den Wahhabiten und der Muslimbruderschaft aus Saudi-Arabien und der türkischen DITIB, dem verlängerten Arm von Erdogans AKP, beherrscht. Wenn muslimische Migranten nicht integriert werden, bilden sich Parallelgesellschaften wie in den Banlieux in Frankreich, und diese sind die erste Vorstufe zu einem Bürgerkrieg.

PAZ: *Kann man Zuwanderung begrenzen oder eindämmen?*

Tibi: Zunächst einmal: Zuwanderung ist keine Naturkatastrophe. Ich mache einen Unterschied zwischen Einwanderung, die aus demographischen Gründen gebraucht wird, und der unkontrollierten Zuwanderung, mit der wir es jetzt in Europa zu tun haben. Wenn ein Staat darauf verzichtet, seine Grenzen zu kontrollieren, ist er wissenschaftlich gesehen ein „failed state", ein gescheiterter Staat, wie Deutschland. Wenn zwischen September und Dezember 2015 Hunderttausende bis zu einer Million Zuwanderer nach Deutschland eingereist sind, ohne dass man weiß, woher diese Menschen kommen, und die Regierung das auch noch zugibt, dann muss man von einem gescheiterten Staat sprechen. Was stattfindet, ist keine Migration, sondern eine Völkerwanderung. Leider wird eine sachliche Debatte hierüber durch Gesinnungsterror verhindert. Merkels Deutschland hat im Zeitraum 2015/2016 Millionen Menschen im Rahmen einer Willkommenskultur ohne eine klare Bestimmung in sein Territorium unkontrolliert hineingelassen. Die Regierung hat kein Konzept für den Umgang mit diesen Menschen beziehungsweise wie sie in das bestehende Gemeinwesen eingegliedert werden können. Die USA, Kanada und Australien sind klassische Einwanderungsländer, wo es solche Konzepte gibt, Deutschland ist dagegen das größte Zuwanderungsland der Welt geworden, weil es statistisch gesehen mehr Migranten als selbst die USA aufnimmt. Alleine die Stadt Hamburg nimmt pro Jahr die Hälfte der Zahl an Zuwanderern (35000) auf, wie die USA in einem Jahr als gewollte Einwanderer (70000) aufnimmt, aber die USA sind mehr als viermal so groß wie Deutschland. Allerdings ist in den USA die illegale Zuwanderung über Mexiko, die statistisch nicht erfasst werden kann, sehr viel größer.



Gegner des „Scharia-Kopftuch-Islam": Bassam Tibi Bild: Bost

PAZ: *Haben wir als reiche Europäer nicht auch eine moralische Pflicht, Menschen aus ärmeren Ländern zu helfen?*

Tibi: Gesellschaftlich ist es neben der Differenzierung zwischen Ein- und Zuwanderung erforderlich, auch zwischen humanitärer Politik und Einwanderungspolitik zu unterscheiden. Es ist unbestreitbar, dass politisch Verfolgte ein Recht auf Asyl haben – dieses Recht ist aber ein individuelles und kein Gruppenrecht. Eine politische Verfolgung verleiht dem Antragsteller zudem keinen Dauerstatus, ist also keine Einwanderung. Denn das Asylrecht berechtigt nur zu einem zeitlich begrenzten Aufenthalt. Zuwanderung ist chaotisch. Einwanderung erfolgt dagegen erstens nach Bedarf der Aufnahmegesellschaft und zweitens mit dem Ziel, die eingewanderte Person auf Dauer zum individuellen Mitglied des Gemeinwesens zu machen. Ein Bürger-Status als Citoyen muss durch Arbeit erworben werden und kann nicht geschenkt werden, so wie Gesinnungsethiker dies tun, wenn sie Flüchtlinge, die nicht einmal die Landessprache sprechen, zu „neuen Bürgern" hochstufen.

> Was stattfindet, ist keine Migration, sondern eine Völkerwanderung

PAZ: *Zurzeit versucht die EU nach dem Muster des Türkei-Flüchtlingsdeals einen solchen auch mit Libyen zu machen. Was halten Sie davon?*

Tibi: Neben der inzwischen einigermaßen geregelten Balkanroute ist die Mittelmeerroute von Libyen aus heute der zentralste Weg für Millionen Armutsflüchtlinge aus Afrika nach Europa. Diese Mittelmeerroute kann man nur in den Griff bekommen, wenn die staatliche Ordnung in Libyen wiederhergestellt ist. Aber kein EU-Politiker hat darauf eine Antwort. Libyen ist nur noch ein nomineller Staat und es gibt dort keine staatlich funktionierende Ordnung mehr. Es gibt nicht einmal ein libysches Volk, wie es etwa ein syrisches oder ägyptisches gibt. Zirka 125 schwer bewaffnete islamistische oder afrikanische Milizen kontrollieren das Land und die Fluchtrouten. Die Milizen lassen sich von außen nicht entwaffnen, das heißt USA oder EU können den intern bedingten Staatszerfall nicht beseitigen. Statt ihre Grenzen zu schützen, betreibt die EU mit Frontex-Schiffen nicht nur Seerettung im Mittelmeer, sondern dient dem Transport der Geretteten nach Europa. Die EU-Frontex-Schiffe sind so zu einem „kostenlosen Taxi-Unternehmen" geworden, das den Schleusern Beihilfe zu ihrer Arbeit leistet. Europa hat nicht nur kein Konzept zum Umgang mit dieser illegalen Migration von Armutsflüchtlingen, die EU bietet auch der organisierten Kriminalität von Islamisten und afrikanischen Kriminellen, in deren Rahmen das Schmuggelgeschäft mit den Flüchtlingen lukrativ betrieben wird, ihre Beihilfe an.

> »Die EU-Frontex-Schiffe sind zu einem ›kostenlosen Taxi-Unternehmen‹ geworden«

PAZ: *Halten Sie eine Obergrenze für Zuwanderer für sinnvoll?*

Tibi: Innerhalb der Union gibt es den Konflikt um die Zahl der Zuwanderung zwischen Bundeskanzlerin Merkel und CSU-Chef Seehofer. Seehofer möchte eine Begrenzung der Zuwanderung auf 200000 und Angela Merkel behauptet, dass im Grundgesetz keine Zahlen stehen. Dieser Konflikt ist lächerlich, in keiner Verfassung stehen Zahlen oder Prozente, aber kein Staat auf der Erde kann unbegrenzt Fremde aufnehmen. Die Grenze ist die Integrierbarkeit der Zuwanderer, niemand wird behaupten, auch von Merkel hört man „Wir schaffen das" nicht mehr, dass Deutschland diese Massen, die es aufgenommen hat und verwaltet, sinnvoll integrieren kann. Das Schlimme ist nicht, Millionen Menschen unvorbereitet aufzunehmen, sondern ihnen außer Unterbringung, Alimentierung und Sprachkursen nichts anzubieten. Eine Integration in eine Bürgeridentität findet nicht statt.

PAZ: *Wie ist die Lage in Ihrer Heimat Syrien ?*

Tibi: Als ich Syrien 1962 verlassen habe, hatte das Land dreieinhalb Millionen Einwohner, heute sind es über 30 Millionen, zwölf Million davon sind auf der Flucht, die meisten im eigenen Lande. Ich bin selbst Syrer und Humanist. Weltweit gab es im letzten Jahr 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Verpflichtung, Menschen zu helfen, hat Grenzen. Politik und Moral sind auseinanderzuhalten. Ich war im letzten Jahr in Ägypten und habe dort mit Bettlern gesprochen. Diese wussten von der Einladungskultur Deutschlands. Diese Menschen sind nicht verfolgt und sie verhungern nicht, aber dennoch will die Hälfte von ihnen weg, am liebsten nach Deutschland. Auch im Senegal habe ich gearbeitet, dort will auch die Hälfte der Menschen nach Europa gehen. Diese Armutsflüchtlinge aufzunehmen hat mit Humanität nichts zu tun. Islamisten, die in ihren eigenen islamischen Ländern verfolgt werden, sollte kein Asylrecht in Deutschland gewährt werden. Sie sind ein Risiko nicht nur für ihre Herkunftsländer, sondern auch für uns. Man muss klar sagen, dass Sicherheitspolitik der humanitären Politik gleichrangig sein muss, wenn der Rechtsstaat keine Selbstverleugnung betreiben will. Europa würde bei der Aufnahme von 65 Million Flüchtlingen aus Nahost und Afrika nicht mehr als zivilisatorische Entität existieren. Diese Tatsache muss man frei aussprechen dürfen.

PAZ: *Sie gelten auch als der Schöpfer des Begriffes der „Leitkultur", was verstehen Sie darunter?*

Tibi: Als ein Mensch nichteuropäischer Herkunft sehe ich europäische Identität deshalb positiv, weil sie einen inklusiven Rahmen bietet, der eine Verbindung zwischen den ethnischen Einheimischen und den Neuankömmlingen in einer Wertegemeinschaft ermöglicht. Ich nenne diesen Rahmen Europäische Leitkultur; eine Option, die nicht nur Islamisten, sondern auch Linksgrüne vehement ablehnen. Nicht nur Flüchtlinge und Islamismus bedeuten eine Gefahr. Eine große Gefahr für Europa stammt aus dem Inneren dieses Kontinents selbst, nämlich aus dem postmodernen, kulturrelativistischen Nihilismus, der jeden Wertebezug als Rahmen für Identität verleugnet. Dieser Verlust an Identität betrifft vor allem Laizität und säkulare Demokratie. Viele Zuwanderer bringen eine Weltanschauung mit, die beides verleugnet. Wenn Deutschland seine eigene Identität und ein vorhandenes Gemeinwesen verleugnet, dann ist die Folge zwangsläufig eine Unfähigkeit zur Integration. Zuwanderer, die sich ausgegrenzt fühlen, werden eine Identitätsalternative suchen und diese wird oft der Scharia-Kopftuch-Islam sein.

PAZ: *Wieso kommt es zu dieser seltsamen Allianz von Linkgrünen und Islamisten?*

Tibi: Die nihilistischen Linksgrünen sind ein Bündnis mit den Diaspora-Islamisten eingegangen, die zwar Zuflucht in Europa suchen und finden, zugleich aber den Kontinent islamisieren wollen. Es mag seltsam erscheinen, wie linksgrüne Kulturnihilisten mit Islamisten, die ja eigentlich religiöse Absolutisten sind, ein Bündnis eingehen können. Zum Bestand der europäischen Identität und seiner kulturübergreifenden Leitkultur gehören säkulare Demokratie, Laizität und Bürgerschaft als wesentliche Säulen des Gemeinwesens. Wenn man diese Idee von Europa abweist, bleibt nichts übrig. Die Linksgrünen missbrauchen die Flüchtlinge als Ersatzproletariat, um mit ihnen Politik zu machen. Die heutige linksgrüne Ablehnung Europas ist nicht neu; die Abweisung der westlichen Zivilisation als ein Herrschaftszentrum mit all den Übeln von Kolonialismus und Faschismus reicht weit zurück, das weiß ich als ein alter Linker der 1960er Jahre. Max Horkheimer, mein Lehrer in Frankfurt, der als Jude die NS-Zeit in den USA überlebt hatte, hat uns trotz aller Übel, die von Europa ausgingen, klar die positiven Seiten der europäisch-westlichen Werte aufgezeigt, die universell galten und von den alten Linken vertreten wurden, zu denen auch ich gehörte. Heutige Linksgrüne sind hingegen auch wertemäßig antieuropäisch und antiwestlich eingestellt. Westliche Werte werden synonym mit weißer Hautfarbe gleichgesetzt, sodass deren Verteidigung als „Rassismus" gilt. Die aus der islamischen Zuwanderung notwendig entstehenden „unversöhnlichen Parallelgesellschaften" sind für die Linken ein Segen, den sie als Multikulturalismus bezeichnen. Der linksgrüne Diskurs dominiert die öffentliche Meinung in Europa. Wer nicht mitmacht, wird in die rechtspopulistische Schmuddelecke gestellt. Als muslimischer Migrant fällt es mir schwer, diesen europäischen Selbsthass nachzuvollziehen. Max Horkheimer forderte uns damals auf, die westlich-europäische freie Welt als „Insel der Freiheit in einem Ozean der Gewaltherrschaft" zu verteidigen, und zwar nicht nur gegen den Faschismus Hitler'scher Prägung, sondern auch gegen den linken Totalitarismus Stalin'scher und Lenin'scher Provenienz. Ich bin dem Vermächtnis Max Horkheimers treu geblieben. Zu diesen bekannten Feinden Europas kommt heute aber noch ein dritter Feind hinzu: der Islamismus. Wer, wie ich, vor dem totalitären Islamismus warnt, wird von Linksgrünen mit den Vorwürfen „Rassismus" und „Islamophobie" eingedeckt. Ich weiß nicht, ob Europa die linksgrüne Selbstverleugnung überleben wird, ich hoffe aber, dass ich die Islamisierung Europas nicht mehr erlebe.

Angeschmiert und vernebelt

Was würde auf Deutschland zukommen, wenn Grüne, Linke und Sozialdemokraten regieren?

Endlich liefern soll SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz und Auskunft darüber geben, wie er sich eine Rot-Rot-Grüne-Koalition im Bund vorstellt. Das verlangen nach der verlorenen Wahl im Saarland jetzt vor allem die Vertreter der Linken und der Grünen. Herr Schulz, diese Mühe müssen sie sich nicht mehr machen. Wir haben es an dieser Stelle für Sie getan.

Wann hat man das schon einmal gesehen: Liebevolle Bussis zwischen Katja Kipping und Partei-Todfeindin Sarah Wagenknecht! Aber die Kameras an diesem „historischen“ Abend des 22. September 2017 haben es festgehalten und noch vieles mehr: Cem Özdemir knutscht mit Claudia Roth auf offener Bühne. Manuela Schwesig hat es sich in einer Sitzecke des Kasinos im Willy-Brandt-Haus auf dem Schoß von Martin Schulz bequem gemacht – ihrem Kanzler!

Ein wenig daneben das Ganze? Was solls? Die Freude ist mega an diesem Tag, und nur für die ewigen SPD-Miesepeter vom konservativen Seeheimer Kreis klingen die Farben, von denen jetzt alle sprechen, nach frischem Blut und angewelkten Brennnesseln: Sie heißen Rot-Rot-Grün. R2G werden sie abgekürzt. Andere jubeln über das „Breilibü“, das breite linke Bündnis. Die Sitzverteilung im Bundestag ist eindeutig. Es reicht zum regieren. Und das wird jetzt getan, aber mit Schmackes!

Die Tage nach dem Wahltriumpf verfliegen wie ein süßer Fiebertraum. Herrlich, diese vielen Gemeinsamkeiten, die sich da ausloten lassen. Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik wurden Koalitionsverhandlungen so schnell und so erfolgreich abgeschlossen. Wie gut, dass die „Linken“ so pragmatisch mit ihren außenpolitischen Vorstellungen umgehen. Der geforderte Austritt aus der NATO ist vom Tisch. „Das ist eine Vision, aber keine Frage für eine Koalition“, beschwichtigt Gregor Gysi die Parteibasis.

Ja, ja, was tut man nicht alles für einen Regierungsposten. Eingedenk seiner geliebten Tante, der 2013 verstorbenen englischen Literaturnobelpreisträgerin Doris Lessing, hat sich Gysi für das Amt des Kultur-Staatsministers entschieden. Aber sprechen wir nicht über Personalien, auch nicht darüber, dass die parteilose, ehemalige Stasi-Mitarbeiterin Anetta Kahane von der Amadeu-Antonio-Stiftung zur Integrationsministerin ernannt wurde. Jetzt geht es um Inhalte, und um das große Ganze. Halten wir uns an dieser Stelle auch nicht mit Deutschland auf. Dieses anstrengende Land kann am Kabinettstisch ohnehin keiner wirklich leiden. Außerdem: Ist nicht jeder Kleinbauer aus Burkina-Faso mindestens ebenso wichtig wie die CDU-wählende Vertriebenen-Witwe in Hamburg-Winterhude?

> Werbung mit Frauen wird verboten, in der Stadt gilt Tempo 30, Spitzenkräfte verlassen scharenweise das Land

Schon sind wir beim Thema Flüchtlinge. „Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft“ wünschen die Linken, ein „großzügiges Aufnahmeprogramm“ die Grünen. Jedes Flüchtlingsboot gilt es anzulanden, jede Immigrantenfamilie schnellstmöglich zusammenzuführen. Darin ist sich R2G schnell einig, auch wenn die Sozialdemokraten nach außen hin und für die bange Altklientel aus dem Milieu der Arbeiter und Kleinbürger ein wenig auf die Bremse treten. Hilfreich sind in diesem Zusammenhang aber vor allem die vielen links-grünen Unterstützer in Verwaltung und Medien. Ist doch Ehrensache, dass man alles tut, um die wirklichen Zahlen rund um die Einbürgerung kräftig zu vernebeln und vor Veröffentlichung kosmetisch einzudampfen.

Heiko Maas, alter und neuer Justizminister, nimmt sich unterdessen die Zweifler und Kritiker vor. „Hasskriminalität und strafbare Falschnachrichten werden wir nicht dulden, auch wenn sie im Gewand vermeintlich seriöser Argumente daherkommen“, erklärt er der „Bild am Sonntag“ in einem Interview. Wohlwollend äußert er sich bei der Gelegenheit auch zu einer Bemerkung der Grünen-Politikerin Renate Künast. Sie hatte bereits im Frühjahr 2017 gefordert, dass man „auch gegen Zersetzung und Diskriminierung vorgehen müsse, die noch nicht strafbar ist“.

„Wir arbeiten daran“, erklärt Maas. Bezweifeln tut es niemand, jagd sein Ministerium doch gerade ein Gesetz nach dem anderen hinaus. Die anderen Ressorts tun ihr übriges nach. Noch nie hat eine Regierung so viele Gesetze und Verordnungen erlassen wie diese. Die öffentliche Plakatwerbung mit weiblichen Personen wird, da prinzipiell frauenfeindlich, wie bereits im Berliner Stadtteil Friedrichshain-Kreuzberg generell verboten. Da haben sich die Grünen durchgesetzt, ebenso mit ihrer Forderung nach Tempo 120 auf der Autobahn und Tempo 30 in der Stadt. Fernbusse dürfen nur noch Orte ohne Schienenanbindung anfahren – ein Verhandlungserfolg der Linken.

Natürlich, stöhnt die Wirtschaft und spricht von einem irrwitzigen Regulierungswahn. Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer sieht die Wirtschaftskraft in Deutschland schwer beeinträchtigt, vor allem nachdem sich die Strompreise quasi verdoppelt haben. Viermal in Folge sank der Ifo-Geschäftsklima-Index jetzt seit September 2017 auf historische Tiefstwerte. Aber man kennt doch die deutschen Firmenbosse. Jammern gehört bei denen zum Handwerk. Die werden sich schon wieder berappeln.

Ärgerlich sind allerdings die vielen deutschen Spitzenkräfte, die das Land verlassen. In England, der Schweiz und vor allem den USA finden sie zu Tausenden eine neue Bleibe. „All german refugees are welcome“, hat Trump neulich getwittert. Ein Schweizer Internetmagazin veröffentlichte gerade ein Interview mit der Ehefrau eines zugewanderten deutschen Spitzenmediziners. Begeistert äußerte sich die junge Frau darin über das Sicherheitsgefühl in ihrem neuen Heimatland, die Sauberkeit auf den Straßen und das offene Meinungsklima.

Wird wirklich Zeit, dass Heiko Maas etwas gegen diese unerträglichen Verbreiter von Falschnachrichten tut. *Frank Horns*



Schmiererei: Mit grobem Pinselstrich würden Kanzler Martin Schulz und seine links-grünen Koalitionäre dem Land einen neuen Anstrich verpassen Bild: pa

MELDUNGEN

Durchsuchung war rechtswidrig

Karlsruhe – Die Zweite Große Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe hat die bei dem AfD-Mitglied Dubravko Mandic durchgeführte Hausdurchsuchung als unverhältnismäßig und damit rechtswidrig bezeichnet. Die Polizei war im Oktober 2016 in die Privatwohnung und die Kanzlei des Rechtsanwalts eingedrungen. Mandic hatte rund ein Jahr zuvor auf Facebook mittels einer Fotomontage die Gesichter der Angeklagten im NS-Hauptkriegsverbrecherprozess durch die Gesichter heutiger Politiker ersetzt. Dafür wurde er von den Grünen-Bundestagsabgeordneten Claudia Roth, Cem Özdemir und Anton Hofreiter sowie dem schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten Ralf Stegner und dem ehemaligen Außenminister Joseph Fischer wegen Beleidigung angezeigt (siehe *PAZ* 43/2016). *J.H.*

Gefährder müssen zurück

Leipzig – Das Bundesverwaltungsgericht hat die Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz gegen die Abschiebung von zwei Göttinger Salafisten abgelehnt. Die Kläger, ein Algerier und ein Nigerianer, wurden Anfang Februar 2017 im Rahmen einer Großrazzia verhaftet. Das niedersächsische Innenministerium stufte die beiden Ausländer als „Gefährder (Funktionstyp Akteur)“ ein, die der radikal-islamischen Szene in Deutschland zuzurechnen seien. Sie sympathisierten mit dem IS und hätten mehrfach Gewalttaten unter Einsatz von Waffen angekündigt. Deshalb ordnete das Ministerium ihre Abschiebung an. Das Bundesverwaltungsgericht sah die Prognose des Ministeriums, dass von den Ausländern eine terroristische Gefahr ausgehe, als gerechtfertigt an. Beide Gefährder sollen jetzt so schnell wie möglich abgeschoben werden. Danach gilt für sie ein lebenslanges Wiedereinreiseverbot. *J.H.*

Unerwartet klarer Sieg

Großer Zugewinn der Saar-CDU aus dem Lager der Nichtwähler

Woran hat es gelegen, dass Annegret Kramp-Karrenbauer auf den letzten Metern doch noch einen furiosen Wahlsieg einfahren konnte? Diese Frage war die wohl meist gestellte am vergangenen Sonntag im Saarland.

Mit mehr als 40 Prozent hat die CDU bei der Landtagswahl im Saarland ein Ergebnis erzielt, dass keine der zahlreichen Meinungsumfragen im Vorfeld vorhergesagt hatte. Noch kurz vor dem Wahltag sah es so aus, als könnte nur ein Einzug der FDP in den Saarbrükker Landtag ein rot-rotes Bündnis mit der Herausforderin Anke Rehlinger an der Spitze verhindern. Doch die CDU mobilisierte wohl auf den letzten Drücker rund 30000 aus dem Nichtwählerlager, die sich eine Fortsetzung der Großen Koalition wünschten.

Rechnerisch wäre neben dieser Variante auch eine schwarz-blaue Koalition möglich, da es der Alternative für Deutschland im Gegensatz zur FDP mit deren nur 3,3 Prozent und den Grünen gelungen ist, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Eine derartige CDU-AfD-Koalition haben allerdings sowohl die CDU als auch die AfD unmittelbar nach Schließung der Wahllokale ausgeschlossen. Mit 6,2 Prozent blieb die Rechtspartei deutlich hinter den Ergebnissen des Vorjahres in den anderen Bundesländern zurück. „Unsere Performance war in den letzten Monaten nicht gut“, gestand der aus Hessen angereiste Bundesvize Albrecht Glaser am Wahlabend ein.

Neben den Querelen auf Bundesebene dürfte auch der monatelange Streit um die versuchte Auflösung des saarländischen Verbands eine negative Wirkung gehabt haben. Zudem spielte die Asylthematik keine große Rolle.

> Schwarz-Blau wäre möglich, ist aber unwahrscheinlich

„Die Dinge, die passiert sind, führen dazu, dass es immer ein wenig dauert, bis man sich das aus den Kleidern geschüttelt hat. Wir hätten uns ein besseres Ergebnis gewünscht, aber wir sind aus dem Stand ohne große Mühe über die Hürde gesprungen. Damit ist das wichtigste Wahlziel erreicht“, sagte Spitzenkandidat Rolf Müller. Der 66-jährige Lehrer, der hauptberuflich ein Antiquitätengeschäft betreibt, wird der dreiköpfigen Fraktion ebenso angehören wie der 78-jährige Landeschef Josef Dörr, der aller Voraussicht nach auch Alterspräsident des Landtages werden wird, sowie sein Stellvertreter Lutz Hecker, der als Vorsitzender des Kreisverbands Saarpfalz die besten Einzelergebnisse einfahren konnte. Gute Ergebnisse erzielte die AfD auch in den Bezirken rund um die Landeshauptstadt Saarbrücken, während sie in den traditionellen CDU-Hochburgen im Nordsaarland sowie in der Grenzregion zu Luxemburg teilweise unter fünf Prozent lag.

Große Enttäuschung herrschte im linken Lager. Das Ausscheiden der Grünen mit vier Prozent war fast erwartet worden. Die 12,9 Prozent, die Oskar Lafontaine mit der Linkspartei einfuhr, lagen ebenfalls im Bereich dessen, was vorhergesagt wurde. Aber dass die SPD mit 29,7 Prozent ihr Ergebnis von 2012 unterbieten sollte, hatte in den vergangenen Wochen niemand geglaubt. „Es ist nicht das, was wir uns vorgestellt haben“, gestand Spitzenkandidatin Rehlinger ein, die wohl Wirtschaftsministerin bleiben wird. Ein anderes Ergebnis hatten sich auch die NPD und Bernd Luckes Liberal-Konservative Reformer erhofft. Beide Parteien landeten abgeschlagen unter einem Prozent und verfehlten damit dem Sprung in die staatliche Parteienfinanzierung. *Peter Entinger*

Geldwäsche in Deutschland

Mafiosi nutzen die Bundesrepublik zunehmend als Rückzugsraum

Maria G. hat eine Odyssee hinter sich. Mit 16 Jahren lernt sie bei einem Urlaub in Italien ihren ersten Mann kennen. Er ist ein Mitglied der Mafia-Gruppierung ’Ndrangheta. Diese gilt als eine der mächtigsten Mafia-Organisationen der Welt. Maria wird mit dem Mann verheiratet und bekommt schnell drei Kinder. Sie wird in seine kriminellen Aktivitäten verwickelt, steigt irgendwann aus. In Italien wird sie zur Kronzeugin, doch der Staat kann für ihre Sicherheit nicht garantieren. Schließlich kehrt sie nach Deutschland zurück, aber irgendwann steht ihr Ex-Mann vor der Tür. „Sie sind überall“, sagt sie verbittert und glaubt bis heute, dass man sie „eines Tages umbringen wird“.

Das klingt wie aus einem Film, ist aber leider traurige Realität. Der Autor des Mafia-Thrillers „Gomorrha“, Roberto Saviano, hat Deutschland als ein Dorado für Mafiosi bezeichnet. „Mafia-Strukturen fallen hierzulande kaum auf. Deutschland ist der Rückzugsraum und der Ort, um Geld zu waschen. Gemordet wird zu Hause. Ein Blutbad wie 2007 in Duisburg, als sich verfeindete ’Ndrangheta-Clans eine wilde Schießerei mit sechs Toten lieferten, ist die Ausnahme. Der normale Bürger in Deutschland erlebt die Mafia kaum als direkte Bedrohung. Und man neigt deswegen dazu, das Problem zu unterschätzen“, sagt die italienische Parlamentsabgeordnete Lara Garavini, die in Berlin aufgewachsen ist.

In den offiziellen Statistiken ist die Rede von lediglich 482 Mitgliedern der Mafia, die in Deutschland festgestellt werden konnten. Davon sollen der Cosa Nostra 77 Männer angehören,

> »Man neigt dazu, das Problem zu unterschätzen«

der Camorra 88, der Apulischen OK 14 und der ’Ndrangheta 283.

Wie das Recherchenetzwerk Correctiv herausgefunden hat, liegt die Dunkelziffer viel höher: „Das tatsächliche Bild wird schon größer, wenn man nur die Ergebnisse aus Ermittlungsverfahren gegen die italienische Mafia sowie geheime Berichte der italienischen Anti-Mafia-Behörde und des deutschen Bundeskriminalamtes (BKA) auswertet.“ Die Journalisten haben festgestellt, dass weit über 1200 Mafiosi sowie Unterstützer und Sympathisanten der organisierten Kriminalität in Deutschland leben. „Menschen, die zur Mafia gehören oder mit ihr Geschäfte gemacht haben“, seien in nahezu jeder Stadt zu finden. Als Hochburgen der deutschen Mafia-Strukturen gelten das Saarland und Baden-Württemberg. Bewusst werden eher ländliche Gebiete als Rückzugsgebiete ausgesucht.

Im Juli 2010 warnte das BKA vor zunehmender Kriminalität italienischer Banden in Deutschland. „Bezogen auf das Investitionsverhalten und die Geldflüsse der Clans werden die Hinweise immer deutlicher, dass in Deutschland Investitionen in großer Höhe vorgenommen werden, hauptsächlich im Gastronomie- und Hotelgewerbe“, hieß es. Laut Francesco Forgione, dem Ex-Vorsitzenden des Mafia-Ausschusses im italienischen Parlament, machen ’Ndrangheta, Camorra und Cosa Nostra zusammen einen Jahresumsatz von knapp 200 Milliarden Euro. Die modernen Mafiosi verstehen sich nicht mehr als Paten mit halbseidenem Auftreten. „Es sind auf den ersten Blick ganz normale Geschäftsleute“, sagt das BKA. *P.E.*

Zeitzeugen



Ri Myong-su – Ende Februar 2016 avancierte der 82-jährige Vizemarschall anstelle des angeblich wegen „Gruppenbildung und Korruption“ hingerichteten Ri Yong-gil zum Chef des Generalstabs der Koreanischen Volksarmee. Dabei war er vorher wiederholt in Ungnade gefallen. Möglicherweise resultierte Ris überraschender Wiederaufstieg daraus, dass ihm der Ruf eines Experten für Raketentechnik vorauseilt.

Donald Trump – Ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten mit seinem Amtsvorgänger folgte der 45. Präsident der Vereinigten Staaten bisher allen Ratschlägen Barack Obamas, was die Politik gegenüber Pjöngjang betraf. In der Einschätzung der Gefährlichkeit Nordkoreas sind sich die beiden offenbar einiger als in jeder anderen Frage.



Hyon Yong-chol – Wegen „Untreue und Respektlosigkeit“ ließ Kim Jong-un den damaligen Verteidigungsminister Nordkoreas am 30. April 2015 hinrichten. Die Exekution erfolgte in Anwesenheit zahlreicher Regierungsmitglieder mit einer vierläufigen Flugabwehrkanone sowjetischer Bauart. Hyon hatte wohl versagt, als es darum ging, Kims Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Moskau durchzusetzen. Außerdem soll er des Öfteren bei offiziellen Veranstaltungen eingenickt sein.

Kim Yoo-sung – Nach einer abenteuerlichen Flucht ins Ausland enthüllte der ehemalige Soldat der Koreanischen Volksarmee Details über die ungeheuerlichen Zustände in dieser Truppe und meinte: „Nordkorea ist wohl der schlimmste Ort der Welt, um seinen Militärdienst zu absolvieren.“ Kim betreut derzeit die Rubrik „Frag einen Nordkoreaner!“ auf der englischsprachigen Nachrichtenseite „NKNews“.



Kim Jong-un – Der „Oberste Führer“ der von seinem Großvater Kim Il-sung im Jahre 1948 gegründeten Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) und Oberbefehlshaber von deren Armee ist außerdem noch Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates sowie der Zentralen Militärkommission der Partei der Arbeit Koreas (PdAK).

Quantität statt Qualität

Die KVA ist groß, aber ihr Material veraltet und schlecht gewartet

Momentan rasselt Nordkorea mit dem Säbel wie lange nicht. Das nahmen die USA nun zum Anlass, das Raketenabwehrsystem THAAD in Südkorea zu stationieren. Doch wie groß ist die Gefahr wirklich, die von der Koreanischen Volksarmee (KVA) ausgeht?

Auf den ersten Blick sind die Zahlen überaus beeindruckend: Gemäß der Doktrin „Songun“, also „Das Militär zuerst!“, wendet Pjöngjang mehr als 25 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für die Streitkräfte auf. Dort dienen rund 1,2 Millionen Soldaten. Dazu kommen knapp sechs Millionen Reservisten. Das macht Nordkorea mit seinen rund 24 Millionen Einwohnern zum am stärksten militarisierten Land der Welt. Die fünf Teilstreitkräfte der Volksarmee Heer, Luftwaffe, Marine, Raketentruppen und Kommando der Spezialeinheiten verfügen über ein enormes Waffenarsenal. Es umfasst nach Erkenntnissen des US-Verteidigungsministeriums derzeit etwa 4200 Panzer, 2200 Schützenpanzer, 8600 Artilleriegeschütze, 800 Kampfflugzeuge, 300 Hubschrauber, 70 U-Boote, 260 Landungsschiffe, drei Fregatten, vier Korvetten, 277 Schnellboote sowie 1000 Raketen mit Reichweiten zwischen 50 und mindestens 4000 Kilometern.

Allerdings bleibt die KVA damit trotzdem nur ein Papiertiger, denn ihr Militärgerät ist oft extrem veraltet wie die immer noch im Einsatz befindlichen sowjetischen Panzer vom Typ T-34/85 aus dem Zweiten Weltkrieg oder das Transportflugzeug Antonow An-2, dessen Jungfernflug 1947 erfolgte. Darüber hinaus lässt die Instandhaltung der teilweise museumsreifen Technik mangels entsprechender Ressourcen sehr zu wünschen übrig, was sich beispielsweise im Juni 2014 zeigte, als Diktator Kim Jong-un auf einem verrosteten, zwischen 1959 und 1961 gebauten U-Boot des sowjetischen Projekts 633 (Romeo-Klasse) vor den Kameras posierte.

Akut gefährlich sind die 200 000 Mann Spezialkräfte

Selbst die mit enormem Aufwand entwickelten Atomwaffen und Raketen Nordkoreas hinken dem heutigen technischen Standard weit hinterher. Zwar verfügt das Land nach chinesischen Angaben über etwa 20 Atomsprengköpfe, jedoch scheinen nicht alle fünf Testzündungen derselben ab dem 9. Oktober 2006 so erfolgreich verlaufen zu sein, wie das Regime behauptet. Ebenso lag die Detonationsenergie generell recht niedrig – nämlich bei einem Bruchteil des sonst Üblichen.

Als gleichermaßen mangelhaft erwiesen sich die Trägerraketen, welche die Nuklearwaffen ins Ziel tragen sollen. die meisten Probestarts der Typen Taepodong-2, Hwasong-10, KN-08 und Pukguksong-1 endeten bisher mit Fehlschlägen. Deshalb betrachten die renommierten Münchener Raketenfachleute Robert Schmucker und Markus Schiller das gesamte nordkoreanische „Raumfahrt“-Programm als Bluff. So seien während der letzten Militärparaden zum Geburtstag des Staatsgründers Kim Il-sung nur schlecht gemachte Attrappen der dreistufigen „Interkontinentalrakete“ KN-08 gezeigt worden. Auf jeden Fall aber ist Nordkorea derzeit noch außerstande, seine Sprengköpfe so zu verkleinern, dass eine ballistische Rakete sie tragen kann. Dazu wird das Regime wohl allerfrühestens in einigen Jahren fähig sein.

Akut gefährlich sind dahingegen die Spezialkräfte, zu denen knapp 200 000 Mann gehören. Diese erhalten eine exzellente Ausbildung und verfügen über die noch am ehesten brauchbaren Waffen aus dem Bestand Pjöngjangs, darunter auch 86 US-amerikanische Hubschrauber vom Typ Hughes MD-500, die mit Hilfe der deutschen Firma Delta Avia Fluggeräte GmbH beschafft wurden. *Wolfgang Kaufmann*



Bild: Uwe Brodrecht

Die KVA hat rund 1,2 Millionen Soldaten unter Waffen: Militärparade in Pjöngjang zum 75. Jahrestag der PdAK-Gründung



Möglicherweise das drittgrößte C-Waffenarsenal

Während die Welt gebannt auf die fortwährenden Raketen- und Atomtests Nordkoreas schaut, von denen es allein im Jahre 2016 28 Stück gab, ist weitestgehend aus dem Blickfeld geraten, welche Gefahren von den biologischen und chemischen Waffen des kommunistischen Regimes ausgehen. Deren Entwicklung begann bereits 1954, und nun verfügt die KVA nach Schätzungen des US-Verteidigungsministeriums über 5000 Tonnen chemischer Kampfstoffe wie Senfgas, Phosgen, Lewisit, Sarin und VX. Dafür, dass die KVA tatsächlich über VX verfügt, spricht die Ermordung von Kim Jong-nam, dem Halbbruder des Diktators Kim Jong-un, auf dem Kuala Lumpur International Airport in Malaysia mit diesem Nervengift. Es ist sogar möglich, dass Nordkorea momentan das drittgrößte Arsenal an Chemiewaffen nach der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika besitzt. Die se Vermutung äußert zumindest die Nuclear Threat Initiative mit Sitz in Washington.

CWK von 1997 nicht unterzeichnet

Desgleichen existieren höchstwahrscheinlich auch Vorräte an biologischen Kampfstoffen, darunter vor allem an Milzbrandtoxin, also Anthrax. So fand Melissa Hanham vom James Martin Center for Nonproliferation Studies in Monterey kürzlich auf Fotos, die den Besuch von Kim Jong-un im Biotechnischen Institut von Pjöngjang zeigen, Anzeichen für die Produktion von B-Waffen. Und die wurden höchstwahrscheinlich auch schon an der eigenen Bevölkerung getestet, wie die Aussagen diverser nordkoreanischer Überläufer nahelegen.

Dabei hat Pjöngjang sowohl das Genfer Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen und von bakteriologischen Mitteln aus dem Jahre 1925 als auch die Biowaffenkonvention von 1971 unterzeichnet. Allerdings unterließ es es bislang – ebenso wie Ägypten und der Südsudan – dies gleichermaßen mit der Chemiewaffenkonvention (CWK) von 1997 zu tun. *W.K.*

Lang und hart

Hunger und Korruption prägen das Leben der Wehrpflichtigen

Der Dienst in der nordkoreanischen Armee dauert lange. Sogar die einfachen Wehrpflichtigen müssen bis zu zehn Jahre Uniform tragen. Desgleichen ist er überaus hart. So werden die Soldaten des Heeres verbreitet zum Straßenbau oder anderen schweren körperlichen Arbeiten abgestellt. Dazu kommt der allgegenwärtige Hunger. Wie der Überläufer Kim Yoo-sung berichtete, erhalten viele Militärangehörige bloß zwei bis drei Kartoffeln oder eine Handvoll Reis am Tag. Wer hierdurch gesundheitliche Schäden erleidet, darf zum Aufpäppeln in sein Elternhaus zurückkehren – sofern er nicht vorher stirbt. Oft versuchen die Soldaten daher in ihrer Not, Lebensmittel von der Zivilbevölkerung zu erpressen.

Ebenso miserabel ist die Bezahlung. Selbst ein Hauptmann verdient lediglich umgerechnet 16 Euro pro Monat. Das fördert laut Koh Jae-hong vom Institut für Nationale Sicherheitsstrategie in Seoul die Bestechlichkeit. Diese macht immer wieder Unglaubliches möglich. Beispielsweise drücken die Grenzschützer durchaus ein Auge zu, wenn jemand über die Demarkationslinie nach Süden flüchtet – dafür ist vorher freilich der doppelte Monatssold eines Offiziers fällig. Und wer gar ins Nachbarland getragen werden möchte, der legt nochmals 2500 nordkoreanische Won (15 Euro) drauf. Zudem erhalten Soldaten nur dann Urlaub, wenn sie ihren Vorgesetzten Geschenke machen.

Wehrpflichtige müssen bis zu zehn Jahre Uniform tragen

Die allgegenwärtige Korruption ist auch der Grund dafür, dass permanent Interna aus Kims Reich ins Ausland durchsickern. Für Geld bekommen die „Informationshändler“ an der nordkoreanisch-chinesischen Grenze nämlich so ziemlich alles. Ihr größter Coup war laut Koh der Kauf von Richtlinien für den Cyberkrieg Pjöngjangs. In diesem Falle flossen wohl einige Millionen Won.

Trotz der Missstände ist der Dienst in der Koreanischen Volksarmee aber durchaus beliebt, denn er bietet nach wie vor die beste Möglichkeit, in die Partei der Arbeit aufgenommen zu werden. Und ohne Mitgliedschaft in der Joseon Rodong Dang kann praktisch niemand in Nordkorea Karriere machen. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Preußischer Stil oder Plattenbau

Potsdam: Nach dem Stadtschloss soll nun dessen Umfeld rekonstruiert werden



Noch immer ist das Schloss von hässlicher DDR-Architektur umgeben. Doch das soll sich ändern: Das Stadtschloss Potsdam von der Nikolaikirche aus gesehen. Im Hintergrund das Hotel Mercure

Bild: Daniel Naber/CF

Das Ringen um die behutsame Wiedergewinnung des historischen Gesichts von Potsdam schreitet voran. Weitere Wiederaufbauprojekte rücken in den Mittelpunkt, neben der Garnisonkirche geht es vor allem um das Umfeld des neu errichteten Schlosses. Doch auch der Widerstand von links will nicht verstummen.

Am 14. April 1945 entfachte ein britischer Bomberangriff in der Potsdamer Innenstadt ein Flammeninferno. Wenige Wochen später fügte Artilleriebeschuss der Roten Armee der alten preußischen Residenzstadt weitere Schäden zu. Nicht allen Bewohnern gefällt, dass Potsdams Stadtmitte inzwischen Stück für Stück nach historischem Vorbild wiederaufersteht.

Bereits im vergangenen Jahr hatten rund 15 000 Potsdamer ein Bürgerbegehren „Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte“ unterschrieben. Ziel des von der Fraktion „Die Anderen“ und der Linken unterstützten Begehrens war der Erhalt mehrerer Bauten aus sozialistischer Zeit in der Nähe des wiederrichteten Stadtschlosses. Konkret geht es dabei um das Gebäude einer Fachhochschule, den sogenannten Staudenhof-Wohnblock, und das Hochhaus des ehemaligen DDR-Interhotels am Lustgarten. Zumindest im Fall des Fachhochschulbaus, der einer Wiederherstellung der historischen Innenstadt im Wege steht, hat unlängst ein Gerichtsurteil den Weg zu einem Abriss freigemacht. Nach Einschätzung des Potsdamer Verwaltungsgerichts war der Text des Bürgerbegehrens „Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte“ vom vergangenen Jahr ungenau und zum Teil auch irreführend.

Potsdams Stadtverwaltung hat trotz ihres juristischen Erfolgs einige der Kritikpunkte aus dem Begehren aufgegriffen. Die Stadt sucht inzwischen Bauherren für einen ersten Teilbereich des Fachhochschul-Areals. Interessenten müssen sich dabei am Grundriss des historischen Stadtbilds orientieren und eine kleinteilige Bebauung akzeptieren. Bewerber, die Immobilien selber nutzen oder Sozialwohnungen anbieten, sollen zudem bevorzugt werden.

Garnisonkirche: Bau des Turms soll im Herbst beginnen

Trotz der strengen Auflagen soll die Zahl der Interessenten groß sein. Nach Abschluss der Bebauung könnte im Bereich zwischen Nikolaikirche, Altem Rathaus, dem Palais Barberini und dem Landtagsschloss in einigen Jahren ein Stadtraum entstehen, der sich sehr stark an der historischen Bebauung orientiert.

Welch langer Atem bei Wiederaufbauprojekten in Potsdam zuweilen nötig ist, macht das Beispiel der ehemaligen Kaiserlichen Matrosenstation Kongsnæs am Jungfernsee deutlich. Dem letzten Kaiser diente der im nordischen Drachenstil errichtete Bau als Ausgangspunkt für Sportregatten, aber auch als Startpunkt für die berühmten Nordlandfahrten. „Des Königs Landzunge“, so die Übersetzung für das norwegische „Kongsnæs“, verblieb auch nach dem Ersten Weltkrieg im Besitz des Hauses Hohenzollern.

Nachdem die Anlage den Zweiten Weltkrieg fast schon unbeschädigt überstanden hatte, geriet Kongsnæs noch in den letzten Kriegstagen unter Beschuss. Zu DDR-Zeiten lag die Anlage im Grenzgebiet, sodass sie über Jahrzehnte in einen Dornröschenschlaf verfiel. Bereits seit der Vereinigung der beiden Teile Berlins engagierte sich ein Förderverein für den originalgetreuen Wiederaufbau.

Als ein Berliner Investor das Gelände im Jahr 2009 kaufte, schien dies den Durchbruch zu bringen. Der Wiederaufbau wurde allerdings durch nicht belastbare Baugenehmigungen gebremst. Schließlich klagten auch noch zwei Prominente aus der Medienbranche, die als Anwohner eine Zunahme von Lärm und Verkehr durch einen geplanten Restaurantbetrieb befürchteten.

Unter Berufung auf den Investor berichten lokale Medien inzwischen, Gerichte hätten neu erteilte Baugenehmigungen bestätigt. Vor Kurzem konnte das Richtfest bei der Ventehalle, dem Eingangspavillon der Matrosenstation, gefeiert werden.

Noch mehr Geduld scheint beim Projekt der Potsdamer Garnisonkirche gefragt zu sein. Wie schon bei der Matrosenstation sind die Bestrebungen zum Wiederaufbau der einst das Stadtbild prägenden Kirche bereits in den 90er Jahren angelaufen. Nun scheint zumindest die Finanzierung für den Aufbau des Kirchturms gesichert zu sein. Laut dem Sprecher der Stiftung Garnisonkirche, Wieland Eschenburg, hat Bundeskulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) unlängst bestätigt, dass die zwölf Millionen Euro Fördermittel des Bundes auch dann bereitständen, wenn zunächst nur eine abgespeckte Version des Turms errichtet würde.

Mit der Zusage des Bundes kann die Stiftung nun Förderanträge stellen und ein Finanzierungskonzept vorlegen. Zumindest die Führung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz steht hinter dem Wiederaufbau, allerdings wird inzwischen auch starke Kritik aus kirchlichen Kreisen laut.

So hat im März die kirchennahe Martin-Niemöller-Stiftung in Potsdam zusammen mit der Initiative „Christen brauchen keine Garnisonkirche“ eine Tagung organisiert, auf welcher der Wiederaufbau der Garnisonkirche stark infrage gestellt wurde. Die Französisch Reformierte Gemeinde Potsdams hatte zudem den „Zeit“-Journalisten Christoph Dieckmann zu einer Predigt eingeladen, in der er sich ebenfalls vehement gegen einen Wiederaufbau der Garnisonkirche aussprach. Die Stiftung Garnisonkirche selbst rechnet trotz allem damit, dass die Bauarbeiten für den 90 Meter hohen Kirchturm noch im Herbst beginnen können. *Norman Hanert*

Weltfremd

Von Theo Maass

Seit die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Martin Schulz im linken Lager Stimmen sammelt, verlieren Linkspartei und Grüne gleichermaßen an Zustimmung. Bei den kommenden Bundestagswahlen stehen zwei Parteien auf der Kippe. Die 2013 hinausgewählte FDP hofft darauf, wieder ins Bundesparlament zu gelangen, die Grünen hingegen sinken, langsam, aber mit bedrohlicher Stetigkeit, der Fünf-Prozent-Hürde entgegen. Auf Berlins Landesebene ziehen beide Parteien aus dieser Situation unterschiedliche Konsequenzen.

Die Berliner FDP hat gerade mit dem erfolgreichen Volksbegehren für die Offenhaltung des Flughafens Tegel in der Bevölkerung an Unterstützung gewonnen. Die grüne Wirtschaftsenatorin Ramona Pop will den Flughafen unbedingt schließen und trifft damit auf erheblichen Unwillen unter den Bürgern. Nina Stahr, Landesvorsitzende der Grünen in Berlin, umriss im „Tagesspiegel“ die grüne Linie: „Wir brauchen Wohnungen – nicht TXL (Codename für Flughafen Tegel)“. Sie schimpft: „Die selbsternannten Tegelretter handeln aber nicht im Interesse der gesamten Stadt. Denn die Offenhaltung bringt Vorteile für einige wenige – auf Kosten der Allgemeinheit.“

Die gelernte Lehrerin meint gar, „Kinder lernen in dieser Umgebung langsamer“. Wenn Stahr behauptet: „Das Gelände des Flughafens (Tegel) liegt nah am Herzen Berlins und ist bestens angebunden“, zeigt sie nur, dass sie offenbar noch nie dort gewesen ist.

Die geplante U-Bahn-Anbindung wurde nie realisiert, und S-Bahn-Züge sucht man dort auch vergeblich. Sofern tatsächlich auf dem Areal des Flughafens Tegel Betriebe angesiedelt werden und Wohnungen entstehen sollen, werden diese Bahnanschlüsse erst noch entstehen müssen. Die jetzt grün verantwortete Verkehrsverwaltung wird da mit den von ihr propagierten Lastfahrrädern nicht weiterkommen.

Während die FDP versucht, Themen zu finden, die den Leuten gefallen und auf diesem Esel womöglich wieder in die Parlamente reitet, versuchen es die Grünen mit ökofundamentalistischer Wirklichkeitsverachtung. Hintergrund des Einsatzes für Tegel ist schließlich die offene Frage, wann die ewige Baustelle BER fertig wird – und ob überhaupt, wie besonders pessimistisch Gesinnte mittlerweile einwenden.

So läuft Berlins Luftverkehrsanbindung in eine gefährlich ungewisse Zukunft, an deren Ende die weitgehende Abnabelung der deutschen Hauptstadt vom Flugverkehr drohen könnte. Ein empfindlicher wirtschaftlicher Rückschlag stünde da ins Haus und eine internationale Blamage, welche die über die Pannenbaustelle BER noch weit in den Schatten stellen würde.

Grüne gegen Grüne

Streit um geplantes Skigebiet im Harz: Umweltministerin unter Druck

Schierke im Ostharz hofft auf mehr Wintersport-Touristen. Die Investorengruppe Winterberg Schierke GmbH wollte einen Lift, Skipisten und einen Erlebnispark mit Speichersee, Kinderspielplatz sowie einen Nordic-Walking-Wanderweg in dem Ort am Brocken in Sachsen-Anhalt errichten. Die Investitionskosten belaufen sich auf rund 30 Millionen Euro.

Die strukturschwache Region mit ihrer hohen Arbeitslosenquote könnte die zu erwartenden Einnahmen gut gebrauchen. Doch die Grünen sperren sich gegen das Projekt. Die Partei war bei den Landtagswahlen im März 2016 um 1,9 Prozent auf 5,2 Prozent gerutscht und stellt seither mit Claudia Dalbert die Umweltministerin der schwarz-rot-grünen Koalition in Magdeburg.

Die Grünen-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Susan Sziborra-Seidlitz, beanstandet, das Projekt sei angesichts des Klimawandels weder wirtschaftlich noch ökologisch sinnvoll. Der Ausbau sei „umstritten“. Zudem stehe das Vorhaben nicht im Koalitionsvertrag. Sziborra-Seidlitz will nun das Gespräch mit CDU und SPD suchen, die beide den Ausbau von Schierke zu einem attraktiveren Touristenzentrum voranbringen wollen.

Zweifel an Zukunft von Schwarz-Rot-Grün kommen auf

Einer der Streitpunkte ist ein „seltener Moorwald“, durch den die Seilbahn geführt werden soll. Daraufhin war im Koalitionsausschuss über eine Änderung des Trassenverlaufs beraten worden. Schierkes Bürgermeisterin Christiane Hopstock (CDU) kritisiert Umweltministerin Dalbert scharf: „Sie kümmert sich um Wölfe und Hamster. Aber hier war sie noch nie.“

Problematisch für Dalbert: Einer überparteilichen Bürgerinitiative für das Projekt haben sich sogar örtliche Mitglieder der Grünen angeschlossen. Werner Vesterling von der Initiative: „Wir können es nicht mehr vertragen, dass andere über uns hinweg entscheiden, ohne uns anzuhören.“

Schierke ist keineswegs der einzige Streitpunkt der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt mit der grünen Ministerin. In Sangerhausen wurde wegen einer angeblich bedrohten Hamsterpopulation monatelang um eine Gewerbeansiedlung gerungen. Am 13. März spekulierte der MDR über ein mögliches Ende der CDU/SPD/Grüne-Koalition, die nur gebildet wurde, um die AfD von Regierungsämtern fernzuhalten. Auch der Bauernverband Sachsen-Anhalt hat seit der Regierungsbildung ein „gestörtes Verhältnis“ zum Umweltministerium. *Hans Lody*

Proben für 1. Mai

Linksextreme Gewalt in Berlin nimmt zu

Mutmaßlich linksextreme Täter haben in der Rigaer Straße in Berlin-Friedrichshain erneut Fahrzeuge von Anwohnern und Polizisten angegriffen. Unter anderem bewarfen Unbekannte einen Gruppenwagen der Polizei von einem Hausdach aus mit Steinen. Und der Pilot eines Polizeihubschraubers wurde aus dem Bereich Warschauer Straße und Frankfurter Allee mit einem Laserpointer geblendet.

Ein anschließender Polizeieinsatz am Boden führte zur Festnahme von drei italienischen Staatsbürgern und zur Sicherstellung des Laserpointers. Gegen einen der Verdächtigen wird nun unter anderem wegen gefährlichen Eingriffs in den Luftverkehr und wegen Landfriedensbruchs ermittelt.

Über einen möglichen politischen Hintergrund der Laserattacke haben die Ermittler bislang keine Angaben gemacht. Bereits im Januar hatten Unbekannte im Bezirk Mitte Polizeifahrzeuge mit Steinen attackiert. Dabei erlitt ein Beamter Verletzungen im Gesicht und im Augenbereich, fünf Fahrzeuge der Polizei wurden durch die Steinwürfe stark beschädigt.

Auch G20-Gipfel bereits im Visier

Die Berliner Innenverwaltung vermutet, dass sich die linksradikale Szene mit solchen Aktionen für den 1. Mai und den bevorstehenden G20-Gipfel am 7. und 8. Juli in Hamburg vorbereitet. Sicherheitskreise gehen davon aus, dass zu dem Treffen zehntausende Demonstranten aus dem In- und Ausland, darunter auch viele Linksradikale, nach Hamburg kommen. Zu den offiziellen Gäste des Gipfeltreffens gehören unter anderem Donald Trump, Wladimir Putin und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan. *N.H.*

AfD-Ratsfraktion löst sich auf

Mit dem Parteiaustritt der 64-jährigen Lehrerin Uta Spallek hat die AfD ihren Fraktionsstatus im Stadtrat von Frankfurt/Oder verloren. Von den ursprünglich gewählten fünf Stadtverordneten bleibt nur noch der frühere Fraktionschef Wilko Möller. Möller zum Zerfall seiner Fraktion: „Das lag daran, dass wir ein bunt zusammengewürfelter Haufen waren.“ Bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 erzielte die Partei 11,6 Prozent. Bei der Landtagswahl im September desselben Jahres holten die Blauen in der Oderstadt 19,7 Prozent bei einem landesweiten Ergebnis von 12,2 Prozent. Im Wahlkreis Frankfurt/Oder strebt die Partei nun sogar an, das Direktmandat bei der Bundestagswahl zu erringen. Daher hatte sich Landeschef Alexander Gauland entschlossen, dort zu kandidieren. Der Frankfurter CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Patzelt geht allerdings davon aus, dass das Zerwürfnis der AfD im Rathaus der Konkurrenz schaden werde. *H.L.*

MELDUNGEN

Juden sollen Griechen werden

Athen – Das griechische Parlament hat einen genehmigt, der es den Nachkommen von Holocaustüberlebenden ermöglicht, sich um die Staatsbürgerschaft des Landes zu bewerben. Bereits im September 2011 hatte die griechische Regierung den Zusatz zu einem neuen Gesetz für ausländische Einwohner genehmigt, der automatisch die griechische Staatsbürgerschaft für Juden wieder herstellte, die vor 1945 geboren worden waren. Die Zahl der griechischen Juden, auf die das Gesetz zutraf, belief sich auf rund 300. Der allerneueste Zusatz betrifft ihre Nachkommen, von denen die meisten in Israel leben. *J.H.*

»Hoss« erneut festgenommen

Warschau – Die polnische Polizei hat den 49-jährigen Arkadiusz L. alias „Hoss" festgenommen. Der polnische Roma gilt als Erfinder des sogenannten Enkel- oder Neffentricks. Bei der Betrugsmasche rufen Täter vor allem Senioren an und geben sich als ein Verwandter aus, der sich in einer Notlage befindet und dringend Geld benötigt. Österreichische Ermittler, die einen europäischen Haftbefehl gegen „Hoss" erwirkt haben, gehen für den deutschsprachigen Raum von einer Schadenssumme von rund einer Milliarde Euro durch den Enkeltrick aus. Laut Medienberichten hat der Festgenommene den Trick im Jahr 1999 zusammen mit Angehörigen seines Großclans in Hamburg erstmals erprobt. „Hoss" war im Jahr 2001 nach Polen geflüchtet. In Warschau war er nach einer Festnahme Ende Mai 2014 im Februar 2017 ein zweites Mal festgenommen worden. Wegen seines angeblich schlechten Gesundheitszustandes, für den aber kein Attest vorgelegen zu haben scheint, wurde er jedoch auf Kaution freigelassen. *N.H./PAZ*

Eurokraten planen Europa-Armee

Der bevorstehende Brexit und Trumps NATO-Kritik erhöhen die Chancen für eine EVG 2.0

Nach dem Scheitern des Projektes einer Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 1954 am französischen Parlament und der Auflösung der Westeuropäischen Union im Jahre 2011 erfahren im Zeitalter des Donald Trump Pläne für eine Militärallianz der westlich geprägten europäischen Staaten neuen Aufwind.

Eine einzige missverständliche Bemerkung des US-Präsidenten Donald Trump hat die NATO in ihrem Selbstverständnis erschüttert und die europäischen Partner des Bündnisses in eine Sinnkrise gestürzt. Bisher hatten, nachdem der Kalte Krieg beendet war, Russland als Erbe der Sowjetunion und der allgegenwärtige Terror als Ersatz-Rechtfertigung für einen unerhörten militärischen Aufwand sehr gut hergehalten. Dieses Arrangement scheint nun in Frage zu stehen, zumindest, was die Rolle der USA angeht. Anfang März berichtete die „New York Times", dass die Europäer, wenn sie sich nicht mehr auf den Schutz durch die USA verlassen könnten, ein eigenes Atomwaffen-Programm für die Europäischen Union erörterten. Sollte das zutreffen, und einiges spricht dafür, so wirft das grundlegende Fragen nach Art und Charakter der EU auf.

Entstanden aus einer Wirtschaftsgemeinschaft, hat sich die EU zu einem Staat entwickelt, der nicht so heißen darf, aber dennoch mehr Zuständigkeit und damit Macht beansprucht, als seinen Mitgliedsländern verblieben ist. Das Regelwerk ist im Lissaboner Vertrag festgeschrieben, einer Verfassung, die ebenfalls nicht so heißen darf. Unter manchem anderen steht dort, wie es sich mit der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) verhält.

Da heißt es, dass die Mitgliedstaaten diese Politik der EU „aktiv und vorbehaltlos" unterstützen. Daraus ist zu entnehmen, dass Außen- und Sicherheitspolitik nicht von den Einzelstaaten, sondern von der Zentrale zu treiben ist und, zweitens, dass es für die Staaten keine Möglichkeit, gibt, abweichend von Brüssel Selbständigkeit zu üben. Sicher – die Praxis sieht vorerst noch anders aus, aber dies mit dem Vorbehalt der Vorläufigkeit.



Vor 65 Jahren beschlossen die Regierungen der Montanunion-Mitgliedstaaten bereits eine Europaarmee: Unterzeichnung des EVG-Vertrages durch die Außenminister in Paris

Der Plan, aus der EU eine Militärmacht zu formen, reicht zurück in die Zeit vor Trump. Als sich im September des vergangenen Jahres die Verteidigungsminister der EU in Pressburg trafen, legten Deutschland, Frankreich und Italien den Plan für eine gemeinsame europäische Armee auf den Tisch. Sie solle als erstes gemeinsame Einrichtungen erhalten, die ausschließlich von EU-Autoritäten betrieben würden. Ähnliche Pläne waren früher an Großbritannien gescheitert, doch auch hier hat der Brexit neue Tatsachen geschaffen.

Natürlich stoßen Überlegungen dieser Art bei der NATO auf äußerstes Misstrauen, denn eine mögliche europäische Armee wäre geeignet, den Nordatlantikpakt überflüssig zu machen – je nachdem, wie ernst es die Trump-Administration mit ihrer Nato-Kritik meint. Diese wurde zwar in der Zwischenzeit relativiert, doch konnte das die Verstörung unter den Verbündeten nicht gänzlich tilgen.

Im Umfeld der Pressburger Konferenz legte sich auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker für einen Plan zur Schaffung einer EU-Armee ins Zeug. Die EU, so erklärte er, könne es sich nicht länger leisten, von der Militärmacht anderer abhängig zu sein. Darin wird er von der Außenbeauftragten der EU, Federica Mogherini, unterstützt. Diese wiederum erhielt Beistand von der deutschen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und ihrem französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian, die Mogherinii gegenüber ihre „Überzeugung bekunden, dass starke Initiativen zum Schutz der Bürger und der europäischen Verteidigungswerte notwendig sind".

> Fast 63 Jahre nach dem Aus für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft erlebt deren Idee eine Renaissance

Das geht pfeilgerade in Richtung Washington. Allerdings schlugen alsbald die NATO-Länder Litauen, Lettland, Estland und Polen Alarm: Ein EU-Militärbündnis bedrohe „das NATO-Verteidigungssystem gegen Russland." Estlands Außenminister Edgars Rinkevics sagte: „Wir stehen der Gründung einer EU-Armee sehr skeptisch gegenüber. Ich sehe keinen Sinn hinter der EU-Armee."

Allerdings waren die USA sehr schnell bei der Hand, das baltisch-polnische Aufbegehren zu dämpfen. Seit Wochen transportieren sie Unmengen an Militärtechnik, Waffen und Soldaten in die betreffenden Länder, als gäbe es die ganz große Mobilmachung. Was bei den Mittel- und Osteuropäern zur Beruhigung beitragen mag, führt in Russland zu gesteigerter Vorsicht und insgesamt zu einer erhöhten Spannung. Den Amerikanern scheint das gleichgültig zu sein – sie versuchen mit jedem Panzer, den sie an die russische Grenze stellen, die Notwendigkeit der NATO zu demonstrieren. Das scheint dem Pentagon auch zu gelingen, jedenfalls sehen die Balten und Polen die Idee einer europäischen Armee mittlerweile entspannter.

Umgekehrt übt sich Trump weiterhin darin, den Europäern das gemeinsame Bündnis zu vermiesen. Nicht nur, dass er darauf besteht, dass jedes Mitglied zwei Prozent seines Bruttonlandproduktes für die Rüstung ausgeben solle, nein, er rechnet auch noch ausstehende horrende Summen zusammen, welche die Partner den USA angeblich schuldig sind, Deutschland allen voran. Dabei sollte auch in diesem Zusammenhang ein Grundprinzip der Gastronomie wirksam sein, wonach der zahlt, der bestellt hat, mit anderen Worten: Wer Kriege anfängt, soll sie auch finanzieren.

Insgesamt aber muss man annehmen, dass die EU in ihrem dauerhaft kritischen Zustand andere Sorgen haben dürfte, als ein derartiges Vorhaben wie eine gemeinsame Armee durchzuziehen, die, wenn sie je zustande käme, neue Zentrifugal-Kräfte freisetzte. Dass die Sache natürliche Grenzen hat, zeigt der Umstand, dass man von einer Gemeinsamkeit erst dann wird sprechen können, wenn ein französischer Präsident einem deutschen General den Roten Knopf des französischen Atomarsenals weisen und ihm sagen wird, er könne sich bedienen, bei Bedarf. Das allerdings wird noch lange dauern, nukleare Teilhabe hin oder her. *Florian Stumfall*

Wer trägt die Folgen?

Mit dem Brexit verlöre die EU ihren zweitgrößten Nettozahler

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat sich wenige Tage vor dem EU-Jubiläumsgipfel zur Unterzeichnung der Römischen Verträge vor 60 Jahren offen dafür gezeigt, die deutschen Zahlungen an die EU zu erhöhen. Gabriel schrieb in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung", die Bundesrepublik sei zwar der größte Nettozahler der EU, aber auch der größte Nettogewinner. „Jeder Euro, den wir für den EU-Haushalt zur Verfügung stellen, kommt – direkt oder indirekt – mehrfach zu uns zurück", so der SPD-Außenminister. Zur Begründung wies Gabriel auf die deutschen Exporte ins EU-Ausland hin, von denen Millionen deutscher Arbeitsplätze abhingen.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zeigte sich verärgert über den Vorstoß seines Kabinettskollegen. Gegenüber dem Deutschlandfunk kritisierte Schäuble, Gabriel sende vor allem in Richtung Griechenland „eine ganz falsche Botschaft". Laut Schäuble leide Europa nicht an einem Mangel an Geld und noch weniger an einem Mangel an Schulden: „Woran wir leiden ist, dass die Mitgliedstaaten das nicht machen, was sie machen müssen, sondern, dass sich manche zu sehr auf andere verlassen", so Schäuble.

Trotz der Kritik des Finanzministers dürfte in den kommenden Jahren eine intensive Debatte über den Beitrag Deutschlands zur EU auf der Tagesordnung stehen. Im Jahr 2015 zahlte Deutschland rund 14,3 Milliarden Euro mehr in den EU-Haushalt ein, als es zurückbekam. Großbritannien war mit rund zehn Milliarden Euro in den letzten Jahren der zweitgrößte EU-Nettoeinzahler. Der Wegfall der britischen Zahlungen durch den Brexit macht entweder Einsparungen im EU-Haushalt oder aber höhere Einzahlungen nötig. Deutschland und andere Geberländer werden bei den absehbaren Verhandlungen keineswegs aus einer Position der Stärke agieren können. Der aktuelle EU-Finanzrahmen läuft noch bis 2020, gelingt über den nächsten Rahmen keine Einigung, dann wird automatisch das EU-Budget des Vorjahres herangezogen.

> Schottische Nationalisten gehen auf Distanz zur EU

Bislang nur schwer abzuschätzen sind die Folgen eines Szenarios, bei dem sich nach einem Brexit Schottland seinerseits von Großbritannien abtrennt und eine eigene EU-Mitgliedschaft anstrebt. Politiker der Schottischen Nationalpartei (SNP) hatten im Vorfeld des Unabhängigkeitsreferendums im Jahr 2014 den Eindruck erweckt, dass ein selbstständiges Schottland zur Gruppe der wohlhabendsten Länder der Welt gehören könnte. In der öffentlichen Diskussion taucht im Kontrast dazu inzwischen immer öfter die Frage auf, ob Schottland ohne das übrige Großbritannien wirtschaftlich überhaupt lebensfähig ist. So gehen etwa zwei Drittel aller schottischen Exporte in den Rest des Vereinigten Königreichs. Durch den gefallenen Ölpreis sind die Einnahmen des Fiskus in Schottland um zwei Drittel gesunken. Auch der Finanzsektor, Schottlands zweitgrößter Wirtschaftszweig, hat seit der Finanzkrise von 2008 stark an Bedeutung verloren.

Zeitungen wie der „Daily Telegraph" und die „Times" berichten inzwischen, dass die Chefin der SNP in der bevorstehenden Referendumskampagne darauf verzichten will, mit einem Verbleib Schottlands in der EU zu werben. Als Gründe werden die gestiegene Euroskepsis der Schotten genannt, aber auch das Aufkommen von Befürchtungen, dass eine Aufnahme Schottlands in die EU auf größere Schwierigkeiten, etwa auf den Widerstand Spaniens, stoßen könnte. *Norman Hanert*

Widerständige Nationalisten

Die Kritik an Erdogans Verfassungsreform reicht bis in die AKP

Auch in Recep Tayyip Erdogans regierender AKP werden zunehmend Stimmen laut, die sich gegen das geplante Präsidialsystem stellen, das seine konstitutionellen Befugnisse erweitert und ihn zum Staatsoberhaupt, Regierungschef und Kopf der Regierungspartei machen soll – und zwar alles zur gleichen Zeit. Zwei Gründungsmitglieder der AKP, Abdüllatif Sener und Ertugrul Yalcinbayir, erklärten bereits öffentlich ihre Ablehnung der Verfassungsänderungen. Beide sind schon vor einiger Zeit auf kritische Distanz zu Erdogan gegangen und wurden daher bereits aus der AKP ausgeschlossen. Yalcinbayir ließ durchsickern, dass der frühere Staatspräsident Abdullah Gül (AKP) und ein frühere Parlamentspräsident aus den Reihen der AKP das Präsidialsystem ebenso ablehnten. Da beide jedoch noch Mitglieder der AKP sind, schwiegen sie lieber, um der Partei nicht zu schaden. Gül war so etwas wie der Steigbügelhalter Erdogans. Er hatte das Amt des Ministerpräsidenten auf Erdogans Wunsch hin im November 2002 für eine Übergangsperiode übernommen, da Erdogan wegen einer abgebüßten Haftstrafe bis 2003 von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen war. Dafür durfte er von 2007 bis 2014 das Amt des Staatspräsidenten bekleiden.

Auch in der nationalistischen MHP, der einzige Parlamentspartei neben seiner eigenen, die Erdogan unterstützt, melden sich zunehmend Dissidenten zu Wort, die den Schmusekurs ihrer Partei mit Erdogan missbilligen. Erdogan hatte die ultrarechte Partei MHP zu einem Bündnis überredet, weil er die Forderung dieser Partei nach Wiedereinführung der Todesstrafe unterstützt. Die MHP bescherte ihm im Parlament im Gegenzug die Stimmen, die seiner AKP fehlten, um das Volk über das Präsidialsystem entscheiden zu lassen. Der Abgeordnete und Historiker Yusuf Halacoglu, der gegen die Einführung eines Präsidialsystems war, wurde deswegen zusammen mit drei weiteren MHP-Abgeordneten aus der Partei ausgeschlossen. Aber der Streit um das Präsidialsystem hat bereits die Parteiführung erreicht. Eine Gruppe von Parteirebellen begehrte gegen den erfolglosen Langzeit-Vorsitzenden Devlet Bahceli auf. Die MHP-Rebellen scheiterten zwar vorerst noch, weil Bahceli die türkische Justiz für seine Zwecke einspannen konnte, um so einen Führungswechsel zu verhindern, aber sie gaben nicht auf. Sie veröffentlichten eine Deklaration, warum Nationalisten mit Nein stimmen sollten. Ümit Özdag, einer der führenden Köpfe der nationalistischen Nein-Kampagne, erklärte, dass auch einige ehemalige Führer der „Grauen Wölfe" sich dem Nein angeschlossen hätten. Erwartet wird, dass Vertreter der ultranationalistischen Partei der Großen Einheit (BBP) hinzustoßen werden. Neben dem wirtschaftlichen Aufschwung und einer Stärkung des Islams ist der übersteigerte türkische Nationalismus zur entscheidenden Grundlage für Erdogans Macht geworden. Doch auf Nationalismus hat Erdogan wie man jetzt sieht kein Monopol.

> Ultranationalisten stören sich an Erdogans Islam

Die Grenzen zwischen Nationalismus und Islamismus sind in der Türkei unter Erdogan, der beide Lager zu bedienen weiß, schwimmend geworden. Im traditionell religionsfernen, ultranationalistischen Lager gibt es viele, die mit Erdogans inszeniertem radikalen Islam nichts anfangen können. In staatstreuen Medien läuft wohl auch deshalb schon eine Gegen-Kampagne gegen die Nein-Kampagne aus dem nationalistischen Lager. *Bodo Bost*

Vom Tiger zum kranken Mann

Die Talfahrt der türkischen Wirtschaft liegt nicht nur, aber vor allem, an Erdogans Politik

Vor sieben Jahren gehörte die Türkei neben China zu den Ländern mit der größten wirtschaftlichen Dynamik überhaupt. Inzwischen ähnelt der „anatolische Tiger" freilich eher dem einstigen „kranken Mann am Bosporus".

Infolge der Reformen, welche die Regierung von Bülent Ecevit 2001 eingeleitet hatte, erlebte die Türkei einen beeindruckenden ökonomischen Aufschwung. Dadurch verdreifachte sich das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung zwischen 2003 und 2015 auf umgerechnet 12400 US-Dollar. Doch nun geht es wieder bergab, sodass Präsident Recep Tayyip Erdogans ehrgeiziges Ziel, sein Land bis zum 100. Jahrestag der Staatsgründung im Oktober 2023 zu einer der zehn größten Wirtschaftsnationen der Welt zu machen, unerreichbarer denn je erscheint. Schließlich leidet die Türkei nicht nur unter dem Ausbleiben der Touristen, deren Zahl 2016 um über 30 Prozent zurückging. Vielmehr sind sämtliche wichtigen ökonomischen Eckdaten besorgniserregend. So schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2016 erstmals nach längerer Zeit – und zwar gleich um drastische 4,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wie die Commerzbank kürzlich errechnete. Darüber hinaus erwarten viele Experten für 2017 Stagnation oder ein erneutes leichtes Minus.

Ebenso sank das Pro-Kopf-Einkommen auf 9100 Dollar. Dafür legte die Inflation im Gegenzug an Tempo zu und kletterte im Februar über die Zehn-Prozent-Marke. Die gleiche Tendenz zeigt die Arbeitslosenquote. Sie stieg zu Jahresanfang auf fast 13 Prozent, wobei der Anteil der beschäftigungslosen Jugendlichen sogar bei rund 25 Prozent liegt.

Das alles führte dazu, dass die Türkische Lira auf Talfahrt ging. Seit dem Putschversuch vom Juli 2016 fiel ihr Wert um fast ein Drittel. Das erschwert türkischen Unternehmen die Rückzahlung ihrer Verbindlichkeiten in Fremdwährungen, die sich inzwischen auf umgerechnet rund 300 Milliarden Euro belaufen. Deshalb haben die drei führenden Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch die Bonität der Türkei herabgestuft, womit die Staatsanleihen Ankaras nunmehr als risikoreiches Investment gelten.

> Sollte Erdogan das Verfassungsreferendum gewinnen, würde der Erwartungsdruck, unter dem er steht, noch zunehmen

Allerdings reicht es nicht aus, die Ursache für die aktuelle wirtschaftliche Schwäche der türkischen Republik ausschließlich in der provokanten Politik Erdogans zu suchen, die neben Urlaubern auch ausländische Investoren verprellt. Denn das Land krankt ebenso an strukturellen Gebrechen, die schon des Längeren bestehen. Hier wäre besonders das Leistungsbilanzdefizit zu nennen. Denn seit dem Jahr 2000 führt die Türkei deutlich mehr Waren ein, als sie exportiert. Vor diesem Hintergrund schadet die politische Konfrontation mit Deutschland ganz besonders, ist die Bundesrepublik doch der größte Absatzmarkt für türkische Produkte.

Die anhaltende Exportschwäche der Türkei resultiert hauptsächlich aus der mangelnden Innovationskraft ihrer Industrie. Hier macht sich bemerkbar, dass Bildung und Forschung Stiefkinder der regierenden konservativ-islamischen Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP, Adalet ve Kalkınma Partisi) sind. Die investiert lieber in den Religionsunterricht als in eine Förderung der Natur- und Technikwissenschaften. Und das wird sich angesichts der Entlassung von 4500 Akademikern nach dem Juli-Putsch von 2016 wohl kaum ändern.

Um die türkische Wirtschaft aus ihrer existenziell bedrohlichen Situation herauszulavieren, setzt Staatspräsident Erdogan nun die Führung der türkischen Zentralbank unter Druck. Die darf den Leitzins nicht so stark anheben, wie sie es möchte und es angesichts des Lira-Verfalls und der Inflation dringend angezeigt wäre, um die Geldmenge im Wirtschaftskreislauf zu reduzieren. Mit diesem finanzpolitisch hochriskanten Verhalten will Erdogan eine schnelle ökonomische Erholung erreichen, die für ihn jetzt von überlebenswichtiger Bedeutung ist. Denn der Niedergang der türkischen Wirtschaft könnte seinen Sieg beim Referendum am 16. April gefährden, bei dem es darum geht, ob das parlamentarische Regierungssystem einem Präsidialsystem weichen soll. Doch unabhängig davon, ob Erdogan die Abstimmung gewinnt, bleibt ihm die Aufgabe erhalten, die Türkei aus der Krise zu führen. Im Falle seines Sieges bei der Volksabstimmung dürfte der Erwartungsdruck von Seiten der Anhängerschaft des „Sultans" noch größer sein als jetzt.

Wolfgang Kaufmann



Sinkende Touristenzahlen belasten die Zahlungsbilanz: Strand des Urlaubsorts Side an der Türkischen Riviera Bild: Mauritius

MELDUNGEN

Weniger Steuern für Euro-6-Pkw

Berlin – Der Finanzausschuss des Bundestages hat einen Gesetzentwurf der Bundesregierung angenommen, nach dem für Pkw der Euro-6-Emissionsklasse die Kraftfahrzeugsteuer gesenkt werden kann. Mit den höheren Steuerentlastungsbeträgen, deren Volumen mit 100 Millionen Euro angegeben wird, soll der ökologische Anreiz für Fahrzeuge dieser Emissionsklasse verstärkt werden. Außerdem will die Regierung mit den Änderungen den Bedenken der EU-Kommission gegen die Einführung einer Infrastrukturabgabe, mit der von der steuerfinanzierten zur nutzerfinanzierten Infrastruktur übergegangen werden soll, Rechnung tragen. *J.H.*

Koalition für mehr Innovation

Berlin – Die Koalition will das im Jahr 2015 in Deutschland erreichte Ziel eines Anteils für Forschung und Entwicklung von drei Prozent am Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2025 auf 3,5 Prozent anheben. Die Unions- und die SPD-Fraktion setzen sich in einem gemeinsamen Antrag zudem für eine mittelfristige Erhöhung der Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand auf 700 Millionen Euro ein. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.032.466.259.789 €
Vorwoche: 2.032.425.151.287 €

Verschuldung pro Kopf:
24.733 €
Vorwoche: 24.733 €

(Dienstag, 28. März 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Preisexplosion befürchtet

Die Gewinnung von Gold wird immer schwieriger

Über 35 Jahre Erfahrung an der Wall Street besitzt der Ökonom und Investmentbanker James Rickards. Er berät Firmen zu Fragen von Währungsrisiken. Dem anhaltenden „Gold-Hype" steht er skeptisch gegenüber. Er prophezeit dem Edelmetall eine unsichere Zukunft mit dem Potenzial, „eine Katastrophe auszulösen". Gold sei die am wenigsten verstandene Anlageklasse der Welt. „Es entsteht Verwirrung, weil Gold wie ein Rohstoff gehandelt wird – aber Gold ist kein Rohstoff, es ist Geld", sagte er gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Focus".

Die größten Goldproduzenten weltweit stehen derzeit alle vor demselben Problem. Steigt der Goldpreis nicht nennenswert an, werden die wirtschaftlich ergiebigen Goldvorkommen in wenigen Jahrzehnten erschöpft sein. „Es gibt viel zu wenig Gold, um all die an der Börse gehandelten Lieferverpflichtungen zu erfüllen", sagt Rickards. Das US-Recht schreibe vor, dass ein Terminverkauf von physischem Gold innerhalb von 28 Tagen durch eine entsprechende Lieferung abgewickelt werden müsse. Andernfalls werde ein solcher Verkauf als Terminkontrakt eingestuft, der illegal sei, wenn er nicht an einer regulierten Warenterminbörse gehandelt werde. „Angesichts der heute so angespannten Lage am Markt für physisches Gold wird diese Vorschrift ständig ignoriert. Die US-Regierung hat aber anscheinend wenig Interesse, diese Vorschrift durchzusetzen", erklärt der Experte.

Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ließ das Interesse am Edelmetall immer mehr nach – bis zum Börsencrash des Jahres 2008. Danach stiegen die Werte stark an. Seit 2011 gibt es wieder erhebliche Schwankungen. Um den gesetzlichen Bestimmungen auszuweichen, geht es heute beim internationalen Goldhandel nur zu einem kleinen Teil um physisches Gold. „Ein Großteil der Geschäfte wird mit sogenannten Goldderivaten am Terminmarkt getätigt. Dabei müssen die Verkäufe nur zum Teil durch physisches Gold gedeckt sein. Es handelt sich dabei also nur um eine Art elektronische Option für echtes Gold in der Zukunft", erklärt das ZDF auf seiner Internetseite.

> In rund 30 Jahren sollen die Vorkommen erschöpft sein

Bei Goldlieferungen komme es immer häufiger zu Engpässen, Verzögerungen und Betrug. Bisher würden die Marktteilnehmer solche Störungen ignorieren, da sie froh seien, überhaupt an Gold zu kommen, wenn auch manchmal etwas verspätet. Als zunehmend problematisch werten Experten auch die immer schwierigere Gewinnung von Gold. Der alte Traum der Alchemisten, beispielsweise Blei in Gold umzuwandeln, hat sich bis heute nicht erfüllt. In den vergangenen Jahren haben Bergbauunternehmen weltweit rund 2700 Tonnen Gold pro Jahr gefördert. Die größten bekannten Vorkommen befinden sich in Australien mit 7400 Tonnen, Südafrika mit 6000 Tonnen und Russland mit 5000 Tonnen.

Experten haben berechnet, dass in rund 30 Jahren die Ressourcen erschöpft sein könnten. Trotz aller technischen Forstschritte ist immer noch nicht gänzlich geklärt, wo auf dem Planeten Gold zu finden sei. Geologen halten neue Fundstellen für nicht ausgeschlossen. Diese Hoffnung hält Experte Rickards aber für trügerisch. Er geht eher davon aus, dass die Vorräte zu Neige gehen. „Eine Preisexplosion" und „ein brutaler Verteilungskampf" sind seine Szenarien.

Peter Entinger

Schulz lügt

Von Friedrich-Wilhelm Schlomann

In seiner Castro-ähnlich langen Rede behauptete der neue SPD-Hoffnungsträger Martin Schulz, die SPD sei nach 1946 in der Ostzone verboten gewesen. In Wahrheit hat es niemals einen derartigen Befehl der dafür damals allein zuständigen Sowjetischen Militäradministration in Deutschland gegeben.

Während des Kalten Krieges prägte Kurt Schumacher den Kampfbegriff von der „Zwangsvereinigung“ von SPD und KPD, doch selbst Willy Brandt räumte einmal ein, dass manche Ostzonen-Sozialdemokraten in gutem Glauben den Zusammenschluss mit der KPD befürwortet hatten. Zweifellos hat es 1946 Druck, Erpressung, auch Verhaftungen und Bestechungen von SPD-Genossen gegeben, um den Zusammenschluss zu erreichen.

Die SPD war in der DDR weder verboten, noch musste sie zum Zusammenschluss mit der KPD gezwungen werden

Gern verweist die SPD auf ihre Mitglieder-Urabstimmung in West-Berlin über eine sofortige Vereinigung, welche die Mehrheit ablehnte. Im Sinne einer Geschichtsfälschung wird hingegen stets verschwiegen, dass über 62 Prozent generell ein Bündnis mit den Kommunisten durchaus bejahten. Es waren lediglich 23 Prozent der West-Berliner SPD-Mitglieder, die jegliche Verbindung mit den Kommunisten ablehnten. Alles nur Zwang und – nunmehr – auch „Verbot“?

Wolfgang Leonhard als Zeitzeuge des Vereinigungsparteitages erinnerte sich nur an „echte spontane Begeisterung der Delegierten“. Auch Walter Roberg, letzter DDR-Finanzminister, lehnt den Kampfbegriff in dieser Form ebenfalls ab. Noch ablehnender ist in dieser Hinsicht der Soziologe, Zeithistoriker und bekannte DDR-Forscher Manfred Wilke, bis zu seiner Pensionierung einer der beiden Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin. Seit 2005 ist er Mitglied des Vorstandes der Berliner CDU. Und der Verfasser dieser Zeilen, der den Vereinigungsparteitag in Schwerin als wissbegieriger Schüler selbst miterlebt hat, hat ebenfalls nur fanatisch-optimistische Gesichter gesehen.

Völlig totgeschwiegen wird heute auch, dass viele SPD-Genossen in West-Deutschland damals für die SED waren. Ist das die von Schulz so oft beschworene „Solidarität“?

Ebenfalls ein Märchen ist die These des Kanzlerkandidaten Schulz, die Ostpolitik der SPD habe zur gewünschten Vereinigung von Bundesrepublik und DDR geführt. Wahrheit ist, dass noch ein Jahr vor dem Fall der Berliner Mauer ein Willy Brandt in diesem Zusammenhang von der „Lebenslüge“ der Deutschen und ein Egon Bahr von „politischer Umweltverschmutzung“ sprachen. Noch im Dezember 1989 sprach sich Brandt in der Rostocker Marienkirche gegen die Einheit Deutschlands aus.

Ungehörter Weckruf

Von Hermann Paul Winter

Kürzlich rief der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan seine Landsleute bei einer Wahlkampfveranstaltung dazu auf, ihren Einfluss in Europa auszuweiten. Er riet ihnen: „Macht fünf Kinder, nicht drei, denn ihr seid Europas Zukunft!“ Die deutsche Politik gab sich davon überrascht. Doch die Strategie, Europa durch Zuwanderung und Kinderreichtum zu islamisieren, ist nicht neu. Seit Jahrzehnten kündigen hochrangige Vertreter des Islam sie immer wieder an. Bereits 1974 prophezeite der damalige algerische Staatspräsident Boumedienne: „Der Bauch unserer Frauen wird uns den Sieg schenken!“ Ein früherer deutsch-türkischer EU-Abgeordneter der SPD, Vural Öger, drohte 2004: „Im Jahr 2100 wird es in Deutschland 35 Millionen Türken und ungefähr 20 Millionen Deutsche geben. Das, was Kamuni Sultan Süleyman 1529 mit der Belagerung Wiens begonnen hat, werden wir über die Einwohner, mit unseren kräftigen Männern und gesunden Frauen verwirklichen.“

Die Politik hat diese Strategie bislang nicht als Zukunftsproblem für Deutschland erkannt, geschweige denn, dass sie ihr entgegengetreten wäre. Im Gegenteil: Grüne, Linke und SPD wollen den ausgesetzten Familiennachzug für Asylsucher baldmöglichst wieder freigeben und ebnen damit der Islamisierung durch Kinderreichtum den Weg. Diese Gedankenlosigkeit der Politik ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer Umfrage des Info-Instituts von 2012 zum Thema „Deutsch-türkische Lebens- und Wertewelten“ alarmierend. Sie ergab, dass sich fast die Hälfte der in Deutschland lebenden Türken eine Mehrheit von Moslems in unserem Land wünscht. Die Studie „Lebenswelten junger Muslime“ des Bundesinnenministeriums aus demselben Jahr untermauert dies: 25 Prozent der Moslems bis 32 Jahre seien weder Integrationswillig- noch -fähig und neigten zur Separation, heißt es darin.

In welcher Dimension unsere Politiker die Preisgabe der deutschen Bevölkerung bereits verinnerlicht haben, zeigen jüngere Äußerungen von Politikern der „Toleranz“-Parteien. Im Juni 2016 fabulierte Martin Schulz in einer Rede, Europa sei ein „Kontinent der Vermischung“. Der Gründer der Islamkonferenz, Wolfgang Schäuble, warnte Mitte 2016 gar davor, die Deutschen würden „in Inzucht degenerieren“, falls sie sich genetisch abschotteten.

Erdogans neuerlicher Aufruf müsste ein letzter Weckruf für all die sein, die sich der Realität der Islamisierung verweigern und die islamische Missionierung via Zuwanderung und reicher Nachkommenschaft bestreiten. Dies gilt vor allem für die Kirchen und die vermeintlich tolerante Schar der Willkommensparteien, die gar in Abrede stellen, dass es überhaupt eine Islamisierung gibt und den Begriff gerne als Erfindung „islamophober“ Rechter ausgeben. Erdogan will Europa erklärtermaßen missionieren und islamisieren. Schon 1994 sagte er: „Gott sei Dank sind wir Anhänger der Scharia“ und „unser Ziel ist der islamische Staat“. Nach seinem Bekunden sind die Moscheen seine Kasernen, die Minarette seine Bajonette, die Kuppeln seine Helme und die Gläubigen seine Soldaten. Deren Heer will er nun in Deutschland durch Nachkommenschaft verstärken. Wir wissen also, was auf uns zukommt.



Islamische Missionierung des Westens durch Zuwanderung und Kinderreichtum: Türkische Frauen in Duisburg-Marxloh

Bild: pa

Frei gedacht



Kein Recht auf die Zukunft

Von Eva Herman

Es muss einem wie ein Albtraum vorkommen, der nicht zu Ende gehen will. Da ist eine von den Bürgern gewählte Kanzlerin, die seit mehreren Jahren zunehmend Entscheidungen trifft, die immer diffuser erscheinen, die jedoch, nach offizieller Auslegung, die Leitlinien der politischen Korrektheit bilden. Politische Korrektheit? Diese Ausrichtung, man könnte sie inzwischen fast als Staatsräson bezeichnen, grenzt systematisch jene Menschen aus, die noch mit logischem Verstand und menschlicher Empfindung an das Leben herangehen und die wachsenden Verwirrungen – sie kommen als politische Programme daher – zu deuten suchen. Angela Merkel ordnet das politische und gesellschaftliche Leben neu, Deutschland ist nicht mehr das Land, das es noch vor zwölf Jahren gewesen ist. Alles, alles ist jetzt anders. Und wer das nicht verstehen will, wer darüber etwa diskutieren, eventuell sogar etwas ändern möchte, der kann sich warm anziehen. Denn wir sollen lernen: Es gibt kein Anrecht auf bisherige Lebensformen. Es gibt offenbar auch kein Anrecht auf Regeln, die bisher ganz gut funktioniert hatten, zumindest soweit, als dass die westliche Wertegemeinschaft (wie man so schön sagt) bislang existieren konnte. Es gibt erst recht kein Anrecht auf Glück, auf ein Morgen, auf eine Zukunft. Auch das ist jetzt anders geworden.

In einer Gesellschaft, in der proklamiert wird, dass das Geschlecht eines Menschen nicht angeboren ist, sondern jederzeit auswechselbar ist, dass dies auch durchaus mehrere Male im Leben verändert werden kann beziehungsweise sogar sollte, darf man sich tatsächlich auf einen gehörigen Wandel gefasst machen. Zumal dieses Gender-Mainstreaming-Programm inzwischen auch in Deutschland gesetzgebende Wirkung erhalten hat, also jetzt nicht einfach wieder wegzuradieren ist. Zu blöd aber auch, wer hat denn da nicht aufgepasst?

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Da waren auch die Entscheidungen gewesen, flächendeckend das Land mit Krippen zu überziehen, wie einst in der DDR, aus der Frau Merkel herüberkam nach dem Fall der Mauer. Zwar hatte Sozi-Kanzler Schröder schon den heißen Kita-Fan Schmidt (volle Granate, Renate!) mit dem Krippen-Plan beauftragt, aber als die sogenannte Christlich-Demokratische Union das Ruder übernahm, lief dieser unter Tante Uschi, der gesegneten Siebenfach-Mutti, einfach weiter. Dieser unselige Krippenplan, der die Mütter von ihren Säuglingen trennt, damit sie gerade so viel Geld verdienen gehen können, um die Staatskassen und Sozialsysteme nicht völlig auszuschrumpfen zu lassen; auch, um der Gesellschaft nicht auf der Tasche zu liegen; und, um die Kinder früh schon von fremden Menschen auf das politisch korrekte Leben dressieren zu lassen. Dieses Abrichtungsprogramm ist längst schon unser Alltag geworden, niemand spricht mehr über die natürlichen Bedürfnisse eines Kleinkindes, auch nicht über die natürlichen Bedürfnisse einer Mutter, die sich nach ihrem Kind sehnt, während sie ein paar Bögen Papier von links nach rechts legt, was man heute als Karriere bezeichnen will. Eine Änderung ist nicht in Sicht, unser Gesellschaftssystem läuft jetzt so, wer es als Mutter anders macht, wird wirtschaftlich und gesellschaftlich diffamiert. Er ist dann Nazi, rechts, fundamentalistisch und so weiter. Kennt man ja alles schon bis zum Erbrechen.

Mit nahezu ausdrucksloser Miene und desillusioniertem Sichelmund zieht Angela Merkel ihre unheilvollen Programme durch, während die Massenmedien ihr einen Heiligenschein nach dem anderen aufsetzen. Eine scheinheilige Auszeichnung, deren Rückwirkung schmerzhaft werden kann.

Und während diese Frau zu Beginn ihrer politischen Karriere in Gesamtdeutschland, als Ziehtochter Helmut Kohls geltend, die konservative Wählerschaft noch mit einigen dünnen Lippenbekenntnissen zu beruhigen suchte, weichten sich die Thesen Monat für Monat, Jahr für Jahr, weiter auf. Christlich-Demokratische Union? Immer weniger waren es die auf den Zehn Geboten beruhenden Lebensregeln, welche die Kanzlerin noch vertrat. Der Wortstamm des Begriffs *Christlich* beruht bekanntlich auf Christus, dem Gottessohn, der aus der Wahrheit kam, und der die Zehn Gebote Moses durch alle seine Aussagen den Jüngern gegenüber als die für die Menschheit vorgesehene Lebensform vollumfänglich bestätigte. Womit natürlich nicht die Kirchen gemeint sind, die ihrerseits den so einfachen und klaren Weg Christi durch Dogmen und Verdrehungen bis heute verunglimpfen und schon fast unbrauchbar für die Menschen werden ließen.

Mit Christus und der Wahrheit hat Frau Merkel heute nur wenig zu tun, ihre christlich orientierten Wähler verprellt sie jeden Tag mehr. Enttäuscht zogen diese ab, manche murrten, andere warnten und orakelten vom Niedergang, wieder andere gründeten sogenannte rechte Flügel, um nicht ganz vom Glauben abfallen zu müssen. Ihre brisanteste Entscheidung traf Angela Merkel im Jahr 2015: Während viele EU-Länder angesichts einer plötzlich wie von Zauberhand ausgelösten Massenmigration die Alarmglocken zu schwingen begannen, lud Frau Merkel Millionen wildfremde Menschen in unser Land ein. Sie schien so etwas wie christliche Nächstenliebe damit demonstrieren zu wollen, völlig dabei vergessend, was sie alles anrichtete. Wildfremd sind diese Leute auch deswegen, weil der größere Teil von ihnen keine Ausweispapiere mitbringt: Wir wissen definitiv nicht, wer sie sind. Wir wissen nicht, wer in unser Land kommt. Oder doch: Was wir inzwischen wissen, ist, dass unter ihnen zwar auch einige wirkliche Flüchtlinge sind, dass jedoch ein großer Teil im Hiersein vor allem eine monetäre Bereicherungsmöglichkeit sieht, was einige von ihnen gleich mehrere Identitäten annehmen lässt. Sie kassieren unter mehrfachen, falschen Identitäten ab. Und dann sind da noch die Terroristen des Islamischen Staates, zu denen anscheinend viel mehr Leute gehören, als Frau Merkel und ihre Minister einzugestehen wagen. Denn es sind nicht nur öffentlichkeitswirksame Bomben- und Lkw-Attentate, die sie verüben. Sondern sie laufen auf ganz anderen Ebenen ab, die man bislang unterm Deckel halten wollte: Tausende Silvesterübergriffe, Vergewaltigungen unserer Frauen, Mädchen und Kinder, Axt- und Messerattacken und so vieles mehr, was das Volk, das jetzt als Pack oder Köterrasse bezeichnet werden darf, aushalten soll. Wie war das noch? Es gibt kein Anrecht auf Sicherheit! Es gibt kein Anrecht auf Glück!

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Jedes Tier schützt seinen Bau vor anderen Kreaturen, die es nicht kennt, wer sich nähert, wird angegriffen. So, wie auch jede Tiermutter ihre Kleinen vor fremdem Zugriff übrigens immer verteidigen wird, notfalls mit dem eigenen Leben. Das sind die Regeln, die zum Überleben in der Natur die Grundvoraussetzung für die Erhaltung der Art sind. Wir haben das alles vergessen vor lauter politischer Korrektheit. Wir kennen uns, kennen unsere Art nicht mehr. Ebenso wenig, wie uns klar ist, was wir hier überhaupt zu suchen haben. Jeder Zweck ist weg. Und so stolpern wir durch die moderne Merkelwelt, reiben uns immer öfter verwundert die Augen und stehen doch vor dem größten Rätsel unserer Geschichte. Endlich erkennen wir: Es geht uns an den Kragen, ob mit Merkel oder Schulz. Doch wir lassen es geschehen. Denn wir haben gelernt, dass es kein Recht auf nix gibt.

Empfindsamer Netzwerker

Auszug aus dem Privatbereich – Der Autobiograf Jung-Stilling und seine Entdeckung der Öffentlichkeit

Autobiografien werden in der Regel von Personen verfasst, die Bedeutendes geleistet haben. Als 1777 „Henrich Stillings Jugend“ erschien, kannte kaum einer den Verfasser. Trotzdem wurde das Buch ein Bestseller und setzte eine ganze Lawine von Selbstbekenntnissen in Gang.

Heutzutage genügt ein Knopfdruck, um der ganzen Welt die privaten Geheimnisse preiszugeben. Per Twitter oder Facebook können wir Urlaubsfotos oder „Likes“ senden, mit denen wir unsere persönlichen Vorlieben auch all jenen aufdrängen, die sich gar nicht dafür interessieren. Das Bedürfnis nach Selbstentblößung scheint in dem Maße zuzunehmen je technisch einfacher es wird, das Private öffentlich zu machen. Kaum jemand kann noch ein Geheimnis lange für sich behalten, nicht einmal die Geheimdienste, wie die Snowden-Enthüllungen bewiesen haben.

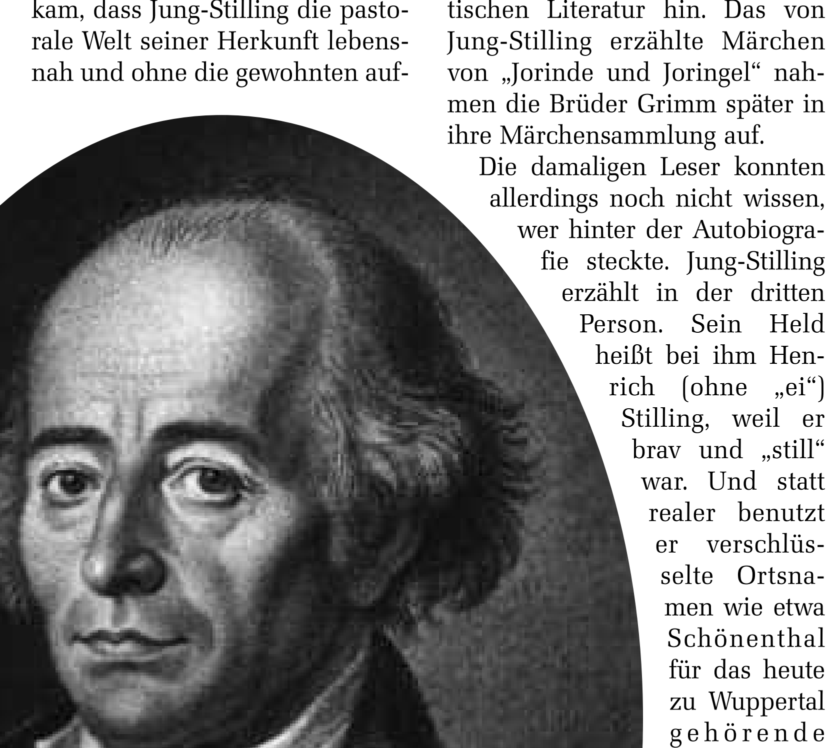
Hätte der vor 200 Jahren in Karlsruhe gestorbene Johann Heinrich Jung die Möglichkeit gehabt zu „twittern“ und zu „posten“, dann hätte man ihm wohl das Smartphone mit Gewalt entreißen müssen, um mit ihm Auge in Auge sprechen zu können. Da es aber noch keine modernen sozialen Netzwerke gab, nutzte er exzessiv die Schreibfeder, um für die Öffentlichkeit des 18. Jahrhunderts die Tür in seine kleine private Welt zu öffnen.

Jung-Stilling, wie der Autor später genannt wurde, geriet während seiner Studienzeit in Straßburg an die größten Netzwerker, welche die damalige Zeit kannte: Goethe und Herder. Beide waren der Nabel großer Freundeskreise, zu denen auch bald Jung-Stilling gehörte. Doch anders als die gutsituierten, wenn nicht gar adeligen Kommilitonen stammte Jung-Stilling aus einfachen Verhältnissen. Der Vater war Schneider in einem Dorf im Fürstentum Nassau-Siegen, der sein einziges Kind im strengen pietistischen Glauben erzog. Der 1740 geborene Sohn tat sich aber als guter Lateinschüler hervor, wurde Dorfschullehrer und Hauslehrer bei einem Fabrikanten und erlangte durch glückliche Umstände, nachdem er sich als Laienarzt versucht hatte, die Zulassung zur Universität.

Dieser Aufstieg musste geadelt werden – durch eine Autobiografie. Die ganze Welt sollte vor Neid erblassen, wenn sie erfährt, was dieser kleine Schneiderjunge alles erreicht hat. Statt mit Urlaubsfotos oder Selfies mit dem Neuwagen zu protzen, wie es heutzutage viele tun, imponierte Jung-Stilling mit seiner Lebensgeschichte.

Einer, der ein „Like“, ein virtuelles „Mögen“, an diese Geschichte geheftet hatte, war Goethe. Er nahm Jung-Stillings Manuskript an sich, strich ein paar allzu religiös verquaste Passagen und veröffentlichte die Autobiografie als „wahrhafte Geschichte“ ohne Namensnennung des Autors.

Das Buch sorgte sofort für Furore. Die Zeit der Empfindsamkeit war hereingebrochen, und Helden, deren Gefühls- und Seelenleben literarisch ausgelotet wurden, standen hoch im Kurs. Hinzu kam, dass Jung-Stilling die pastorale Welt seiner Herkunft lebensnah und ohne die gewohnten aufklärerisch-belehrenden Absichten darstellte. Tatsächlich weist die mit Fabeln und Märchen immer wieder unterbrochene Jugendgeschichte bereits auf die Formsprengungen in der romantischen Literatur hin. Das von Jung-Stilling erzählte Märchen von „Jorinde und Joringel“ nahmen die Brüder Grimm später in ihre Märchensammlung auf.


Seelischer Exhibitionist: Johann Heinrich Jung-Stilling Bild: CF

Die damaligen Leser konnten allerdings noch nicht wissen, wer hinter der Autobiografie steckte. Jung-Stilling erzählt in der dritten Person. Sein Held heißt bei ihm Henrich (ohne „ei“) Stilling, weil er brav und „still“ war. Und statt realer benutzt er verschlüsselte Ortsnamen wie etwa Schönenthal für das heute zu Wuppertal gehörende Elberfeld, wo er sich nach seinem Medizinstudium als Augenarzt niederließ.

Bald ließ sich die Autorschaft nicht mehr leugnen, und Autor Heinrich (mit „ei“) Jung wurde so bekannt, dass er nur noch Jung-Stilling genannt wurde. Während das Multitalent als Starstecher – während seines Lebens soll er 3000 Augenoperationen durchgeführt haben –, Ökonom, Landwirtschaftsprofessor, Autor von heute vergessenen Romanen sowie Lehr- und religiösen Erbauungsbüchern tätig war, verfasste er mit „Henrich Stillings Jünglingsjahre“, „Wanderschaft“, „häusliches Leben“, „Lehrjahre“ sowie dem posthumen Werk „Alter“ weitere autobiografische Teile, die aber abgesehen vom den „Jünglingsjahren“ nicht mehr die Frische des ersten Bandes erreichten.

Trotzdem war mit diesen Biografien ein Bann gebrochen. Das Private blieb nicht mehr geheim, sondern wurde öffentlich. Karl Philipp Moritz (mit dem autobiografischen Roman „Anton Reiser“), Johann Gottfried Seume (mit „Spaziergang nach Syrakus“ und „Mein Leben“), Goethe (mit „Dichtung und Wahrheit“) und viele andere legten mit Biografien ihr Innerstes offen. Später sollten Brief- (Rahel Varnhagen von Ense, Bettine von Arnim) und Tagebuch-Veröffentlichungen (Friedrich Hebbel, Thomas Mann, Ernst Jünger, Max Frisch) diesem Trend nach seelischer Exhibition folgen.

Jung-Stilling war mit geschätzt 25 000 Briefen, die er bis zu seinem Tod am 2. April 1817 verfasst hatte, selbst ein eifriger Kommunikator. Der Drang, die Neugier der Nachbarn und Freunde zu befriedigen, wie wir es heute über die sogenannten Messaging-Dienste wie Facebook, Twitter oder WhatsApp vollziehen, nahm also schon bei Jung-Stilling und seinen Zeitgenossen seinen Anfang.

Nicht mehr das Werk, sondern der Autor ist der Star. Er verlässt seine passive Rolle des Unbekannten, über den die Öffentlichkeit spekuliert, und „füttert“ diese jetzt selbst aktiv und nach eigenem Gusto mit mehr oder weniger sinnlosen Informationen über sein Privatleben. Und Jung-Stilling war ein erster Meister darin. *Harald Tews*

MELDUNGEN

Wie Luther zum Idol wurde

Berlin – „Sankt Luther. Reformator zwischen Inszenierung und Marketing“ heißt die neue Ausstellung, die im Museum Nikolaikirche (Nikolaikirchplatz, 10178 Berlin) vom 1. April bis 28. Mai zu sehen sein wird. Zum Reformationsjubiläum werden zum Teil erstmals Objekte gezeigt, welche von der glühenden Verehrung, mit der Luther zur Kultfigur verklärt wurde, zeugen. Weitere Informationen unter: www.stadtmuseum.de/sankt-luther *tws*

Goethe und seine »Ballerina«

Paderborn – Am 31. März startet die groß angelegte Ausstellung „Wunder Roms“ im Paderborner Diözesanmuseum. Bis zum 13. August sind unter anderem erstmals in Deutschland das Original der riesigen Marmorhand der Kolossalstatue Kaiser Konstantins aus den Kapitolinischen Museen in Rom zu sehen sowie Goethes Lieblingsskulptur – die sogenannte Ballerina di Goethe. Infos unter www.wunder-roms.de *tws*

Merians Blumen am Kulturforum

Berlin – Aus Anlass des 300. Todestages von Maria Sibylla Merian im Januar dieses Jahres zeigt das Kupferstichkabinett am Kulturforum vom 7. April bis 2. Juli „Maria Sibylla Merian und die Tradition des Blumenbildes“. Zu sehen sind rund 150 Werke von Merian, ihren Vorläufern, Zeitgenossen und Nachfolgern. *tws*

Unter Tizians Fittiche

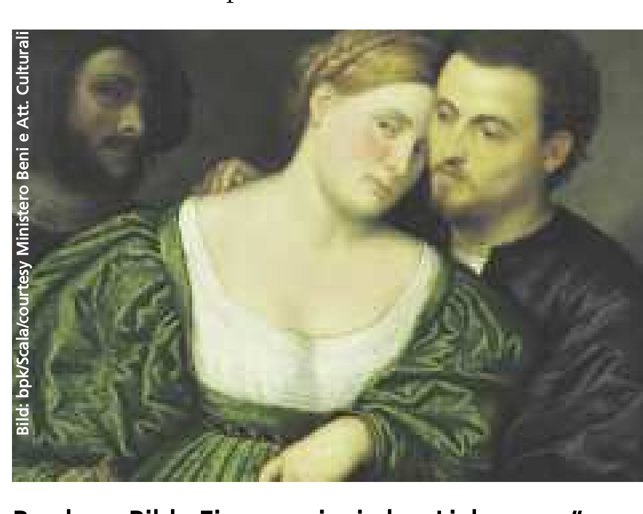
Bilder des venezianischen Renaissancemalers Bordone in Hamburg

Ein zartes Rouge überzieht ihre Gesichter und ihre Dekolletés: Paris Bordones kraftvolle monumentale Frauengestalten, Göttinnen oder Bella Donnas sind Repräsentantinnen des prallen Lebens. Weibliche Idealbildnisse, die mit ihren Reizen nicht geizen. Ihre helle zarte Haut über entblößten Brüsten, nackten Armen und Beinen steht dabei in eindrucksvollem Kontrast zu den üppigen Textilien, die sich in satten Farben um den Rest ihrer Körper winden.

Bordones Werke geben Zeugnis von Venedigs goldenem Zeitalter im 16. Jahrhundert, wo sich neben dem traditionellen Handel auch eine vielseitige Industrie in der Lagunenstadt etabliert hatte. Dabei gaben nicht nur der Schiffbau und das Bauwesen, sondern auch die Glas- und Textilproduktion sowie der Buchdruck mit zigtausenden Arbeitsplätzen den Ton an.

Im Zuge der wirtschaftlichen Prosperität bot der Markt den Künstlern neue Materialien mit neuen Farbpigmenten an. Um ihre Brillanz zu unterstützen, wurde oftmals pulverisiertes Glas beigemischt, wie eines der ersten Bilder der Ausstellung „Die Poesie der venezianischen Malerei“ in der Hamburger Kunsthalle funkelnd belegt. Nur in Venedig entstand dabei um 1500 ein neuer lukrativer Berufsstand, jener der Vendecolori, der Farbenhändler.

Neben neuen Farben gab das florierende Verlagswesen der venezianischen Malerei neue Impulse. Von der antiken Dichtkunst Theokrits und Vergils über die Mythologie bis zu Sebastiano Serlios 1551 publizierten Sieben Büchern der Architektur lieferte der Buchmarkt jener Zeit ein breites Sortiment, das den Malern als Inspiration diente. Zur Anschaulichkeit ist eine umfangreiche Sammlung dieser frühen Buchdrucke den Gemälden thematisch beigeordnet.


Bild: bpk/Scala/courtesy Ministero Beni e Att. Culturali

Bordone-Bild „Ein venezianisches Liebespaar“

Das ist nur möglich, da sich die gesamte Ausstellung in Themenräume aufteilt, geordnet nach mythologischen Sujets, prächtigen Architekturprospekten, liegenden Akten, melancholischen Männerporträts, selbstverliebten Frauen vor dem Spiegel und Belle Donne als idealschöne Frauen. Dass sich die Motive wiederholen und speziell Bordone dabei immer wieder auf dasselbe Modell zurückgreift, erklärt der veränderte Kunstmarkt. Als neue Käuferschicht traten finanzkräftige Patrizier auf den Plan, die sich nicht nur porträtieren ließen, sondern auch als Sammler ins Portemonnaie griffen, etwa für einen liegenden Akt.

Der um 1500 in Treviso geborene Bordone kam mit acht Jahren nach Venedig und fand sich sechs Jahre später in der Werkstatt Tizians wieder, die er – mit der Ausbildung unzufrieden – schon nach kurzer Zeit wieder verließ. Dabei hörte er jedoch nicht auf, sich an dem Werk des unumstrittenen Meisters jener Zeit zu orientieren.

Insgesamt werden Bordone knapp 140 Werke zugeschrieben, davon etwas mehr als 20 mythologische beziehungsweise allegorische Darstellungen. Die noch bis zum 21. Mai zu betrachtende und sehr sehenswerte Ausstellung über den Maler und einige seiner Zeitgenossen ist überhaupt die größte jemals von seinem Werk gemachte Schau. *Helga Schnehagen*

Hamburger Kunsthalle, Glockengießerwall 5, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Donnerstag bis 21 Uhr. Eintritt 12 Euro. Internet: www.hamburger-kunsthalle.de

Künstliches Gold

Berlin präsentiert Kunst der Alchemie

Die Alchemie hat in Kunst und Literatur viele Spuren hinterlassen. In seinem „Faust II“ lässt Goethe bekanntlich seinen Homunculus, den künstlichen Menschen, durch chemische Experimente erschaffen. Tatsächlich wurde die Alchemie in früheren Zeiten wie eine Wissenschaft betrieben, zumal man auch hoffte, auf chemischem Weg Gold zu erzeugen.

Das Berliner Kulturforum am Matthäikirchplatz beleuchtet vom 6. April bis 23. Juli in einer groß angelegten Ausstellung das Verhältnis von Kunst und Alchemie. In „Alchemie. Die Große Kunst“ verfolgt die Ausstellung die in unterschiedlichen Ausprägungen im Mittelalter als „Ars Magna“, die Große Kunst, bezeichnete naturphilosophische Praxis der chemischen Stoffumwandlung anhand von drei Sektionen: „Schöpfung“ ist den Ursprüngen der Alchemie gewidmet und zeigt den Einfluss alchemistischer Technologien auf die künstlerische Praxis; „Schöpfer“ stellt das Wirken des Alchemisten in den Mittelpunkt, präsentiert ihn bei der Arbeit und illustriert sein Schaffen in allegorischer wie in praktischer Manier; „Geschöpf“ fokussiert auf das Ergebnis des „Opus Magnum“, des Großen Werkes, also die Umwandlung eines unedlen Ausgangsstoffes in Gold beziehungsweise die geistige Umwandlung des Adepten, die als Homunculus oder als Stein der Weisen erscheint.


Bild: bpk/Staatliche Museen zu Berlin, Jörg P. Anders

Rembrandts Papier-Radierung „Der Alchemist“ (um 1652)

Zur Visualisierung präsentiert die Schau Gemälde und Miniaturen, Zeichnungen und Druckgrafiken, Hängerollen, Handschriften und Laborbücher, Fotografien und Cyanotypien, Chemogramme und Scanografien, Skulpturen, Installationen und Videos, falsche Edelsteine und künstliches Gold, Böttgersteinzeug und Porzellan, Goldrubinglas und Schmuck.

Der Begriff Alchemie leitet sich vom arabischen „al-kimiyá“ ab, der „Kunst des Metallgießens“, und wurde durch die Übersetzung arabischer Texte seit dem 12. Jahrhundert im Abendland verbreitet. Die These, dass die Kunst der Alchemie die Natur am besten nachahmen könne, wurde an den Universitäten von Paris und Oxford von Gelehrten wie Thomas von Aquin oder Roger Bacon heiß diskutiert. *tws*

Infos im Ausstellungsbereich bei www.smb.museum.de

Geisterspuk mit Scarlett in Tokio

Als gelangweilte Tokio-Touristin hatte Scarlett Johansson 2003 in der Film-Romanze „Lost in Translation“ ihren sagenhaften Durchbruch zur Hollywood-Diva. Jetzt ist sie zurück in einem Tokio der fernen Zukunft, das von Robotern und haushohen dreidimensionalen Leuchtreklamen beherrscht wird. In **Ghost in the Shell** (Geist in der Schale), Kinostart ist am 30. März, ist sie als Actionheldin diesmal tatsächlich ziemlich „lost“, also verloren.

Als kampfstarke Major besteht sie in dieser Mangaverfilmung nur aus Hirn, der Rest ist künstliches Robotergewand, das jederzeit erneuert werden kann. Bei den Kämpfen gegen eine Terrorbande ist sie daher einfach nicht totzukriegen. Das feministische Zukunftsspektakel wird auch nicht dadurch erträglicher, dass sich diese Kampfandroidin an ihre vergangenen Zeiten als verwundbarer Mensch erinnert. Und es hilft auch nicht, dass Filmgrößen wie Juliet Binoche und Japans Megastar Takeshi Kitano ihr zur Seite stehen. Beeindruckend ist allein die 3D-Visualisierung, hinter der man vergessen hat, eine vernünftige Handlung zu stricken. *H. Tews*

Bild: 2017 Paramount Pictures

Halb Mensch, halb Roboter: Scarlett Johansson als Major

Ein legitimes, aber unbeliebtes Kind

Vor 60 Jahren rückten die ersten Wehrpflichtigen der Bundeswehr in die Kasernen ein

Noch wenige Jahre zuvor hätte sich kaum einer vorstellen können, dass es das jemals wieder in Deutschland geben würde: junge Männer, die als Wehrpflichtige einrücken. Denen, die am 1. April 1957 den Anfang machten, sollten im Laufe der nächsten füneinhalb Jahrzehnte Millionen folgen.

„Sie wissen, was heute vor 20 Jahren geschah. Und so wissen Sie auch, warum Sie hier sind.“ Mehr musste der General den Wehrpflichtigen, die in der Flensburger Briesen-Kaserne zur Ableistung des Feierlichen Gelöbnisses angetreten waren, nicht erklären. Es war der 20. Jahrestag des Mauerbaus. Die jungen Männer waren zum Grundwehrdienst einberufen worden, um auch zukünftig vor und nicht hinter der Mauer zu leben, wie sie scherzten. So viel Wahres daran war, die meisten von ihnen waren nur hier, weil es das Gesetz von ihnen verlangte.

Auch wenn die Wehrpflicht jahrzentelang das bestimmende Strukturelement der Bundeswehr war, blieb die Vorstellung vom wehrpflichtigen Soldaten, der als mündiger Staatsbürger die Pflicht zum Wehrdienst aus innerer Überzeugung akzeptiert und deshalb freiwilligen Gehorsam leistet, so idealistisch wie realitätsfern. Die Wehrpflicht wurde nach 1945 nicht militärisch, sondern gesellschaftspolitisch begründet und damit politisch instrumentalisiert. Ihr eigentlicher Sinn ist es jedoch, in Zeiten der Gefahr die Souveränität des Staates zu bewahren oder wiederherzustellen. Die von den Verfechtern der Inneren Führung immer wieder zitierte Formel des preußischen Heeresreformers Gerhard von Scharnhorst vom Bürger als Vaterlandsverteidiger ist in der Bundesrepublik Deutschland nur unzureichend umsetzbar gewesen. Aufgrund des Freiheitsentzugs und der Unterordnung war dieser Pflichtdienst seit jeher alles andere als beliebt.

Der Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes vom 21. Juli 1956 waren Debatten vorausgegangen, die zu den heftigsten und leidenschaftlichsten in der Geschichte des Bundestages gehören. Die beiden widerstreitenden Lager waren die SPD, die entgegen ihrer Tradition für eine Berufsarmee eintrat, auf der einen und die CDU als Befürworterin der allgemeinen Wehrpflicht auf der anderen Seite. Die SPD fürchtete, im Ernstfall stünden sich wehrpflichtige Deutsche aus zwei verschiedenen politischen Blocksystemen als Feinde gegenüber. Zudem verlöre die zahlenmäßige Stärke konventioneller Streitkräfte im Nuklearzeitalter zunehmend an Bedeutung. Die Befürworter der Wehrpflicht beriefen sich auf Bundespräsident Theodor Heuß, der die Wehrpflicht als „legitimes Kind der Demokratie“ bezeichnet hatte. Für sie war der Wehrdienst eine selbstverständliche Verpflichtung der Jugend gegenüber der Gesellschaft, ein Beitrag zum Gemeinwohl, der jedem jungen Mann zuzumuten sei. Zudem wollte die CDU durch die allgemeine Wehrpflicht die gesellschaftliche Durchmischung der Bundeswehr gewährleisten und so einem „Staat im Staate“ vorbeugen.

Nach einer 18-stündigen Marathonsitzung fiel am 7. Juli 1956 die Entscheidung für die allgemeine Wehrpflicht. Seither sind alle nach dem 1. Juli 1937 geborenen Männer zwischen 18 und 45 Jahren in Friedenszeiten grundsätzlich wehrpflichtig. Im Spannungs- und Verteidigungsfall liegt die Altersgrenze bei 60 Jahren. Zunächst betrug die Dauer des Grundwehrdienstes zwölf Monate, die im Dezember 1961 auf 18 Monate heraufgesetzt und 1973 auf 15 Monate reduziert wurde. Ab 1990 wurde sie schrittweise so weit verkürzt, bis vom Grundwehrdienst nur noch so etwas wie ein sechsmonatiger Schnupperkurs übrig blieb. Die Einberufungen erfolgten jeweils zum Beginn eines Quartals.

Angesichts des Fehlens einer konkreten Bedrohung wurde die Bundeswehr nach 1990 des klassischen Auftrags der Landesverteidigung beraubt und in den entferntesten Ecken der Welt mit nicht immer für jeden nachvollziehbaren Aufgaben eingesetzt. Je mehr sie sich auf diese Weise zu einer rein technischen Sicherheitseinrichtung entwickelte, gerieten das Ideal vom Bürger des Staates als dem geborenen Verteidiger desselben ins Wanken und die Verfechter der allgemeinen Wehrpflicht immer stärker in die Defensive. Selbst Bundespräsident Roman Herzog stellte die Wehrpflicht öffentlich in Frage: „Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Einschnitt in die individuelle Freiheit des Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet.“ Zweifel daran, dass dieser Einschnitt in den letzten Jahren vor der Aussetzung der Wehrpflicht gerechtfertigt war, waren nicht leichtfertig von der Hand zu weisen.

Mit jeder weiteren Reduzierung der Truppenstärke und dem damit einhergehenden geringeren Bedarf an Grundwehrdienstleistenden konnten die Befürworter einer Freiwilligenarmee argumentieren, dass die Wehrpflicht nicht mehr allgemein und schon lange nicht mehr gerecht sei. Frauen würden beispielsweise überhaupt nicht eingezogen, obwohl ihnen mittlerweile der freiwillige Dienst in allen Bereichen der Streitkräfte offen stehe. Wer das Recht auf Wehrdienst für sich reklamiere, müsse auch die Pflicht dazu akzeptieren, so das berechtigte Argument. Das Verwaltungsgericht Köln bemängelte 2007, dass die seinerzeitige Anwendung der Wehrpflicht den Gleichheitsgrundsatz und das Willkürverbot verletze. Es gäbe mittlerweile zahlreiche Ausschlussgründe. Tatsächlich leistete nur noch ein Bruchteil eines Jahrganges seinen Wehrdienst ab. Von Wehrgerechtigkeit konnte schon lange keine Rede mehr sein. Ganze Gruppen von Wehrpflichtigen waren von vornherein von einer Einberufung ausgenommen, ohne dass es dafür eine gesetzliche Grundlage gab.



Bild: J.H.

Im Gleichschritt in einen neuen Lebensabschnitt: Grundwehrdienstleistende am 20. Jahrestag des Mauerbaus auf dem Weg zu ihrem Feierlichen Gelöbnis

Die erste Gruppe, die nicht mehr eingezogen wurde, bildeten Verheiratete und Wehrpflichtige, die in eingetragener gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaft lebten. Auch wer das 23. Lebensjahr vollendet hatte, musste nicht mehr zum Bund. Wer also nicht gleich nach der Schule oder der Ausbildung eingezogen wurde, hatte gute Chancen davonzukommen. Und wer es clever anstellte, sorgte durch die Geltendmachung von Zurückstellungsgründen dafür, dass seine Einberufung lange genug hinausgezögert wurde, bis die Bundeswehr ihn aus Altersgründen nicht mehr haben wollte. Auch wurde nur noch derjenige einberufen, der eine der beiden höchsten Tauglichkeitsstufen hatte. Kein Wunder also, dass sich die Angehörigen einer Generation, die im Schulsport und auch sonst kaum noch gefordert wurde und daher viele körperliche Mängel aufwies, befreit die Hände rieben. Zur Not ließ sich ja auch noch etwas nachhelfen. Tipps, wie man das Ergebnis seiner Tauglichkeitsuntersuchung beeinflusst, gab es im Internet.

Wen das Schicksal trotz aller Ausnahmeregelungen doch traf, seinen Grundwehrdienst zu leisten, der konnte, so er denn überhaupt keine Lust hatte, zum Bund zu gehen, in den Zivildienst flüchten. Das ging zum Schluss ganz einfach. Während sich der Wehrdienstverweigerer früher vor einer Kommission ausführlich zu rechtfertigen und seine Verweigerungsgründe zu erklären hatte, reichte irgendwann die bloße Mitteilung, dass man aus Gewissensgründen keinen Wehrdienst leisten wolle. Postkarte genügte. Übertrieben ließe sich sagen, dass nur noch der eingezogen wurde, der auch wirklich Soldat werden wollte – oder der zu dumm war, sich zu drücken. Tatsache ist, dass es oft nicht die Besten waren, die noch ihrer Wehrpflicht nachkamen. Ein weiteres Argument der Wehrpflicht-Gegner war, dass Soldaten sich in der kurzen Zeit, die der Grundwehrdienst schließlich noch dauerte, allenfalls rudimentär ausbilden ließen. Hinzu kam, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr allein schon aus rechtlichen Gründen nur mit Freiwilligen zu bewältigen waren.

Erst Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg machte der Farce ein Ende, indem er im Dezember 2010 das Bundeskabinett davon überzeugte, die Aussetzung der Wehrpflicht zu beschließen. Im März verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von Union, FDP und Grünen das entsprechende Wehrrechtsänderungsgesetz. So rückten die letzten Wehrpflichtigen am 3. Januar 2011 in die Kasernen ein. Das gilt allerdings nicht für die Ewigkeit, denn die Aussetzung der Wehrpflicht kann bei Bedarf aufgehoben werden. Deshalb bleibt Artikel 12a des Grundgesetzes, nach dem jeder männliche deutsche Staatsbürger „vom vollendeten 18. Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften ... verpflichtet werden“ kann, unangetastet. *Jan Heitmann*

Wie ein Luftschiff ein Schiff aufbrachte

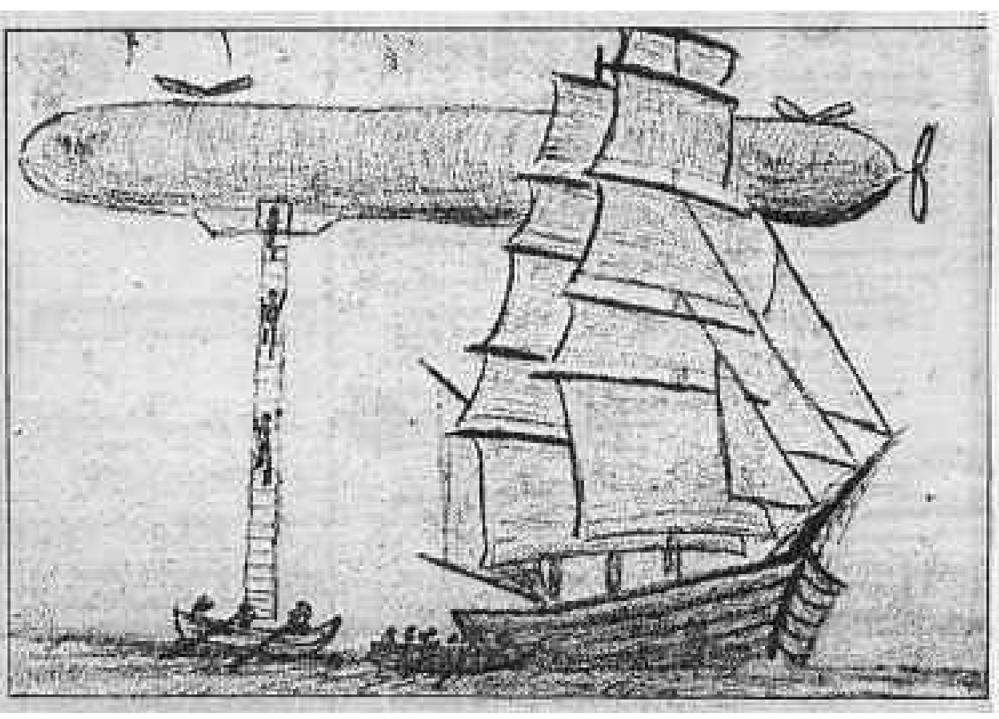
Vor 100 Jahren nahm der deutsche Marine-Zeppelin L 23 die norwegische Bark »Royal« als Prise

Während des Ersten Weltkrieges verhängte England eine Seeblockade, um jeglichen Warenfluss zum Deutschen Reich zu unterbinden. Ein eng definierter Zwangsweg war neutral und unter entsprechender Beflaggung befahrbar. Dieser wurde von beiden Seiten kontrolliert, damit keine Konterbande, also Schmuggelware für den Feind, ihr Ziel erreichte.

Das Reich hatte durch den Einsatz seiner Luftschiffe die Lufthoheit und war auf diesem Gebiet der englischen Seemacht überlegen. Die Kaiserliche Marine setzte sie zu Aufklärungszwecken über der Nord- und Ostsee ein. Diese Aufklärungsfahrten waren nicht sehr beliebt, sie waren ermüdend und langweilig, man fuhr Planquadrat für Planquadrat ab, immer das Fernglas vor Augen. Meistens sah man nichts Auffälliges. Das war am 23. April 1917 anders.

Frühmorgens fuhr der Marine-Zeppelin L 23 mit der Werksnummer LZ 66 von Tondern, dem nördlichsten Luftschiffhafen, zum befohlenen Planquadrat im Skagerrak, nahe der norwegischen Grenze, als man einen Großsegler, der Richtung England fuhr, entdeckte. Den musste man sich genauer ansehen. Als man näher kam, ließ die Bark in aller Eile ein Beiboot zu Wasser, und ihr Kapitän stieg mit fünf Mann ein. Der Zeppelin drehte seine Runden, immer in sicherer Entfernung, die Bark hätte bewaffnet sein können und im Bauch des Zeppelins war als Traggas hochexplosiver Wasserstoff. Nun ließ man das zweite Beiboot zu Wasser, und auch das wurde so schnell wie möglich vom Mutterschiff weggerudert. Ein Gigant von 178,5 Metern Länge schwebte über ihnen, wohin wollten sie fliehen? L 23 ging weiter herunter, nachdem man sich vergewissert hatte, dass keine Gefahr von dem Segler ausging. Per Flüstertüte wurde nach der Nationalität gefragt und dem Ziel der Fahrt. „Norwegen, Bark ‚Royal‘, Grubenholz für England“, lautete die Antwort. Also Konterbande. Der Aufforderung, zu seinem Schiff zurückzukehren, kam der Kapitän nicht nach. Vielmehr ließ er weiter rudern.

Inzwischen diskutierte man an Bord des Zeppelins, die Bark als Prise zu nehmen. Jeder wollte dabei sein. Der Kommandant, Kapitänleutnant Ludwig Bockholt, zögerte erst, bestimmte dann aber vier Mann, und schließlich kam der Befehl an den Steuermann Ernst Fegert, der einmalig in der Luftschifffahrt bleiben sollte: „Machen Sie sich klar zur Übernahme der Prise!“ Bockholt ließ den Zeppelin über das zweite Beiboot setzen, was rein fahrtechnisch ein schwieriges Unterfangen war, schließlich befehligte er keinen Hubschrauber. Als drei Mann das Beiboot über das Fallreep bestiegen hatten, hob sich urplötzlich der Zeppelin, er war durch das Gewicht des Trios leichter geworden, der vierte Mann und ein Maschinengewehr waren an Bord geblieben. Bockholt rief Prisenführer Fegert noch zu, dass er Hilfe schicken werde, aber nun standen die drei ohne Bewaffnung einer ihnen wenig freundlich gesonnenen Mannschaft gegenüber. Fegert hatte nur seine Sternsignalpistole um den Hals, die hielt er in die Luft und drohte, bei Widerstand von der Waffe Gebrauch zu machen und dann sei es aus mit der christlichen Seefahrt. Inzwischen hatte sich auch der norwegische Kapitän mit seinen Leuten eines Besseren besonnen und war zu seinem Schiff zurückgekehrt.



Das Prisenkommando von L 23 geht an Bord des Beibootes: Zeichnung eines Besatzungsmitgliedes der „Royal“ Bild: CF

An Bord wurde der Besatzung mitgeteilt, dass sie unter Kriegsrecht stehe und dass die Bark als Prise genommen werde. Durch einen Sprecher ließ die Besatzung ausrichten, dass sie sich fügen werde. Die Segel wurden gesetzt, ein Mann ging in den Ausguck und dann wurde Richtung Deutsche Bucht Cuxhaven gesteuert. Die restliche Mannschaft wurde in die Kombüse eingesperrt, die Bewaffnung war zu schwach. Das Wetter hatte umgeschlagen, Nebel legte sich über die Nordsee und der Wind blieb Richtung Cuxhaven aus. Das Luftschiff begleitete die „Royal“ noch eine ganze Weile, aber aufgrund des Nebels verlor man sich aus den Augen. Eine Gefahr lauerte noch, die Deutsche Bucht war vermint. Zwar kannte man die eigenen Schlupflöcher, aber bei der Flaute konnte man keinen Zickzackkurs fahren. Erst am folgenden Abend erreichte das erschöpfte Prisentrio die Elbe, wo es zunächst nicht freundlich empfangen wurde. Beim Feuerschiff Elbe IV kam ein Prisenkommando bis an die Zähne bewaffnet an Bord. Es wollte nicht glauben, dass aus einem Luftschiff heraus eine Prise möglich war. Man ließ das Schiff dennoch widerwillig ziehen und kündigte dessen Ankunft in Cuxhaven an.

Dort wurden die Drei vom Führer der Luftschiffe (F.d.L.), Kapitän zur See Peter Strasser, empfangen und ins Hauptquartier nach Nordholz, dem größten norddeutschen Luftschiffhafen, gebracht, wo ihr Einsatz mit einer Beförderung gewürdigt wurde. Aber Strasser wusste auch um die Gefährlichkeit für seine Luftschiffe und verbot künftig diese Abenteuer. Somit blieb diese Prise infolge einer Aufklärungsfahrt einmalig auf der Welt. *Birgit Elisabeth Bliesener*

Die Autorin dieses Beitrags ist eine Enkelin von Ernst Fegert. Am diesjährigen dänischen Nationalfeiertag, dem 5. Juni, ist im Sea War Museum Jutland, Kystcentervej 11, DK-7680 Thyborøn, Telefon 004540433808, E-Mail: contact@seawarmuseum.dk, eine Ausstellung zu Fegert zu sehen. Das Zeppelin-Museum Tondern, Gasværkvej 1, DK-6270 Tønder, Telefon 004574727254, Fax 004574727255, E-Mail: zeppelin@zeppelin-museum.dk, arbeitet ebenfalls an einer Gedenkausstellung.

Diphtherie und Tetanus nahm er den Schrecken

Vor 100 Jahren starb der Träger des ersten Nobelpreises für Physiologie oder Medizin, Emil von Behring

Emil von Behring entwickelte das Verfahren der Serumtherapie und rettete damit sowohl unzählige Kinder als auch Soldaten. Durch seinen Impfstoff gab es bald kaum noch Todesfälle durch Diphtherie oder Wundstarrkrampf. Der preußische Arzt und Immunologe starb vor 100 Jahren in Marburg.

Als der schwedische Kronprinz Gustav am 10. Dezember 1901 im pompösen Spiegelsaal des Stockholmer Grand Hotels die allerersten Nobelpreise der Geschichte verlieh, befanden sich unter den sechs Laureaten, deren überragende Leistungen zum Nutzen der Menschheit gewürdigt wurden, auch zwei Deutsche, nämlich Wilhelm Conrad Röntgen und Emil Adolf von Behring. Letzterer erhielt die Auszeichnung „für seine Arbeiten über Serumtherapie und besonders für deren Anwendung gegen Diphtherie, mit denen er der medizinischen Wissenschaft neue Wege erschloss und dem Arzt eine erfolgreiche Waffe im Kampf gegen Krankheit und Tod gegeben hat“.

Die Erfolge des Mediziners resultierten ganz maßgeblich aus der konsequenten Förderung durch den preußischen Staat. So erhielt das am 15. März 1854 im westpreußischen Hansdorf unweit von Deutsch-Eylau geborene fünfte von 13 Kindern eines Dorfschullehrers, das unter sehr ärmlichen Verhältnissen aufwuchs, ein Stipendium, das ihm den Besuch des Gymnasiums im ostpreußischen Hohenstein ermöglichte. Darüber hinaus konnte er auch auf Staatskosten Medizin studieren – gegen eine mehrjährige Dienstverpflichtung als Militärarzt. Deshalb wirkte Behring nach der Promotion zum Thema der Nervendurchtrennung im Auge zunächst als Truppenarzt in der Provinz Posen. In dieser Zeit entwickelte er ein zunehmendes Interesse an der Bekämpfung ansteckender Erkrankungen und Seuchen – gemäß seinem Leitmotiv, im Leben „ein wichtiges und würdiges Ziel“ anzuvisieren. Daraus resultierte 1889 der Wechsel ins Königlich-Preußische Institut für Infektionskrankheiten in Berlin. Dort fungierte Behring als Assistent des renommierten Bakteriologen Robert Koch.

An dieser neuen Wirkungsstätte widmete sich der nunmehr freigestellte Stabsarzt der Serumtherapie, deren Prinzip darin besteht, die Erreger von Infektionen nicht mit desinfizierenden Chemikalien, sondern natürlichen Gegengiften, sogenannten Antitoxinen, zu bekämpfen. Hierbei konzentrierte sich Behring vor allem auf die Entwicklung von Seren zur Heilung zweier damals besonders gefürchteter, bakteriell verursachter Krankheiten: Diphtherie und Wundstarrkrampf (Tetanus). Erstere bedrohte vor allem Kinder, deren Sterberate im Ansteckungsfall zwischen 75 und 90 Prozent lag. Dahingegen fielen dem gleichermaßen mörderischen Tetanus – die Infektion überlebte nur ein Zehntel der Betroffenen – eher verwundete Soldaten und Verletzte zum Opfer. Gemeinsam mit seinem japanischen Kollegen Kitasato Shibasaburo gelang es Behring, die entsprechenden Antitoxine im Blut erkrankter Schafe zu isolieren, womit die grundsätzliche Voraussetzung für die Herstellung eines Heilserums geschaffen war. Der Aufsatz „Über das Zustandekommen der Diphtherieimmunität und der Tetanusimmunität bei Thieren“, in dem die Forscher im Dezember 1890 ihre Erkenntnisse der Öffentlichkeit vorstellten, machte beide mit einem Schlag weltberühmt.



„Retter der Kinder“ und „Retter der Soldaten“: Emil von Behring *Bild: CF*

Andererseits brauchte es aber noch drei weitere Jahre sowie die Mitarbeit von Paul Ehrlich und Erich Wernicke, ehe hinreichend wirksame und praktisch anwendbare Tetanus- und Diphtherie-Seren zur Verfügung standen. Dann konnte 1894 die Massenproduktion in den Farbwerken Meister, Lucius & Brüning in Höchst bei Frankfurt am Main starten. Durch die Anwendung des Heilserums sank die Sterblichkeit infolge Diphtherie innerhalb von nur zwölf Monaten um 75 Prozent, was alleine schon etwa 38 000 deutschen Kindern das Leben rettete. In den darauffolgenden Jahren bis 1897 stieg die Überlebensquote sogar auf 97 Prozent.

Allerdings überschatteten bald Prioritätsstreitigkeiten und persönliche Auseinandersetzungen, die er nach eigenen Aussagen „mit aller gebotenen Rücksichtslosigkeit“ führte, Behrings weiteres Wirken in Berlin. Deshalb übertrug Ministerialdirektor Friedrich Althoff, der sogenannte heimliche Kultusminister von Preußen, dem Forscher nach einem misslungenen Intermezzo als außerordentlicher Professor in Halle den Lehrstuhl für Hygiene an der Philipps-Universität Marburg.

Um die Produktion seiner Seren in Eigenregie betreiben zu können, gründete Emil von Behring – Kaiser Wilhelm hatte ihn am 18. Januar 1901 in den Adelsstand erhoben – im November 1904 mit Hilfe staatlicher Zuschüsse und des Nobelpreisgeldes im Verein mit dem Marburger Apotheker Carl Siebert das Behring-Werk, das in den nächsten zehn Jahren rasant wachsen sollte. Daran hatte nicht zuletzt die 1913 von Behring bekannt gegebene Entwicklung des Impfstoffes TA, eines Toxin-Antitoxin-Gemisches, Anteil, der nun auch eine aktive, vorbeugende Grundimmunisierung gegen Diphtherie erlaubte.

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs wurde die Produktion nochmals deutlich ausgeweitet, weil das Heer jetzt nach immer größeren Mengen Tetanus-Serum verlangte, das dann ab Oktober 1915 grundsätzlich jeder verwundete Soldat erhielt. Dazu kam die Herstellung von Dysenterie- und Gasbrandseren sowie eines Impfstoffes gegen Cholera.

Inzwischen war Behring freilich kaum noch in der Lage, seine wirtschaftlichen Erfolge zu genießen. Aufgrund der permanenten Arbeitsüberlastung und vielleicht auch der Enttäuschung darüber, dass das Tuberkuloseheilserum „Tuberkulin“ trotz aller Mühen nur sehr schwache Wirkung zeigte, verfiel er 1907 erstmals in eine schwere Depression, die ihn im November des Jahres dazu zwang, sich im Sanatorium Neuwittelsbach unweit des Nymphenburger Schlosses in München behandeln zu lassen. Diese Therapie unter der Aufsicht des Neurologen Rudolf von Hößlin dauerte immerhin bis Sommer 1910, erbrachte aber gleichwohl keine nachhaltige Wirkung. Denn die Krankheit kehrte immer wieder zurück – möglicherweise begünstigt durch die starken Schmerzmittel, die Behring wegen heftiger Nervenschmerzen einnahm. Besonders dramatisch fiel die Verschlechterung ab Mitte 1916 aus. Schließlich bekam der Nobelpreisträger zusätzlich auch noch eine Lungenentzündung. Obwohl der Marburger Internist und Professor Gustav von Bergmann alles unternahm, um das Leben seines berühmten Kollegen zu retten, erlag Behring am 31. März 1917 – also kurz nach dem 63. Geburtstag – seinem Leiden. *Wolfgang Kaufmann*

Aufstieg aus dem Chaos

Warum die Zollern die Mark Brandenburg als Lehen erhielten – und was sie daraus machten

Am 18. April vor 600 Jahren erhielten die Hohenzollern das Fürstentum Mark Brandenburg als Lehen. Damit begann die Erfolgsgeschichte der Dynastie, welche die preußischen Könige und Deutschen Kaiser stellte.

König Sigismund wusste, was er dem Burggrafen von Nürnberg, Friedrich VI., schuldig war. Mit viel Geld, Versprechungen und Überredungskünsten hatte es der Mann aus dem Geschlecht der Zollern geschafft, dem König von Ungarn den Weg auf den römisch-deutschen Thron zu ebnen. Leicht war es nicht gewesen, die Mehrheit der Kurfürsten auf Sigismund einzuschwören, schließlich gab es noch zwei weitere Kandidaten, die die Krone für sich beanspruchten. Zum Dank erhob Sigismund seinen „lieben Oheimb“ 1411 zum obersten Hauptmann und Verweser der Mark Brandenburg. Dazu stellte er ihm 100 000 ungarische Golddukaten in Aussicht, denn dem König war klar, dass sich aus den sandigen Böden, den Sümpfen und den Kieferwäldern der Mark kaum Gewinn erzielen ließe. Noch erhielt Friedrich nur das Regierungsrecht eines Markgrafen. Bald bekam er die Gelegenheit, sich den Titel eines Kurfürsten zu verdienen.

Neben Brandenburg erhielt der Burggraf von Nürnberg Friedrich VI. auch die Kurwürde

Ein unheiliger Zwist entzweite ab 1378 die römisch-katholische Kirche. Zwei Päpste stritten darum, der Nachfolger Petri zu sein. Hintergrund war ein erbitterter Machtkampf zwischen den italienischen und französischen Kardinälen. Das Konzil von Pisa 1407 sollte das Abendländische Schisma, die drohende Spaltung der Kirche, beenden. Stattdessen wählten die Kardinäle mit Baldassare Cossa einen dritten Gegenpapst, der sich genauso wie Jahrhunderte später Angelo Giuseppe Roncalli Johannes XXIII. nannte. Dieses Schisma wollte Sigismund mit der Einberufung des Konzils von Konstanz (1414–1417) beenden, natürlich in seinem Sinn. Johannes XXIII. sollte abgesetzt werden und der Favorit des Königs, der Römer Oddo di Colonna, die Mitra tragen. Der ahnungslose Johannes, der mit großem Gefolge in der Annahme nach Konstanz gekommen war, er solle gekürt werden, erfuhr von dem Komplott. Er floh als Knappe verkleidet „uff einem klainen Rösly“. Friedrich gelang es, den Flüchtling zu finden und gefangen zu nehmen. Johannes wurde auf Schloss Gottlieben eingesperrt. Die Kardinäle zogen sich nun ungestört in ein Handelshaus am Konstanzer Hafen zurück. Nach drei Tagen Klausur machte die frohe Kunde unter den Konzilteilnehmern die Runde: „Habemus papam“. Die Wahl Colonnas, der sich als Papst Martin V. nannte, beendete das Schisma. Sigismund dankte Friedrich mit dem Titel eines Kurfürsten von Brandenburg. Am 18. April 1417 erfolgte im Haus am Hohen Hafen in Konstanz die feierliche Verleihung dieser hohen Würde an den Zollern.

Wer war dieser Mann, der als unbedeutender Burggraf plötzlich am großen Rad der europäischen Geschichte drehte? Friedrich entstammte der fränkischen Linie der Zollern, die sich später Hohenzollern nannten. Seine Vorfahren verließen ihren Burgberg, den „mons solarius“, den Sonnenberg, von dem sich vermutlich Zolre, Zollern herleitet, und wurden in Nürnberg ansässig. Das Amt der Burggrafen erlangten sie durch Heirat. Als junger Ritter diente Friedrich im Heer Sigismunds im Kampf gegen die Türken und gewann das Vertrauen des Königs.

Der Besitz der Mark Brandenburg machte Friedrich zeitlebens wenig Freunde. Die alteingesessenen Familien, vor allem die Quitzows, Rochows und Putlitze, verspotteten ihren neuen Herrn als „Nürnberger Tand“. Der Kurfürst, nun Friedrich I. von Brandenburg, rückte mit Kanonen an, um den Widerstand zu brechen. Die „Faule Grete“, wie das schwere Geschütz des Zollern genannt wurde, weil es sich so schwer bewegen ließ, legte die Schlösser der Aufsässigen in Schutt und Asche. Hans von Rochow erschien im Büßergewand vor Friedrich, Johann von Quitzow verlor die Festung Plaue an der Havel, die als uneinnehmbar gegolten hatte. Auf einem Landtag in Tangermünde verkündete Friedrich die Landfriedensordnung. Die rebellischen Adligen wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt. Nach Verbüßung ihrer Strafe nahm sie der Zoller in Gnaden auf. Eine dauerhafte Ruhe konnte er sich dadurch nicht verschaffen. Den größten Rückschlag erlitt er, als die Heere der Pommern, Mecklenburgs und des Deutschen Ordens gemeinsam in die Mark einfielen. Gegen sie hatte Friedrich keine Chance. Nach einem mühsam erwirkten Friedensvertrag zu seinem Nachteil zog er sich verbittert auf die Kadolzburg in Franken zurück.

Verbittert zog sich der Zoller in seine fränkische Heimat zurück, wo er auch starb

Die Regentschaft überließ er seinem ältesten Sohn Johann, eher ein Wissenschaftler als Staatsmann und Soldat. Die märkischen Adligen rebellierten erneut. Auch die Städte schlossen sich gegen ihren Regenten zusammen. Johann durfte nicht einmal Berlin betreten, sondern musste vor den Toren bleiben. Friedrich mochte dem Zerfall seines Besitzes nicht länger zusehen. Statt Johann setzte er seine jüngeren Söhne Friedrich und Friedrich ein. Sie trugen tatsächlich denselben Namen und wurden zur Unterscheidung Friedrich Eisenzahn und Friedrich der Fette genannt. Nach dem Tod des „Fetten“ wurde Friedrich Eisenzahn Kurfürst von Bandenburg. Den „Berliner Unwillen“ genannten Protest der Berliner gegen den Bau seines Schlosses in der Stadt schlug Eisenzahn nieder. Die Bürger verloren wichtige Privilegien wie das Recht, von durchziehenden Kaufleuten Abgaben zu verlangen. Freier Handel war nun möglich. Friedrich reformierte das Gerichtswesen wie die Verwaltung und vertrieb die Straßenräuber, die jede Reise zu einem gefährlichen Unterfangen gemacht hatten.

Unter der Herrschaft der nächsten Hohenzollern begann die Mark Brandenburg aufzublühen und politisches Gewicht zu erlangen. Das 1473 eingeführte Erbfolgerecht für den Erstgeborenen verhinderte eine mögliche Teilung. Als der Herzog in Preußen 1618 kinderlos starb, fiel das Land den brandenburgischen Hohenzollern zu. Am 18. Januar 1701 krönte sich Kurfürst Friedrich III. zum König Friedrich I. in Preußen. Aus Kurbrandenburgisch wurde Königlich-Preußisch. Nach der Proklamation Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser im Spiegelsaal von Versailles kam Kaiserlich-Deutsch hinzu. *Klaus J. Groth*



Der Moment der Woche

Das Berliner Schloss im Frühjahr 2017: Feinarbeit leisten die einen, ziemlich grobschlächtig gehen andere vor. Während der Steinmetz mit Liebe zum Detail an einem der wenigen Originalbauteile für die Fassade des Barockbaus werkelte, sorgten im Hintergrund Vertreter der Bundesstaatsministerin für Kultur, Monika Grütters, für einen mitteschweren Skandal. Sie schlugen eine Fünf-Millionen-Euro-Spende schwäbischer und badischer Unternehmer aus, weil sie sich weigerten, einen Saal im neuerrichteten Stadtschloss den Namen „Baden-Württemberg" zu geben. Kein Bundesland solle bevorzugt werden, hieß es. Dabei sind schon große Flächen des Bauwerkes nach dem Stadtstaat Berlin benannt. „Man hat einfach keinen Respekt vor dem bürgerlichen Engagement", klagte Wilhelm von Boddien, Geschäftsführer des „Fördervereins für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses" bei einem Auftritt in Hamburg. Er habe einen regelrechten Wutanfall bekommen, als er davon im Urlaub gehört habe.

Ärger aber gehört wohl schlicht dazu beim ehrgeizigen Bauprojekt in der historischen Mitte der Hauptstadt. „Den umstrittensten Museums- und Kulturzentrumsbau der deutschen Geschichte" nennt die „Berliner Zeitung" das wiedererstehende Schloss. Wenn es am 14. September 2019 eröffnet wird, soll es das künftige Humboldtforum beherbergen, ein Museumsprojekt, das sich, so die Eigenwerbung, dem Dialog der Kulturen widmet. Etwa 80 Millionen Euro der 600 Millionen Baukosten sollen über Spenden finanziert werden (siehe *PAZ* 42, Seite 5). *FH*

Verstrahlte Medien

Die unseriöse Fukushima-Berichterstattung

Das größte Strahlungsopfer des Atomunfalls im japanischen Fukushima scheinen die deutschen Medien zu sein. Im März jährte sich das Unglück zum sechsten Mal. Die Berichterstattung aus diesem Anlass ähnelt einem Supergau des seriösen Journalismus. Gleich welche Zeitung man aufblättert, egal welchen Sender man schaut, fast überall werden Ursache und Wirkung tendenziös durcheinandergemixt.

Nein, die vier havarierten Blöcke des Kernkraftwerks Fukushima-Daiichi haben nicht das Erdbeben und die Flutwelle ausgelöst. Die 18 000 Opfer (15 891 Tote, 2579 vermisste Personen) hat nicht der Atomunfall gefordert, sondern die Naturkatstrophe. Was wirklich passierte: Am 11. März 2011 um 14.46 Uhr Ortszeit löst ein Seebeben der Stärke 9,0 eine Serie von Tsunamis an der Nordostküste Japans aus. Bis zu 23 Meter hohe Wellen überfluten das Land, darunter die Standorte von mehreren Kernkraftwerken. Am schlimmsten trifft es Fukushima-Daiichi, 250 Kilometer nördlich von Tokio. Ein 5,7 Meter hoher Schutzwall aus Beton wird überflutet. Danach steht das Gelände im Bereich der Reaktoren 1 bis 4 einige Minuten lang vier bis fünf Meter unter Wasser. Besonders schwerwiegend sind die Folgen in den Kellern des Maschinenhauses. Geschützt sind sie nur durch einfache Rolltore. Diese werden vom Wasser eingedrückt. Die dort untergebrachten Notstromdiesel werden beschädigt und fallen aus. Somit funktionieren auch die Notkühlsysteme nicht mehr. Da die Stromversorgung zusammengebrochen ist, kommt es in drei Blöcken zur Kernschmelze. Als Folge müssen unter anderem 170 000 Menschen aus den betroffenen Gebieten evakuiert werden.

Sicherlich ist dies eine persönliche Katastrophe für jeden einzelnen. Zum kompletten Bild des Atomunfalles gehört aber auch diese Erkenntnis: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stellte fest, dass durch die Strahlung kein einziger Mensch zu Tode kam und dass kaum gesundheitliche Spätfolgen zu erwarten sind. Wie sich die Berichte deutscher Medien über erhöhte Krebsraten im Umfeld von Fukushima erklären lassen? Das „Deutsche Ärzteblatt" verweist auf den sogenannten Screening-Effekt, ein in der Wissenschaft bekanntes Phänomen. Nach dem Atomunfall wurden viel mehr Personen als normalerweise auf Krebs, insbesondere Schilddrüsenkrebs, hin untersucht. Als Folge werden auch deutlich mehr Fälle entdeckt. Sie wären sonst unerkannt geblieben.

Wie auch immer man zur Kernkraft steht, bewerten sollte man sie aufgrund ehrlicher Fakten.

Frank Horns

»Jeder Witz ist eine Revolution«

Offen seine Meinung zu sagen, ist gar nicht so leicht – Hier ein paar Tipps, wenn die Wahrheit zu sehr auf der Zunge brennt

So viel wird geredet, so viel wird geschwiegen: Deutschland im Wahljahr 2017 ist ein zerissenes Land. Die geschwätzigen Vertreter des vermeintlichen Mainstreams führen das große Wort. Andere, die es besser wissen, bleiben stumm. Wer die Einwanderungspolitik kritisiert, den Islam ablehnt oder mit der falschen Partei sympathisiert, wird schnell zum verfemten Außenseiter. Die Gründe für diesen psychologischen Effekt liegen in der Urzeit des Menschen begründet. Man kann aber etwas dagegen unternehmen

„Diese Fläche ist grün, so wahr ich hier stehe. Sie ist so grün wie ein Fußballrasen oder das schreitende Männchen an jeder Fußgängerampel."

So oder ähnlich muss man sich wohl die Worte des vermeintlichen Testteilnehmers vorstellen, der im Jahre 1969 die Menschen um sich herum kräftig verunsicherte. Denn alle Anwesenden blickten tatsächlich auf eine blaue Fläche. Die Rede ist von einem Experiment des französische Sozialpsychologen Serge Moscovici (1925–2014). Der Direktor des Sozialpsychologischen Institutes in Paris präsentierte seinen Probanden Fotos, die allesamt Flächen in unterschiedlichen Blautönen zeigten. Anschließend mussten die Versuchspersonen die Farbe benennen. Wenn währenddessen getarnte Helfer Moscovicis behaupteten, die jeweiligen Bilder seien in Grün gehalten, so schlossen sich viele Nichteingeweihte dieser Meinung an. Sie gaben dem Zwang zur Konformität in einer Gruppe nach.

Mächtig, geradezu überwältigend kann dieser Drang sein. Verständlich ist er auch – zumindest mit Blick auf unsere Vorfahren. Die Urmenschen konnten es sich nicht leisten, ihre Gruppe gegen sich aufzubringen. In der urzeitlichen Welt konnte man nur gemeinsam überleben. Wer ausgeschlossen wurde und die Gemeinschaft verlassen musste, hatte als Einzelkämpfer keine Chance gegen Säbelzahntiger und Konsorten.

Um dem Konformitätsdruck zu genügen, nehmen die Menschen sogar dessen zahlreiche negative Folgen auf sich. Sie geben ihre Individualität auf. Sie übernehmen gesundheitsschädliche Moden und Gebräuche. Das Ernährungsverhalten, das heutzutage zum Beispiel Frauenzeitschriften propagieren, kann zu schweren Krankheiten wie Magersucht oder Bulimie führen. Im Extremfall kann sogar eine Normopathie entstehen. Diese Persönlichkeitsstörung geht mit der krankhaften Überanpassung an tatsächliche beziehungsweise vermeintliche Regeln einher.

Konformität macht dumm

Die Medien sind es, die diese Regeln vielfach aufstellen beziehungsweise verfestigen. Nicht nur, wenn es darum geht, ein Körperideal zu verbreiten, das nur wenige Kilogramm Körperfett vom alsbaldigen Hungertod entfernt scheint. Presse, Funk und Fernsehen propagieren, was ein „guter" Bürger zu denken oder zu tun hat. Die „vierte Gewalt" kann dabei mit brutaler, menschenverachtender Härte vorgehen. Wer ihre Aufmerksamkeit erregt und als vermeintlicher Schurke von den Medienmachern abgeurteilt wird, bleibt beruflich und privat meist auf der Strecke.

Wenig bis gar nichts hat das Schicksal der gesellschaftlich Verfemten damit zu tun, was richtig, logisch und wahr ist. Im Gegenteil: Die konforme Masse verliert an Urteilsfähigkeit. Moscovicis Grün-statt-Blau-Experiment zeigt, bis zu welchem Grad sie beeinträchtigt werden kann. Zugespitzt ausgedrückt, macht Konformität dumm. Darunter leiden natürlich Wirtschaft und Gesellschaft, wenn es darum geht, bestmögliche Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden. Intelligenz und Kreativität sind dann gefragt, nicht Anpassung oder Unterwerfung.

Des Weiteren kann es passieren, dass ein Mensch irgendwann verdrängt, welchen Schaden er durch seine Konformität nimmt. Hierzu schrieb der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter: „Wer Anpassungszwängen taktisch nachgibt, wohl wissend, dass er ihnen mit vertretbarem Risiko widerstehen könnte und auch sollte, wird nach und nach die Unzumutbarkeit von Anpassungsforderungen gar nicht mehr wahrnehmen."

Wie aber kann man sich unter den Bedingungen der heutigen Gesellschaft gegen den allgegenwärtigen Zwang zur Konformität stemmen, um so beispielsweise seine politische Meinung zu vertreten? Oder anders ausgedrückt: Was kann helfen, nonkonformistischer zu werden?

Dazu braucht es zuallererst den Mut, aus der Masse hervorzustechen und sich dabei unter Umständen unbeliebt zu machen. Wie die Heidelberger Sinus-Studie vom April 2016 zeigt, ist hierzu freilich nicht einmal mehr die frühere traditionell rebellische Jugend bereit: Die meisten Vertreter der heutigen „Generation Kuschelkurs" treten sogar konformistischer auf als ihre Eltern und Großeltern. Der Grund hierfür ist Angst. Wir leben in einer lupenreinen Angstgesellschaft: Angst vor Krieg und Terrorismus, Angst vor Inflation und wirtschaftlichem Niedergang, Angst um den Job, die Rente und die Gesundheit, Angst vor Umweltverschmutzung, Radioaktivität und Klimawandel. Von der Gemeinschaft erhoffen sich die Furchtsamen Schutz. Sie möchten unbedingt dazugehören, so verhalten sie sich immer konformer – nur keinen sozialen Ausschluss riskieren.

Zudem glauben viele, es lohne sich nicht, gegen die scheinbar übermächtigen Mehrheiten aufzubegehren. Das ist jedoch nachweislich falsch. Es gibt Studien, wie die von Vernon Allen und John Levine von der University of Wisconsin, die belegen, dass unter Umständen bereits ein einziger Abweichler genügt, um zwei Drittel der Vertreter der Meinungsmehrheit umzustimmen. Nonkonformistische Minderheiten können also sehr wohl Mehrheiten beeinflussen, denn sie erzeugen ebenfalls Druck und animieren zum Nachdenken darüber, warum manche den angeblich doch so „richtigen" Standpunkt der Masse ablehnen. Das trägt den „Aufmüpfigen" vielfach sogar heimliche Bewunderung und Respekt ein, obgleich sie den anderen dadurch nicht unbedingt sympathischer erscheinen, weil sie den bequemen Status quo in Frage stellen. Deshalb sollten sich Konformitätsverweigerer beizeiten stabile soziale Netzwerke schaffen, die nicht groß, aber belastbar sein müssen, wenn es darum geht, unterstützt und aufgefangen zu werden.

Stabile soziale Netzwerke helfen

Wichtig ist außerdem ein möglichst kompetentes Auftreten. Moscovicis epochales Experiment zeigte nämlich auch, dass Querdenker unbedingt sozialen Kredit benötigen, um etwas bewirken zu können. Wenn Sie den Eindruck vermitteln, gescheiterte Existenzen zu sein, und so an Glaubwürdigkeit einbüßen, dann erreichen sie gar nichts. So wollte niemand sein Urteil hinsichtlich der Farben revidieren, als ein offensichtlicher „Versager" zwischen den Probanden saß und grün statt blau sah.

Es kommt also immer darauf an, auf welche Weise man aus der Menge heraussticht und wie groß die Unabhängigkeit von dieser ist. Insofern dürften beispielsweise jene Menschen, die mehr oder weniger am Tropf des Sozialstaates hängen, zwangsläufig stark zur Konformität neigen. Und das ist natürlich ein wesentlicher Grund dafür, dass ebendieser Sozialstaat möglichst viel von dem beansprucht, was sich der Einzelne erarbeitet hat, um es dann wieder zu verteilen und hierdurch Abhängigkeiten zu erzeugen. So entstehen willige Untertanen. Das lässt wenig Erfreuliches für die nächsten Wahlen hoffen.

Dennoch sind die Nonkonformisten, denen es um eine Änderung der gegenwärtigen Zustände geht, gut beraten, wenn sie weiterhin aus ihrer Minderheitenposition heraus „Flagge zeigen". Warum machen nun wohl plötzlich die großen „Volksparteien" Vorschläge zur Lösung des „Flüchtlings"-Problems, die noch vor wenigen Monaten lediglich von einem vergleichsweise kleinen und von der konformistischen Masse geächteten Häuflein von Pegida-Demonstranten und AfD-Politikern geäußert wurden? Weil Nonkonformismus tatsächlich wirkt!

Wolfgang Kaufmann

Kreative Subversion



Herausstechen um jeden Preis? Manchmal lässt sich der Apfel der Erkenntnis in harmloser Verpackung darreichen

Kein Arbeitnehmer will seine Stelle gefährden, kein Unternehmer Kunden verlieren. Schweigen ist heutzutage manchmal nötig, um die eigene Existenz zu schützen. Oft bringt es auch nichts, wie weiland Don Quijote immer und überall gegen die Windmühlenflügel der Mehrheitsmeinung anzukämpfen. Aber vielleicht ist ja kreative Subversion nach Art des braven Soldaten Schwejk die Lösung? Hintergründiger Humor als Stachel gegen den Zeitgeist und dessen Vertreter – getreu dem Motto von George Orwell „Jeder Witz ist eine kleine Revolution". Vor allem, wenn er das selbstgefällige Gegenüber zum Straucheln bringt. So, wie es die vierjährige Marie in ihrer Kita tut. Dort haben überzeugte Verfechterinnen der Gender-Ideologie das Sagen, weshalb sie den Mädchen verbieten, mit Puppen zu spielen. Schließlich sollen sie „in keine traditionellen sozialen Rollen gezwungen werden". Marie füttert deshalb ein hübsches rosa Auto mit Brei und singt ihm Schlaflieder vor ... *WK*

Das Ostpreußenblatt



Nr. 13 – 31. März 2017

MELDUNGEN

Kanthaus wird renoviert

Judtschen – Das sogenannte Kanthaus in Judtschen, in dessen Vorgängerbau der berühmte Königsberger Philosoph in jungen Jahren als Lehrer wirkte, wird nach langer Vorlaufzeit nun doch endlich renoviert. Die Gelder hierfür stammen wie erwartet aus dem persönlichen Reservefonds des russischen Präsidenten, der hierfür eine Summe von umgerechnet über 485 000 Euro bereitgestellt hat. Mit der Maßnahme wurde eine Moskauer Spezialfirma beauftragt, die ihr Werk bis Ende Oktober abgeschlossen haben soll. Anschließend wird das Haus ein Museum im Rahmen des Königsberger Kantstättenkomplexes beherbergen. *T.W.W.*

NATO-Soldaten in Arys

Arys – Zum 1. April wird in Arys ein NATO-Bataillon untergebracht, an dessen Spitze Amerikaner stehen. Darüber informierte der Kommandeur der NATO-Gruppe, Oberstleutnant Steven Gwenter. Diese Operation sei Teil des Planes zur Verstärkung der Ostflanke des Bündnisses als Antwort auf die „Aggression Russlands in der Ukraine“. Zur NATO-Gruppe wwerden etwa 1000 Soldaten der USA gehören, die sich aus dem deutschen Vilseck nach Polen bewegen. Zur NATO-Gruppe gehören neben den Amerikanern Soldaten aus Großbritannien und Rumänien. Die feierliche Begrüßung des NATO-Bataillons in Arys wird Mitte des kommenden Monats stattfinden. Die Entscheidung über die Verstärkung der östlichen Flanke der NATO und die Stationierung der Soldaten in Polen, gleichzeitig in den baltischen Staaten, wurde auf dem Gipfel des Bündnisses in Warschau im Juli des vergangenen Jahres getroffen. Es wurde beschlossen, dass das Bataillon in Polen von den Vereinigten Staaten gestellt wird, das Bataillon in Lettland von Kanada und das in Litauen von den Deutschen sowie das in Estland von Großbritannien. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomlyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. . Straße Nr. 63: Angeburg [Wegorzewo], Baustelle. *E.G.*

Deutsche Vereine tagten in Sensburg

Thema: Deutschunterricht als Minderheitensprache im polnischen Bildungssystem – Neue Tagungsleitung

Für den 18. und den 19. März hatte die Landsmannschaft Ostpreußen die Vorsitzenden und Delegierten der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen zur jährlichen Arbeitstagung ins Hotel „Anek“ in Sensburg eingeladen. Schwerpunktthema war der Unterricht in Deutsch als Minderheitensprache in der Republik Polen im Allgemeinen und der Woiwodschaft Ermland und Masuren im Besonderen.

Der Frühling beginnt, die Projektarbeit der Gesellschaften der Deutschen Minderheit nimmt Fahrt auf und die jährliche Delegiertenversammlung des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren VdGEM steht an. Beinahe schon traditionell treffen sich im Anschluss daran die Vertreter der Organisationen zur Arbeitstagung der deutschen Vereine, welche die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) für sie veranstaltet. Seit einigen Jahren findet sie in Sensburg im Hotel „Anek“ statt.

Neu in diesem Jahr war dagegen der Leiter der Veranstaltung. Dieter Chilla, der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Ortelsburg, hat die Nachfolge von Gottfried Hufenbach im Vorstand der Landsmannschaft angetreten und die entsprechenden Verpflichtungen übernommen. Für ihn war es eine erste Gelegenheit, sich einen Überblick über die Gesellschaften der Deutschen Minderheit und ihre Aktivitäten zu verschaffen.



Bild: Uwe Hahnkamp

Deutsch als Minderheitensprache: Tagungsleiter Chilla und Referent Karolkiewicz (von links)

Das Schwerpunktthema der Arbeitstagung war für den früheren Lehrer und Schulleiter Chilla genau das richtige Einstiegsthema. Nationale Minderheiten in der Republik Polen haben das Recht, auf Antrag für ihre Kinder in der Schule Unterricht in ihrer Sprache als Minderheitensprache zu erhalten. Dieser enthält zum einen eine erweiterte Stundenzahl Sprachunterricht, zum anderen zusätzliche Einheiten in Kultur und Geschichte der jeweiligen Minderheit, wodurch er sich bewusst vom Unterricht dieser Sprache als Fremdsprache unterscheidet. Es besteht in diesem Rahmen auch die Möglichkeit, in der Schule andere Fächer in der Minderheitensprache anzubieten.

Über die einzelnen Schritte, die unternommen werden müssen, um Unterricht in Deutsch als Minderheitensprache zu organisieren, informierte der Bildungsberater des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen VdG Ryszard Karolkiewicz. Neben einer atmosphärischen Vorbereitung mit einem frühzeitigen Kontakt mit Schulleitung, Lehrern und Deutscher Minderheit, die möglichen Einwänden früh den Wind aus den Segeln nehmen kann, gibt es rechtliche Rahmenbedingungen, so Karolkiewicz: „Die Möglichkeit eines solchen Unterrichts muss in der Schulsatzung verankert sein. In der Grundschule sind Anträge von sieben Eltern von Kindern einer Klassenstufe notwendig, dann muss die Schulleitung entsprechend weiter verfahren.“

Großes Interesse trotz Anfeindungen

Breiten Raum widmete Karolkiewicz auch den Konsequenzen einer solchen Entscheidung. Für die Schule etwa, die Stundenpläne anpassen und entsprechende Lehrer suchen muss, aber über die zusätzliche staatliche Finanzierung für diesen Unterricht auch profitiert, und für Schüler und Eltern: „Deutsch als Minderheitensprache bedeutet vor allem auch zusätzlichen Unterricht. Es bietet große Chancen und ist ein großes Privileg, dennoch sollte man überlegt entscheiden.“

Über die alltägliche Praxis der Arbeit in der Grundschule berichtete Jolanta Przybysz, die in Nikolaiken die Schüler der 1. bis 3. Klasse unterrichtet. Unterlegt mit Bildern von verschiedenen thematischen Ausflügen zu früheren Gutshäusern, aber auch von einer Baumpflanzaktion mit einem Deutsch sprechenden Förster, schilderte sie die Herausforderungen, die die Umsetzung des Bezugs zur Minderheit an die Deutschlehrer stellt.

Die aktuelle Situation des Unterrichts wie etwa Schulungen von Lehrern, notwendige Schulbücher und Stand der Schul- und Schülerzahlen war Thema von Sabina Wylengowska. Die Vorsitzende der Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit ist Deutschlehrerin und im Kreis Neidenburg seit Jahren aktiv für Deutsch als Minderheitensprache. Zwar lernen es immer mehr Schüler, es kommen auch weitere Schulen dazu, aber es gebe auch dunkle Wolken, sagte sie: „Im Kreis Sensburg und bei uns gab es Anfragen an das polnische Parlament und Vorwürfe über die Medien.“ Die dort angeführten Behauptungen konnten bei einer Kontrolle des Bildungskuratoriums der Woiwodschaft in den Schulen entkräftet werden, zeigen jedoch das Ausmaß des Widerstands gegen solchen Unterricht. „Die Schulen sind nach der Kontrolle nur noch besser. Es gibt neue Nachfragen von Eltern. Für uns war es letztendlich gute Werbung“, resümierte Wylengowska.

Als Entspannung nach dem intensiven Sonnabend hatten die Organisatoren der Tagung für die Teilnehmer am Abend einen Film im Angebot – einen Ausschnitt aus der DVD-Box von Hermann Pölking „Ostpreußen – Panorama einer Provinz“, in der historische Filmaufnahmen aus den Jahren 1913 bis 1945 zusammengestellt sind. Die Reaktionen des Publikums zeigten deutlich, dass selbst für die Bewohner der gezeigten Städte und Ortschaften solche Aufnahmen neu waren.

Nicht zuletzt dient die Arbeitstagung der Vorsitzenden und Delegierten der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen der Begegnung der in der Diaspora lebenden einzelnen Gruppen und Menschen der Region und dem Austausch von Informationen zu ihren Plänen. Dafür war der Sonntagvormittag angesetzt, an dem die anwesenden Vertreter ihre Projekte für das Jahr 2017 und darüber hinaus schriftlich festhielten und vorstellten. Sehr zur Freude von Tagungsleiter Chilla, der so sehr schnell ein umfangreiches Bild der vielseitigen Tätigkeit der Vereine gewinnen konnte. *Uwe Hahnkamp*

Bernsteinvertrag mit China

Gouverneur strebt Wertschöpfung auch im Königsberger Gebiet an

Das Königsberger Bernsteinkombinat hat ein Abkommen mit einem chinesischen Investor geschlossen, das dem russischen Staat als Eigner innerhalb der nächsten drei Jahre Einnahmen von zirka 161 Millionen Euro fest zusichert. Die Menge des dafür quartalsweise zu liefernden Bernsteins soll sich aus den jeweiligen Marktpreisen bestimmen, wobei die Bezahlung jeweils vorab erfolgt. Zum Vertrag gehört auch die Errichtung von Bernstein-Verarbeitungsstätten im Königsberger Gebiet, um eine Veredelung des ostpreußischen Goldes nach chinesischem Geschmack und damit eine erhöhte Wertschöpfung vor Ort zu ermöglichen. In ihnen sollen chinesische Juweliere russische Fachkräfte ausbilden. Nach Angaben des Kombinats werden höchstens 22 Prozent der Bernsteinförderung im Rahmen des Abkommens nach China verkauft, sodass für die heimischen Bernsteinhandwerker genügend Rohmaterial übrigbleibe.



Bernsteintagebau bei Palmnicken Bild: MRK

Die direkten Bernsteinaufkäufe durch chinesische Händler sollen in der letzten Zeit massiv zurückgegangen sein – eine Meldung, mit der das Abkommen im Vorfeld als für Russland günstig dargestellt wurde. Allerdings bedeutet dies zugleich auch geringere offizielle Markt- und damit Verkaufspreise im Rahmen des Vertrages. Inwieweit all diese Angaben den tatsächlichen Bernsteinhandel mit China realistisch widerspiegeln, darf man angesichts des unkontrollierten Marktgeschehens ohnedies hinterfragen. Interimsgouverneur Anton Alichanow hatte jedenfalls massiv auf einen Abschluss des Vertrages gedrängt, da die minimalen Verkaufserlöse des Kombinats dessen Betriebskosten bei Weitem nicht deckten. Augenscheinlich ist dem russischen Staat die Kontrolle sowohl über die eigene Förderung als auch über den Bernsteinhandel weitestgehend entglitten. *Thomas W. Wyrwoll*

Wichtiger Ausbau

Modernisierung der S65 in Masuren

Der masurische Abschnitt der Staatsstraße 65 (ehemalige Reichsstraße 132) wird ausgebaut. Der Streckenabschnitt von der Woiwodschafts-Grenze (ehemalige Reichsgrenze) bis Goldap wird modernisiert. In Lyck unterzeichnete der polnische Vize-Minister für Infrastruktur und Bauwesen, Jerzy Szmit, das Investitionsprogramm. Damit ist die Finanzierung der Baumaßnahme gesichert. Der Straßenabschnitt von der Woiwodschafts-Grenze durch Neuendorf, Lyck, Herzogskirchen, Treuburg und Reimannswalde bis Goldap ist von der Maßnahme betroffen. Der masurische Abschnitt wird 350 Millionen Zloty (zirka 82 Millionen Euro) kosten.

Szmit unterstrich die Bedeutung der Straße Nr. 65 für die Bewohner der Region. Sie bringt den Verkehr von Norden, von Goldap nach Lyck, und führt dann zur Schnellstraße S61, über die man Bialystok erreicht.

Grünes Licht für Ausschreibung

Nach Ansicht des Lycker Sejm-Abgeordneten Wojciech Kossakowski erlaubt dies den örtlichen Firmen, mit den großen Unternehmen bei der Ausschreibung zu konkurrieren. Geplant ist, dass die Straße in jeder Richtung nur eine Fahrspur haben wird, die aber verbreitert wird. Umgebaut werden auch die Kreuzungen in der Umgebung von Treuburg und Goldap, ebenso eine Brücke in der Nähe von Herzogskirchen. Mit der Vorbereitung der Dokumentation und der Planungsarbeiten befasst sich die Allensteiner Abteilung der Generaldirektion für Staatsstraßen und Autobahnen. Als erstes wird die Ausschreibung erfolgen. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

unsere Ostpreußische Familie ist wie ein Mosaik, es fügt sich Steinchen an Steinchen zusammen – manchmal nur zu Fragmenten, aber oft ergibt sich dann doch ein mehr oder minder geschlossenes Bild. Und das könnte auch auf die „biblische Geschichte" zutreffen, die wir in Folge 10 veröffentlichten. Herr **Paul Heise** hatte sie Frau Eichler übermittelt und einige brauchbare Teile für das Suchbild gleich mitgeliefert. Denn in der Bibel, die Pauls Heises Mutter auf der Flucht in einem ostpreußischen Straßengraben gefunden und mitgenommen hatte, standen die Namen ihrer Besitzer, **Adolf** und **Adelgunde Wolff** aus Rastenburg. Falls noch Angehörige dieser Familie leben, wollte Herr Heise ihnen die Bibel zukommen lassen, die sich nach dem Tode seiner Mutter in seinem Besitz befindet. Da die Familie Heise aus dem Kreis Lötzen stammt, hatte er sich an Frau Eichler gewandt, die das Archiv und Heimatmuseum dieses masurischen Kreises mit großem Eifer betreut – und so kam jetzt auch von ihr die erste Nachricht, dass sich weitere wichtige Steinchen im Mosaikbild dieser biblischen Geschichte ergeben hätten. **Ute Eichler** teilt uns mit, dass sofort nach dem Erscheinen der Suchfrage Frau **Edith Kaes** von der Kreisgemeinschaft Rastenburg bei ihr angerufen und ihr Folgendes mitgeteilt habe:

Frau Kaes kennt das Dorf Pülz, das in diesem Suchwunsch von Bedeutung ist, denn es handelt sich um den Geburtsort des Bibelbesitzers Adolf Wolff. Sie hat sogar eine Vorstellung von dem Haus, in dem die Familie lebte, da Verwandte von ihr in der Nachbarschaft wohnten, und sie weiß durch eine Tante, dass eine Tochter der Familie Wolff den Weltkrieg überlebt hat. Vermutlich lebte diese in Berlin, wird aber durch Heirat einen anderen Namen angenommen haben. Frau Kaes will nun die Suchaktion unterstützen, indem sie im Rastenburger Heimatbrief diese „biblische Geschichte" veröffentlicht, „Und dann sehen wir weiter, es ist jedenfalls ein Fall, in dem wir Geduld aufbringen müssen, der nicht aussichtslos ist, wie so manches im Leben"; meint Ute Eichler, der wir für dieses Mosaiksteinchen danken.

Aussichtslos ist für Frau **Andrea Plassmann** noch lange nicht ihre Suche nach möglichen Verwandten, obgleich die sich sehr schwierig gestaltet, wie wir es in unserer ersten Veröffentlichung in Folge 32/16 schon angedeutet hatten. Es geht um die Familie ihrer Mutter **Ursula Klimmek**, die vor Kurzem verstarb, ohne über ihre Herkunft Wesentliches berichtet zu haben. Nun möchte ihre Tochter Andrea die Familiengeschichte aufarbeiten und hat von „Ziehgeschwistern" ihrer Mutter einige Informationen erhalten



Orang Utan vor dem Haus des Bildhauers Arthur Steiner Bild: Geede

können. Es handelte sich um eine kinderreiche Familie aus dem Kreis Angerapp, die aber früh auseinandergerissen wurde. Von den zehn Kindern des Ehepaares **Otto Klimmek** und **Pauline** geborene **Machnik**, die nach dem Tod der Mutter Anfang der 40er Jahre an Verwandte und Zieheltern verteilt wurden, sollen nur zwei bei dem Vater verblieben sein. Die damals etwa achtjährige Ursula kam in die Obhut ihres Onkels **Emil Machnik** und seiner Ehefrau **Anna** geborene **Jonetat**, die mit Ursulas leiblichem Vater Otto Klimmek in Verbindung standen. Weitere von Frau Plassmann gemachte Angaben waren nicht leicht in diese erste Suchaktion einzubringen, da sie ungenau waren. Das gilt auch für die ergänzenden Angaben, die wir nun von Frau Plassmann erhielten und die vor allem ihre Großeltern betreffen, aber einige Daten und Fakten könnten doch weiter helfen, vor allem nach Informationen über die Großeltern von Andrea Plassmann. Großmutter kam als **Pauline Anna Machnik** am 12. Juli 1898 in Bielefeld Heepen zur Welt. Ihr Vater **Josef** Machnik war gebürtig in Pilzendorf, Schlesien, und muss mit seiner Familie irgendwann nach Ostpreußen gegangen sein. Hier liegen keine genauen Angaben vor wie auch über die erste Ehe seiner Tochter Pauline, in der ein Sohn geboren wurde: **Helmut Otto Druba** *17. März 1923 in Myguzschen.

„Druba" muss also der Name ihres ersten Mannes gewesen sein, der früh verstarb. Als die Witwe in zweiter Ehe am 6. April 1927 in Norkitten den aus Lötzen stammenden Otto Erich Klimmek, *6. November 1902, heiratete, erkennt dieser Paulines Sohn als den seinen an. Helmut Otto wird wahrscheinlich auch dessen Namen angenommen haben. Zu jener Zeit wird Pauline als wohnhaft auf dem Gut Woynothen gemeldet. 1935 lebte die Familie Klimmek in Auxinnen, wo am 8. Oktober Tochter Ursula zur Welt kam. 1938 zog die Familie nach Karpauen, wo die erst 40-jährige Mutter verstarb und die Familie sich auflöste. Nun möchte Andrea Plassmann wissen, ob noch – für sie namenlose – Geschwister ihrer Mutter oder deren Nachkommen leben oder ob es noch weitere Verwandte gibt. „Ich glaube, dass ich mit diesen Angaben größere Chancen habe, jemanden zu finden"; hofft Frau Plassmann. Vielleicht klappt es also jetzt beim zweiten Anlauf. (Andrea Plassmann, Parkstrasse 8 in 68636 Iserlohn, Telefon 02371/62288, E-Mail: andrea-plassmann@googlemail.com)

Die Vergangenheit ist noch lange nicht vergangen – das bewahrheitet sich mal wieder in unserer Ostpreußischen Familie, und der sie uns nahe bringt, ist **Johannes Fellner**, ein Nachgeborener, der das alte Ostpreußen nur aus dem Erzählen kennt. Vor allem aus den Erinnerungen unserer älteren Landsleute, die ihm in unserer Ostpreußischen Familie die Heimat seiner Mutter erschließen – zum anderen aus dem Erlebten, das seine 1928 geborene Mutter **Renate Fellner** geborene **Hoffmann** bewahrt hat und noch immer an ihren Sohn weitergeben kann. Das hat sie nun auch getan, als sie im *Ostpreußenblatt* Folge 6/17 den aktuellen Bericht über die restaurierte Skulptur „Kind mit Katze" der Bildhauerin **Lieselotte Steiner** las, denn die Erinnerung führte sie zurück in das Haus ihres Großvaters in Königsberg, in dem deren Meister und späterer Ehemann, der Bildhauer **Arthur Steiner**, oft zu Gast war. Für die kleine Renate müssen es nicht auslöschbare Eindrücke gewesen sein, denn ihre Erinnerungen sind so lebendig und humorvoll, dass ihr Sohn sie für unsere Ostpreußische Familie aufgeschrieben hat. Also lassen wir Johannes Fellner erzählen:

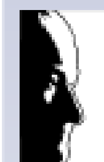
„Der Künstler Arthur Steiner war eng mit meinem Großvater, Professor **Reinhold Hoffmann**, befreundet, der ein häufiger und gern gesehener Gast im Hause Hoffmann war. Nach den Worten meiner Mutter arbeitete Arthur Steiner schon damals eng mit Liselotte zusammen, die seit 1940 seine Schülerin war. ‚Arthurchen', wie er von seinem Freund Reinhold genannt wurde, war im Ersten Weltkrieg sein Kriegskamerad gewesen, sie gehörten dem Jägerbataillon Graf York zu Wartenburg an. Und da wurden abends in gemütlicher Runde manche Geschichtchen und Schnurren erzählt, von denen eine Renatchen besonders beeindruckt hat. Sie spielt im Ersten Weltkrieg im Feindesland, als die Soldaten nach langem Marsch endlich Quartier bezogen hatten. Nun waren sie hungrig und müde. Sogar eine ‚Gulaschkanone' hatte Stellung bezogen, allerdings fehlte die ‚Munition'. Die Soldaten suchten nach Essbarem. Auf einer weit entfernten Wiese bewegte sich etwas – etwa eine Kuh? Arthurchen kletterte über den Zaun, die Kuh kam näher und entpuppte sich als veritabler Bulle, der sich langsam den Eindringlingen näherte, das gewaltige Haupt zum Angriff gesenkt. Flugs sprang Arthurchen um das Tier herum und packte es fest am Zagel. Der Bulle brüllte auf und begann zu toben, drehte sich im Kreise und versuchte, Arthurchen abzuschütteln, der aber hielt fest – Bildhauerhände! – und schrie: ‚So schießt doch den Bullen tot!' Die Kameraden bogen sich vor Lachen, bis schließlich einer das Gewehr nahm und das tobende Tier mit einem Blattschuss erledigte. Die Gulaschkanone bekam endlich ihre Munition und das Bataillon eine schöne Geschichte!" Und wir auch.

Herr Fellner kann sich glücklich schätzen, noch eine andere Erinnerung an den ostpreußischen Bildhauer zu besitzen und sie täglich vor Augen zu haben: In seiner Wohnung hängt ein großes Bild von Steiner, das schon während des Krieges in Sicherheit gebracht worden war. Es zeigt die bewegte gelb-ockerfarbene Düne, ein unruhiges grünes Haff und einen stark bewölkten Himmel – eine unverwechselbare ostpreußische Landschaft. Die hat Herr Fellner übrigens auch mit eigenen Augen gesehen, denn er besuchte mit seiner Mutter im Jahr 1991 deren Heimat und stieß dort auf Spuren des bedeutenden Tierbildhauers, so auch auf die Skulptur eines Affens. Er möchte gerne wissen, ob es dieses Werk noch gibt und wo es zu finden ist. Nun enthält Steiners Schaffensliste vor allem Figuren aus der heimischen Tierwelt, aber er hat auch Affen modelliert, vor allem Menschenaffen wie den lebensgroßen Otang-Utan, der in der Königsberger Krausallee vor dem Haus des Künstlers stand. (Johannes Fellner, Dielstein 2c in 83129 Höslwang, Telefon 08055/9033544.)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

»Postfaktische Wahrheiten« links verortet

Ein Briefwechsel bringt die Journalistenschar in Aufruhr

Ein Brief der Journalisten der Journalistengesellschaft (Towarzystwo Dziennikarskie) an die deutsche Öffentlichkeit sorgt in Polen ebenso für Aufregung wie das Schreiben des Chefs vom Ringier-Axel-Springer-Verlag Polen, Mark Dekan.

Im ersten entschuldigen sich polnische Pressemitarbeiter für die „verlogene und aggressive antideutsche Propaganda, die durch die polnische Regierung initiiert wurde und die an die kommunistische Propaganda der 60er Jahre erinnert", heißt es im Brief vom 17. März. Des Weiteren entschuldigen sich die polnischen Journalisten für die „Welle der Kritik" am Chef des deutsch-schweizerischen Medienkonzerns Ringier Axel Springer, Mark Dekan, der am Tag zuvor in der öffentlich-rechtlichen TV-Nachrichtensendung „Wiadomosci" stark angegriffen worden war. Es heißt, Dekans Brief habe dazu geführt, dass am 23. März über die „Repolonisierung der Medienlandschaft" im Sejm diskutiert wurde. Es scheint, als wäre es ein willkommener Anlass für die Regierungspartei PiS gewesen, das vielbeschworene „Gleichgewicht" der Einflüsse in der polnischen Presselandschaft wiederherzustellen.

In seinem Schreiben an die Konzernmitarbeiter von Ringier Axel Springer vergleicht Dekan die EU mit einer Autobahn, „auf der es eine Spur für schnelleres und eine für langsameres Fahren gibt und an der sich auch ein Parkplatz befindet. ... Wir dürfen nicht vergessen, dass der Großteil unserer Leser und Internetuser zu der überwältigenden Mehrheit gehört, die Polens EU-Mitgliedschaft unterstützt. Wir sollten ihnen nahelegen, was zu tun ist, damit sie auf der Schnellspur bleiben und nicht auf dem Parkplatz landen", appellierte Dekan. Dies sei ein Eingreifen in die redaktionelle Freiheit, so Wiktor Swietlik vom Zentrum zur Beobachtung der Pressefreiheit im polnischen Journalistenverband und Mitarbeiter des durch die Regierungspartei „umstrukturierten" öffentlich-rechtlichen TV-Senders TVP. Vor die Kamera der TVP-Nachrichtensendung „Wiadomosci" trat Beata Mazurek, Pressesprecherin der PiS, und beklagte, dass sich auf diese Weise der deutsche Staat in die inneren Angelegenheiten Polens einmische. Sie fragte rhetorisch, ob Polen ein freies Land sei oder eine deutsche Kolonie.

> »Verlogene und aggressive antideutsche Propaganda, die durch die polnische Regierung initiiert wurde«

Agnieszka Odachowska erklärt in dem zur Onet-Gruppe, also dem „deutschen Konzern", gehörenden Internetportal Wyborcza.pl, Dekan schreibe jede Woche an die Mitarbeiter der konzerneigenen Medien und wolle lediglich daran erinnern, welche Philosophie der Konzern vertritt: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und ein vereinigtes Europa. Dekan führte in seinem letzten Schreiben außerdem statistische Erhebungen an, nach denen die Zahl der EU-Skeptiker unter 18- bis 24-jährigen stetig wachse. „Darauf hat sicherlich die Schlammschlacht Einfluss, die manche Publizisten gegen die EU veranstalteten und das Kreieren eines negativen Bildes vom krisengebeutelten Europa", zitierte Dekan das Portal Wyborcza.pl.

Inwiefern der wöchentliche Konzernbrief von Dekan an die Redaktionen lediglich eine Erinnerung an die Firmenphilosophie ist oder ob es nicht doch ein „Instruieren" nach Gusto der westlichen, links-liberalen Auffassungen von Freiheit, bleibt offen. Die Angelegenheit provoziert jedoch alle Gemüter.

„Wir dürfen nicht vergessen, dass wir in der Epoche von Halbwahrheiten leben. Für die Medien steht die Wahrhaftigkeit einer Botschaft nicht mehr an erster Stelle, viel wichtiger dagegen ist die Narration und das, wie jemand die Realität sieht und empfindet", so Lukasz Mlynczyk, Politologe an der Universität Grünberg (Schlesien). Es geht also auch umgekehrt zur deutschen Debatte: Links-liberale Medien werden als Multiplikatoren der von ihnen selbst gefühlten „Wahrheiten" gescholten.

„Wir erwarten keine konkrete Reaktion auf unseren Brief, sondern gehen unserer Berufsethik nach", sagt Jacek Rakowicki, einer der federführenden Initiatoren des Briefes der Journalistengesellschaft, gegenüber dem Internetportal tvp.info.

Chris W. Wagner



ZUM 100. GEBURTSTAG

Symanski, Lydia, aus Mostolten, Kreis Lyck,

ZUM 99. GEBURTSTAG

Böhm, Eleonore, geb. **Maaß**, aus Lyck, am 2. April

Liebe, Dorothea, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 6. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Girgsdies, Bruno, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 6. April

Langenstein, Ruth, geb. **Kownatzki**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 31. März

Ruth, Langenstein, geb. **Müller**, aus Lyck, am 31. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dunio, Irmgard, geb. **Kochanowski**, aus Neidenburg, am 30. März

Knoop, Sieglinde, geb. **Galka**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 31. März

Mahsalski, Edith, geb. **Thierbach**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 2. April

Schroeder, Frieda, geb. **Siebert**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 2. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Domnick, Charlotte, aus Dippelsee, Kreis Lack, am 4. April

Dyck, Hella, aus Lyck, Prostker, Vorstadt, am 4. April

Fischer, Gertrud, geb. **Weiß**, aus Seefeld, Kreis Lötzen, am 1. April

Geyer, Herta, geb. **Jankowski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 31. März

Götze, Elfriede, geb. **Milewski**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 5. April

Janz, Kurt, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 5. April

Rauch, Gertrud, geb. **Snoppek**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 5. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Enterlein, Louise, geb. **Gottlcant** aus Warnen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. April

Jonczik, Hildegard, geb. **Weber**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 31. März

Klein, Margarete, geb. **Dorroch**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 4. April

Kruck, Waltraud, geb. **Zielinski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 14. April

Lasars, Otto, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 22, am 1. April

Müller, Hans Günter, aus Lötzen, am 3. April

Schulz, Marie, geb. **Rama**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 25. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bukowski, Ehrenfried, aus Neidenburg, am 5. April

Grochow, Elisabeth, aus Walden, Kreis Lyck, am 2. April

Klimkat, Emmy, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 3. April

Polten, Elisabeth, geb. **Schliebenow**, aus Lyck, Yorkstraße 34, am 4. April

Schaper, Waltraut, geb. **Lyß**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 31. März

Schmidt, Friedrich-Wilhelm, aus Lyck, am 3. April

Schmidt, Susanne, geb. **Lankau**, aus Neidenburg, am 31. März

Weidkuhn, Arno, aus Lyck, am 31. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Donder, Otto, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 5. April

Fischer, Grete, geb. **Schmakeit**, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 1. April

Focken, Waltraut, geb. **Reichert**, aus Gerhardswalde, Kreis Elchniederung, am 1. April

Frenzel, Olga, geb. **Köhler**, aus Ebenrode, am 3. April

Koelle, Erna, geb. **Thormann**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 31. März

Marx, Gerda, geb. **Barkschat**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 6. April

Schumacher, Otto, aus Andersgrund, Kreis Ebenrode, am 2. April

Sender, Erna, geb. **Jobs**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 27. März

Ströhmann, Irmgard, geb. **Malso**, aus Maihof, am 2. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Adomadt, Annemarie, geb. **Erdmann**, aus Treuburg, am 3. April

Bauszus, Werner, aus Lyck, General-Busse-Straße 34, am 2. April

Ehrenberg, Rudy, aus Labiau, Kreis Neidenburg, am 4. April

Felgendreher, Eva, aus Ebenrode, am 4. April

Kaldonek-Eggert, Ilse, geb. **Eggert**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 2. April

Kausch, Fritz, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 2. April

Kuhn, Erika, geb. **Wochnowski**, aus Neidenburg, am 27. März

Ratz, Ewald, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 3. April

Schnitzler, Erika, geb. **Sdunek**, aus Talhöfen. Kreis Neidenburg, am 26. März

Waszulewski, Gustav, aus Millau, Kreis Lyck, am 3. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dombrowski, Walter, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 2. April

Gorzalka, Erna, geb. **Groehn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 31. März

Koepke, Ursula, geb. **Kaminski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. März

Marchlowitz, Willi, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 4. April

Papke, Gertrud, geb. **Mossakowski**, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 27. März

Podosek, Ingrid, geb. **Piccenini**, aus Nikolaiken, Kreis Sensburg, am 5. April

Preuß, Reinhold, aus Neidenburg, am 3. April

Schwanke, Klaus aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 1. April

Struebe, Waltraut, geb. **Ogorrek**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 2. April

Tertel, Willi, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 31. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bach, Karl, Kreisgemeinschaft Lyck, am 4. April

Chudzik, Ruth, geb. **Schwärzel**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 31. März

Glanz, Lisbeth, geb. **Plogsties**, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 2. April

Kuhr, Willi, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 5. April

Maszerim, Kurt, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 4. April

Meyer, Hildegard, geb. **Bludau**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 4. April

Moldzio, Erich, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 1. April

Pichlo, Otto, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 4. April

Plogsties, Gerhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. April

Sach, Heinz, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 6. April

Sadlowski, Gerda, geb. **Siemund**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 6. April

Wagner, Hildegard, geb. **Blosat**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 5. April

Walendy, Werner, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 5. April

Wenk, Artur, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. April

Wieczorek, Gerda, geb. **Orlowski**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 2. April

Wiese, Edith, geb. **Samulowski**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 5. April

Zacher, Irmgard, geb. **Hundrieser**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 2. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Alzuhn, Horst aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 3. April

Berndt, Helga, geb. **Romeike**, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 5. April

Brzoska, Sigrid, geb. **Schwarz**, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 6. April

Helm, Edith, geb. **Marzian**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 3. April

Jeroch, Alfred, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. April

Kolbow, Dieter, Kreisgemeinschaft Lyck, am 1. April

Konradt, Anneliese, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 1. April

Legal, Siegfried, aus Neidenburg, am 1. April

Lehmann, Renate, geb. **Janz**, aus Skuldeinen, Kreis Elchniederung, am 2. April

Liedtke, Elli, geb. **Michalski**, aus Ramecksfelde, Kreis Lyck, am 2. April

Matern, Gerhard, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 6. April

Otte, Ursula, geb. **Stadie**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 31. März

Palluck, Frank-Richard, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 2. April

Pestkowski, Brigitte, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 3. April

Praetorius, Günther, aus Warsche, Kreis Elchniederung, am 4. April

Schmetz, Ursula, geb. **Komossa**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 3. April

Schneider, Armin-Otto, aus Groß-Lindenau, Kreis Königsberg, am 6. April

Sczesny, Erhard, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 5. April

Stullich, Klaus, aus Andreken, Kreis Lyck, am 2. April

Wetzel, Erika, geb. **Lutz**, aus Bludau, Kreis Samland, am 6. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Gensik, Erika, geb. **Dikti**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 4. April

Marasas, Rüdiger, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 4. April

Reith, Herbert, aus Treuburg, am 1. April

Termine der LO

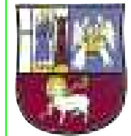
2017

1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Kirchspieltreffen

8. April, 10 Uhr, Südtiroler Stuben, Freiherr-vom-Stein-Straße 280, Essen: Kirchspieltreffen Grieslienen, Stabigotten, Wemitten, Plautzig, Honigswalde. Informationen: Hildegard Gerigk, Ginsterweg 7, 40880 Ratingen, Telefon (02102) 471477.

9. April, 10 Uhr, St. Antonius Essen-Steele, Freisenbruch, Kütingsgarten 3: Kirchspieltreffen Jonkendorf, Wengaiten, Mondtken, Steinberg, Polleiken, Klaukendorf, Groß Kleeberg und Groß Purden. Informationen: Ernst Langkau, Von-Lauff-Straße 4, 41540 Dormagen, Telefon (02133) 61177.

Versammlung der Mitglieder

8. April, 11 Uhr, Sitzungssaal, Rathaus, Schulstraße 7, 49170 Hagen: 4. Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft. Die Tagesordnung:

1) Eröffnung, Begrüßung, Beschlussfähigkeit, Tagesordnung
2) Wahl eines Protokollführers
3) Genehmigung des Protokolls vom 16. April 2016
4) Bericht des Kreisvertreters
5) Jahresabschluss 2016 (Bericht des Schatzmeisters, Bericht des Kassenprüfers)
6) Entlastung des Vorstandes
7) Haushalt 2017
8) Wahlen (geschäftsführender/erweiterter Vorstand)
9) Verschiedenes

Anträge zur Tagesordnung müssen eine Woche vor Sitzungsbeginn schriftlich beim Vorstand vorliegen. Das aktive/passive Wahlrecht setzt zwingend eine Mitgliedschaft voraus. Mitgliedsanträge können noch bis zum Tag der Sitzung beim Vorstand eingereicht werden.



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Neues Buch

Nach der Bilddokumentation über Schippenbeil von Manfred Morwinsky hat nun Hans-Gerhard Steinke in gründlicher, systematischer Arbeit, unterstützt von den Beiträgen und Auskünften alter Bartensteiner, ein gewichtiges Buch zusammengetragen. Von den ersten verfügbaren Bildpostkarten bis zu den neuesten Fotos ist mit „Bartenstein 1332–1945“ ein Dokument entstanden, das die Betrachter Schritt für Schritt durch die vertrauten Straßen gehen lässt.

Hans-Gerhard Steinke, gebürtiger Bartensteiner, kehrte oft mehrmals im Jahr in seine Heimatstadt zurück, suchte nach Vertrautem und fand auch Neues, hielt beides in vielen Fotos fest und dokumentierte so das Schicksal seiner Stadt während der letzten rund 130 Jahre. Aus vielen Quellen trug er Wissenswertes aus Geschichte und Gegenwart zusammen und ließ dieses Wissen in Erläuterungen zu den 1250 Bildern dieses Buches einfließen. Der Autor verfolgt mit diesem Werk zwei Ziele: Die aus der Stadt geflohenen und vertriebenen Bartensteiner sollen hier, auch wenn sie zu einer Reise in die Heimat nicht mehr fähig sind, in ihre Stadt zurückkehren, die Orte wiederfinden, in denen sie ihre Jugend verbrachten, vielleicht das Haus wiedersehen, in dem sie gelebt haben, auf die Namen von Freunden und Nachbarn stoßen. Ihre Kinder und Enkel sollen sehen, wo und wie die Älteren in ihrer Familie lebten. Selbst die Kundigen werden Neues über ihre Stadt erfahren.

Noch ein zweites Ziel ist wichtig: Die neuen Bewohner sollen die Stadt, die ja nun seit drei Generationen ihre Heimat ist, kennen lernen, im Erhalten das Leben und die Geschichte dieser Stadt sehen lernen, den in Jahrhunderten gewachsenen Charakter der Stadt erkennen, auch merken, was an dieser Stadt wichtig und darum erhaltenswert ist. Das Buch will also auch eine Anleitung für die Entwicklung der Stadt sein. Um den Zugang zu erleichtern, sind die begleitenden Texte deutsch und polnisch.

Die Bilder zeigen es: Bartenstein hat durch Kampfhandlungen und den zündelnden Siegerübermut stark gelitten. Auch die Absicht, alles an die deutsche Vergangenheit der Stadt Erinnernde zu tilgen, hat leider manches noch zu Rettende vernichtet. Die Jahrzehnte der sozialistischen Mangelwirtschaft brachten weiteren Verfall, viele Häuser wurden schließlich unbewohnbar, Ruinen wurden zu Steinbrüchen. Aber inzwischen geht es deutlich aufwärts: Die Stadtverwaltung bemüht sich, die Stadt planmäßig zu verschönern, Hauseigentümer renovieren und bauen um und an. Auch die ehemaligen Bartensteiner haben ihren Beitrag dazu geleistet. Es gibt allerdings Ausnahmen: Die zwei betrüblichsten sind

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

das Finanzamt am Zeughausplatz und das Johanniter-Krankenhaus. Zwei Ruinen, die kaum noch zu retten sind.

So manches hat sich verändert, Baulücken wurden nach neuen Bedürfnissen geschlossen, neue Brükken überqueren die Alle, neue Wohnviertel wurden erschlossen, ein neues Krankenhaus wurde errichtet. Die Rastenburger Straße wurde in Marktnähe zur Fußgängerzone, der Markt verlor dadurch leider seine alte geschichtlich bedingte Funktion. In das Gebäude der „Bartensteiner Zeitung“ zog das Rathaus. Der zunehmende Verkehr verlangte die einschneidendste Veränderung: Um den Verkehr aus der Stadt zu halten, wurden ganze Straßenzüge verändert, so manches noch bewohnbare Haus musste dafür geopfert werden. Der Bahnhof steht, seiner Bestimmung beraubt, und Fußgänger können über die Eisenbahnbrücke bis zur Kirche St. Johannis gehen. Und doch zeigt Steinkes Buch den alten Bartensteinern erfreulich viel Vertrautes, wenn auch notwendigerweise Verändertes: Es gibt wieder ein Schwimmbad am kleiner gewordenen Oberteich. Die Stadtkirche, Sankt Bruno und die Johanniskirche stehen wohlgepflegt an ihrem alten Platz. Der Herzteich unter dem Sockel des abgetragenen Ehrenmals ist wieder schön angelegt. Man kann im gepflegten Park an der Alle spazieren. Der Stadtwald ist erwachsen geworden, auch wenn Waldhaus und Goethebank fehlen. Dieser Spaziergang wird ein Gang voller tiefer und willkommener Eindrücke werden.

Das Buch „Bartenstein 1332–1945“ zum Preis von 49 Euro zuzüglich Versandkosten ist erhältlich bei Hans-Gerhard Steinke, Fasanenweg 12, 25497 Prisdorf, Telefon (04101) 5686660, E-Mail: hans-g.steinke@online.de.



Das neue Buch über Bartenstein: In gründlicher, systematischer Arbeit entstanden, lässt es den „Betrachter Schritt für Schritt durch vertraute Straßen gehen“ Bild: privat

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Nach Ostpreußen im Juni

Eine elftägige Ostpreußenreise „Von Posen nach Ermland Masuren“ bietet die Kreisgemeinschaft vom Mittwoch, 21. Juni, bis Sonnabend, 1. Juli an. Das Programm:

Mittwoch, 21. Juni: Anreise mit Zustiegen in Bonn, Köln, Dortmun, Hannover oder Uhrsleben. Übernachtung in Posen. Die Stadt ist durch zahlreiche Sehenswürdigkeiten und als Messestadt bekannt.

Donnerstag, 22. Juni: Stadtführung durch Posen mit Dom und Marienkirche. Weiterfahrt über Gnesen nach Thorn der Geburtsstadt von Nikolaus Kopernikus. Stadtführung und Freizeit. Übernachtung in Thorn.

Freitag, 23. Juni: Fahrt von Thorn nach Allenstein. Besichtigung von Burg und Stadt. Besuch der deutschen Minderheit im Kopernikus Haus. Gemeinsames Kaffeetrinken. Weiterfahrt nach Masuren, Übernachtung in Nikolaiken.

Sonnabend, 24. Juni: Heilige Linde, Rössel, Masurische Heimatmuseen, Schifffahrt mit Besuch einer Schäferei bei Rastenburg. Fahrt nach Lötzen. Schifffahrt über die masurischen Seen nach Nikolaiken

Sonntag, 25. Juni: Von Elk mit der Kleinbahn durch Masuren. Fahrt über Ukta, Johannisburger Heide, Stakenfahrt auf der Krutinna, Übernachtung in Nikolaiken.

Montag,26. Juni: Abfahrt nach Braunsberg, dort unter anderem Besuch der Katharinenkirche. Übernachtung in Frauenburg oder in Braunsberg

Dienstag, 27. Juni: Besuch der Kathedrale im Frauenburg mit Orgelkonzert. Station an der Gedenktafel für die 450000 Flüchtlingsopfer, die im Winter 1945 auf Ihrer Flucht über das Frische Haff ums Leben kamen. Schifffahrt von Frauenberg nach Kahlberg. Übernachtung in Frauenburg oder Braunsberg.

Mittwoch, 28. Juni: Fahrt auf dem Oberlandkanal. Weiterfahrt zur Marienburg, Besichtigung der Burganlage Weiterfahrt nach Danzig-Oliwa. Besuch der Kathedrale. Übernachtung in Danzig.

Donnerstag, 29. Juni: In Danzig ausführlicher Stadtrundgang und Freizeit für eigene Erkundungen. Übernachtung in Danzig.

Freitag, 30. Juni: Fahrt nach Stettin durch die Kaschubische Schweiz. Besichtigung der alten Hafenstadt von Pommern und Besuch der wichtigsten Bauwerke. Übernachtung in Stettin.

Sonnabend,1. Juli: Rückreise nach Deutschland.

Auskünfte und ausführliche Reiseprospekte können Sie anfordern bei Westermann Bustouristik, Peter-Hausmann-Platz 1, 53332 Bornheim, Telefon (02222) 938250, E-Mail: info@europa-travel.de oder bei Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Telefon (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de

ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Gedenkfahrt

Unter dem Motto „Stationen von Flucht und Vertreibung“ steht die zehntägige Gedenkfahrt, zu der Peter Westphal für den 19. bis 28. Mai einlädt. Für Kurzentschlossene sind noch einige Plätze frei. Hier das Programm:

1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Thorn.

2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Führung durch die einzigartige Altstadt von Thorn. Sie sehen das Rathaus mit dem Nikolaus-Kopernikus-Denkmal, die Marien- und Johanneskirche und das Kopernikus-Museum. Danach bleibt Zeit für einen kleinen Bummel durch die schöne alte Hansestadt. Anschließend Weiterfahrt entlang der Weichsel zum polnisch-russischen Grenzübergang, wo Sie von Ihrem russischen Reiseleiter erwartet werden, der Sie während Ihres Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen begleiten wird. Anschließend Weiterreise vorbei an Königsberg und weiter über Kreuzingen bis nach Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im Hotel „Rossija“ beziehen. Abendessen und Übernachtung in Tilsit.

3. Tag: Fahrt in die Elchniederung. In Heinrichswalde besteht die Möglichkeit zur Teilnahme am evangelischen Gottesdienst mit der dortigen Gemeinde. Anschließend besuchen Sie die teilweise restaurierte deutsche Kirche in Heinrichswalde sowie das deutsch-russische Heimatmuseums zur Geschichte von Heinrichswalde und dem Kreis Elchniederung. Anschließend Weiterfahrt nach Rauterskirch, dort offizieller Empfang und ein herzliches Treffen mit der örtlichen Bevölkerung sowie Besuch der historischen Kirche an der Gilge. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Am Nachmittag Fahrt über Seckenburg und durch den südlichen Teil der Elchniederung. Nach dem Abendessen für alle Interessierten Stadtrundfahrt durch Tilsit. Beim anschließenden Bummel durch die Hohe Straße mit den frisch renovierten Jugendstilfassaden kann man die frühere Schönheit Tilsits erahnen. Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof und Rautenburg zurück nach Tilsit. Bevor Sie Ihr Hotel erreichen ist noch ein Stopp am Waldfriedhof vorgesehen, einer Kriegsgräbergedenkstätte am Stadtrand von Tilsit. Natürlich besteht auch die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen abseits vom Gruppenprogramm. Unser erfahrener Taxiservice steht Ihnen für individuellen Erkundungsfahrten gerne zur Verfügung. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit und fahren über Labiau, einen weiteren Punkt der Fluchtstrecke, in das Samland. Zunächst besuchen Sie Germau, hier befindet sich eine der ersten im nördlichen Ostpreußen angelegten Kriegsgräbergedenkstätten. Anschließend erreichen Sie Pillau. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Auf der Weiterfahrt durch das Samland besuchen Sie Palmnicken – hier wird im Tagebau der für Ostpreußen typische Bernstein gewonnen. Gegen Abend erreichen Sie das ehemalige Gut Nesselbeck am nördlichen Stadtrand von Königsberg. Das frühere Gutshaus wurde liebevoll restauriert und zu einem stilvollen Hotel umgestaltet. Abendessen und Übernachtung am Stadtrand von Königsberg.

6. Tag: Bei der heutigen Stadtführung in Königsberg besuchen Sie die historischen Sehenswürdigkeiten. Im Bunker des letzten Königsberger Festungskommandanten, General Lasch, erwartet sie eine sehenswerte Ausstellung zur Einnahme der Stadt durch die Rote Armee. Daneben lernen Sie eine aufstrebende russische Stadt im Umbruch und voller Kontraste kennen, die neben St. Petersburg zu den dynamischsten Zentren im Nordwesten Russlands zählt. In der Propstei der evangelischen Kirche ist der Tisch zum Mittagessen gedeckt. Am frühen Nachmittag erleben Sie im wiedererrichteten Königsberger Dom ein kleines Orgelkonzert. Das in Deutschland gefertigte Instrument gehört zu den größten im ganzen Ostseeraum. Abendessen und Übernachtung am Stadtrand von Königsberg.

7. Tag: Nach dem Frühstück Rückreise vorbei am Frischen Haff entlang bis nach Heiligenbeil, hier fanden zu Kriegsende starke Kämpfe im „Heiligenbeiler Kessel“ statt, und weiter über die russisch-polnische Grenze. Weiter geht es über Braunsberg bis nach Frauenburg. Bei einer Führung durch den mächtigen Dom erleben Sie die einstige Wirkungsstätte von Nikolaus Kopernikus. Unterhalb der imposanten Burganlage des Frauenburger Domes besuchen Sie den von Deutschen und Polen gemeinsam aufgestellten Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Frische Haff. Auf diesem Weg über das Eis des damals zugefrorenen Haffs zogen lange Flüchtlingstrecks unter größten Opfern vor der im Winter 1945 herannahenden Front nach Westen. Anschließend Schiffsfahrt von Frauenburg über das Frische Haff bis nach Kahlberg auf der Frischen Nehrung. Von hier geht es weiter über die Frische Nehrung und durch das Weichseldelta bis nach Danzig. Abendessen und Übernachtung in Danzig.

8. Tag: Am Vormittag unternehmen Sie einen geführten Spaziergang durch die prachtvoll restaurierte Danziger Altstadt. Eine Schiffsfahrt auf der Mottlau zur Westerplatte, einem besonders geschichtsträchtigen Ort in der Danziger Bucht, schließt sich an. Bevor es nach zirka einstündigem Aufenthalt wieder per Schiff zurück in die Danziger Altstadt geht. Vom Anleger aus setzen Sie Ihren geführten Spaziergang fort zum imposanten Krantor und erreichen durch die Frauengasse die Marienkirche, eine der größten Backsteinkirchen der Welt.

9. Tag: Am Vormittag Busfahrt in die benachbarte Schwesterstadt Gdingen (Gotenhafen). Von hier aus Schiffsfahrt durch die Danziger Bucht bis auf die Halbinsel Hela. Die Halbinsel bot in den letzten Kriegswochen die einzige Möglichkeit des Abtransports der aus den ostdeutschen Gebieten wie Ostpreußen, der Danziger Bucht und der Weichselniederung geflohenen Zivilisten über See. Auf diesem Wege verließen im Zeitraum von Januar bis Mai 1945 etwa 1,35 Millionen Menschen ihre Heimat. Anschließend per Bus vorbei an Heisternest wieder zum Festland und weiter durch Kaschubien bis nach Pommern zur Übernachtung in Köslin.

10. Tag: Rückreise nach Deutschland. Unterwegs Mittagspause auf einem polnische Markt bei Stettin.

Programmänderungen bleiben vorbehalten. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25 Personen. Anmeldung und weitere Informationen: Peter Westphal, Obere Wiesenbergstr. 26, 38690 Vienenburg, Telefon und Fax (05324) 798228



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Pillauer Heimatfreunde

Alle Pillauer Heimatfreunde, ihre Verwandten und Bekannten sind recht herzlich eingeladen zu dem am Samstag, 22. April, um 17.00 Uhr stattfindenden Vortrag mit dem Thema „Traumatische Erlebnisse auf Grund von Krieg und Vertreibung, deren Folgen, sowie Heilungswege“. Die Referenten sind Dr. Muhtz, Mediziner am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, und Dr. Christopher Spatz, Historiker an der Humboldt-Universität Berlin. Bitte kommen Sie zu diesem Vortrag in die Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 2, 1 Stock (Fahrstuhl) in 24340 Eckernförde. Ansprechpartner: Erika Kruse, Telefon (04346) 6011463.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Darmstadt: Gemeinsames Treffen am Sonnabend,, 11.30 Uhr, am 8. April, in der Taverna Hella, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Heimatgruppe Teutonen/ Osnabrück: Frühjahrstreffen am 22. April, 14 Uhr. Ort; Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43. Informationen: Renate Berger, Telefon (05471) 4926.

Heimatgruppe Hamburg: Frühlingsfest mit Liedern und Vorträgen am 5. April. Die Veranstaltungen beginnt um 12 Uhr. Ort: Veranstaltungsraum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg, Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

Heimatgruppe Schwerin: Treffen am Mittwoch, 12 Uhr, den 19. April. Ort: Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.

Sonntag, 23. April, 11 Uhr (Einlass 10.30 Uhr), Restaurant Zum Tucher (Telefon 0451/33517, www.burgfeldrestaurant.de), Am Burgfeld 1, 23568 Lübeck: Regionaltreffen Nord. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

KORREKTUR

Nicht im September, wie in der letzten Ausgabe berichtet, sondern, wie stets, im August findet das Heimattreffen der Kreisgruppe statt: Vom 26. bis 27. August in Hagen.

Regionaltreffen Nord

Sonntag, 23. April, 11 Uhr (Einlass 10.30 Uhr), Restaurant Zum Tucher (Telefon 0451/33517, www.burgfeldrestaurant.de), Am Burgfeld 1, 23568 Lübeck: Regionaltreffen Nord. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Die Termine für 2017

2. Juli, Bücken: Heimattreffen der Prökelwitzer & Schlobitter in Bücken. Start ist um 10 Uhr mit einem Gottesdienst im Dom, anschließend geht es im Landhaus Hünecke, 27333 Warpe, weiter.

16. September, 10.30 bis 13. Uhr, Hotel Esplanade. **Bad Nenndorf:** Tagung des Kreistages

16. und 17. September, Grandhotel Esplanade/L' Orangerie, Bahnhofstraße 8, 31542 **Bad Nenndorf**: Heimatkreistreffen. Der Programmablauf wird noch bekanntgegeben.

Termine in der Heimat:

5. Juni, Liebstadt (Milakowo): zehnjähriges Bestehen der Gedenkstätte „Lapidarium“.

6. Juni, Mohrungen (Morag): zehnjähriges Bestehen der Mohrunger Stuben.

25. August, Mohrungen: Herders-Geburtstags-Feier.

26. August Mohrungen: 25-jähriges Bestehen des Vereins der Deutschen Bevölkerung „Herder“. Um 11 Uhr beginnt die Jubiläumsfeier in der Aula der Herderschule.

Zwischenbericht

Auf Einladung der Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz Teilnahme am Neujahrsempfang der Patenstadt Gießen am 8. Januar. Der Kontakt zur Patenstadt ist sehr gut. In Sachen Archiv sind wir weitergekommen. Wegen der jährlichen Kosten für die seit 2010 gemieteten Archivräume, wurden oft Gespräche mit der Stadt Gießen geführt. Diese waren erfolgreich, denn seit dem 10. Januar haben wir einen kostenfreien Archivraum ebenfalls in der Rodheimer Straße 33 bekommen. Am 24. Februar fand die Kassenprüfung für das Geschäftsjahr 2016 in Gießen statt. Diese ergab keine Beanstandungen. Die Kreisausschuss-Sitzung fand am 25. Februar ebenfalls in Gießen im neuen Archivraum, statt. Es wurden einvernehmliche Beschlüsse gefasst, die vorher rege diskutiert wurden.

Allen Landsleuten und Lesern wünsche ich eine unbeschwerte und friedliche Zeit und grüße Sie in heimatlicher Verbundenheit.

Ingrid Tkacz

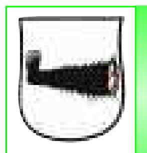


ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Treffen der Amtsbezirke

9. April, Restaurant Zille im Kulturzentrum, **Herne:** Heimattreffen der Amtsbezirke Groß Schöndamerau, Lehmanen und Schöndamerau.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Ortstreffen und Kirchspieltreffen

8. April, 10.15 Uhr, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, 33572 Unkel/Rhein: 21. Kirchspieltreffen Hoverbeck.

8. April, 10.15 Uhr, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, 33572 Unkel/Rhein: 16. Ortstreffen Selbongen.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch 5. April, 18 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, Stuttgart: Klaus Plorin spricht über „Martin Luther, Herzog Albrecht und die Reformation in Ostpreußen“.

Der Pfarrer im Ruhestand wurde 1937 in Königsberg geboren, überlebte mit Mutter und jüngerem Bruder die Zeit von 1945 bis 1947 im russischen Ostpreußen knapp. Schon im Juni 1947, noch vor der allgemeinen Vertreibung der Deutschen, durfte die Teilfamilie, wie einige hundert andere, in die SBZ „auswandern“ und kam zum Vater nach Köln. Nach dem Abitur studierte er evangelische Theologie. Seit 1991 bereist er mit seiner Frau und Gruppen jährlich das Königsberger Gebiet und knüpfte 1995 die Partnerschaft zwischen der Gemeinde Heroldberg bei Nürnberg mit Laukischken. Seit 16 Jahren im Ruhestand, ist er Zweiter Vorsitzender und Schriftführer der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen (GeO).

Plorin berichtet in seinem Vortrag, wie durch Luthers Einwirken und Albrechts Entscheidungen Ostpreußen die erste evangelisch-lutherische Landeskirche und der erste evangelisch-lutherische Staat in Europa wurde, und was wir dem damaligen und weiteren Geschenken dort bis heute noch immer verdanken.

Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion, zu dem Sie, Ihre Freunde und Bekannten herzlich eingeladen sind.

Ludwigsburg – Dienstag, 18. April, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest.

Stuttgart – Dienstag, 4. April, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92: Jahreshauptversammlung mit Berichten der Vorsitzenden, Kassierern, Frauenleiterin, Kassenprüfer, Entlastung des Vorstands und Wahl des Gesamtvorstands. Die Versammlung endet mit einer Filmvorführung. Gezeigt wird eine „Schiffs- und Busreise in die Elchniederung, das Memelland und nach Riga“. Alle Mitglieder der Kreis- und Frauengruppe sind herzlich eingeladen, bitte nehmen Sie zahlreich teil. Gäste sind herzlich willkommen.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 19. April, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag über das Lebenswerk von Siegfried Lenz.

Hof – Zu ihrer monatlichen Zusammenkunft im März hatte die Kreisgruppe Hof in die Altdeutsche Bierstube eingeladen. Der Erste Vorsitzender Christian Joachim konnte zahlreiche Mitglieder und Gäste begrüßen. Seine besonderen besten Glückwünsche galten dem langjährigen treuen Mitglied Helmut Starosta, der seinen 90. Geburtstag mit vielen Gratulanten feiern konnte. Unser Dank gilt seinem jahrzehntelangen unermüdlichen Einsatz für Ost- und Westpreußen zur Erhaltung des Heimatgutes. Er hat maßgeblichen Anteil an der Einrichtung der Abteilung „Flucht, Vertreibung und Integration“ des Museums Bayerisches Vogtland in Hof.

Nach einem gemeinsam gesungenen Heimatlied stellte Kulturreferent Bernd Hüttner als Prominenten des Nachmittags den deutschen Immunologen und Serologen Emil Adolf von Behring vor. Er wurde am 15. März 1854 in Hansdorf, Kreis Rosenberg in Westpreußen geboren und starb am 31. März 1917 in Marburg. Er war Träger des ersten Nobelpreises für Medizin und entwickelte Seren gegen Diphtherie und Tetanus. Die Zuhörer lauschten einer bewegenden Lebensgeschichte.

In seinen Gedanken – „Es wird Frühling“ – meinte Christian Joachim, es ist etwas ganz Seltsames mit diesem Land, unserer Heimat Ost- und Westpreußen: Wer einmal da war, kann es nicht vergessen. Und wer es nie gesehen hat, wird irgendwie Sehnsucht haben, es kennenzulernen. Ein weites und stilles Land, das ganz in sich selber ruht. Lang und hart ist der Winter, aber dann ganz plötzlich über Nacht ist ein Grünen und Blühen da. Ein frohmachender Bericht mit der Freude auf das Wiedererwachen der Natur.

Man sang noch gemeinsam bekannte Frühlingslieder und mit einer heiteren Geschichte aus Siegfried Lenz „So zärtlich war Suleyken“ schloss der Vorsitzende den Nachmittag. Er dankte für alle Vorträge und bat zum geselligen Plausch. *Renate Pfaff*

– Die nächsten Termine –

Sonnabend, 8. April, 14 Uhr: 40-jähriges Jubiläum der Tanzgruppe in Rehau. Feier in der Lameeteria der Firma Lamilux.

Sonnabend 13. Mai, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Hof: Muttertag.

Sonnabend 3. Juni bis 10. Juni: Ostpreußenreise. Es sind noch Plätze frei;

Sonnabend 8. Juli, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube Hof: Sommer in Ostpreußen.

Landshut – Dienstag, 18. April, 14 Uhr, Gasthaus „Zur Insel“: Neuwahlen des gesamten Vorstands und Jahresrückblick mit Fotos und Videofilm.

München – Freitag, 7. April, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe,

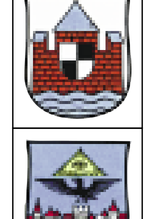


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsames Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



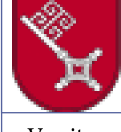
Tilsit, Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 1. April, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen an: Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



Rastenburg – Sonntag, 9. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 12. April, 13:30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Osterfeier. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Dienstag, 11. April, 17 Uhr, Stadtbibliothek Bremen, Am Wall 201, 28195 Bremen: Dr. Marianne Kopp, Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft, spricht zum Thema „Anke von Tharau – ein Mädchen und ein Lied“. Die Zuhörer erfahren mehr über die Namensgeberin für eines der bekanntesten deutschen Volkslieder. Da es als Musikuntermalung fast aller Fernsehfilme über Ostpreußen dient, kennen auch viele Nicht-Ostpreußen seinen Bezug zu Ostpreußen. Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei. Der Vortrag findet in der Krimibibliothek statt. Sie ist über den Haupteingang der Zentralbibliothek zu erreichen.

– Ausstellung –

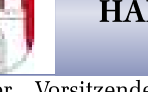
Noch bis zum 20. Mai zeigt der Arbeitskreis Bremer Archive die Sammelausstellung „Mobilität im Wandel“. Sie zeigt auch zwei Tafeln der Landsmannschaft Ostpreußen mit Archivalien zum Thema „Flucht und Vertreibung“. Ausstellungsorte sind:

– Bürgerhaus Mahndorf, Mahndorfer Bahnhof 10: bis 3. April

– Bürgerhaus Obervieland, Alfred-Faust-Straße 4: Vom 5. April bis 3. Mai

– Einkaufszentrum Hansa Carré, Pfalzburger Straße: Vom 4. bis 20. Mai.

An den ersten beiden Ausstellungsorten ist der Platz begrenzt, sodass jeweils nur die Hälfte der Ausstellung präsentiert werden kann.



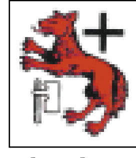
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

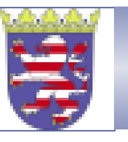
KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Ein kulturelles Programm mit Bildvorträgen, Gedichten und gemeinsamen Singen erwartet Sie. Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon (040) 587585, Fax: (040) 52678519, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Heiligenbeil – Sonnabend, 1. April, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff Horner Freiheit, Am Gojenboom 46: Jahreshauptversammlung und Frühlingsfest. Bei Kaffee und Kuchen wollen wir fröhliche Stunden miteinander verbringen. Gäste sind herzlich willkommen. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt fünf Euro. Sie erreichen den Seniorentreff mit der U2, Richtung Mümmelmannsberg, oder der U4, Richtung Billstedt bis Horner Rennbahn. Hier den Ausgang Am Gojenboom nehmen. So kommen Sie direkt am Seniorentreff heraus. Es gibt für Rollstuhlfahrer und Nutzer von Rollatoren auch einen Fahrstuhl. Dann sind fünf Minuten Gehweg bis zum Ziel zurückzulegen. Anmeldung bei Landsmann Konrad Wien, Telefon (040) 32049041.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Die zum Treffen am 18. März vorgesehene Hauptversammlung und Neuwahl des Vorstandes konnte aus Mangel an Teilnehmern aus dem Bereich unserer Mitglieder (unter 40 Prozent) nicht durchgeführt werden.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Diese Entscheidung wurde einstimmig beschlossen, und vereinbart, dass bis spätestens in zwei Monaten ein neuer Hauptversammlungstermin festzulegen ist.

Nach dieser Diskussionszeit wurden dann noch kurze Berichte durch die Vorsitzenden Gerhard Schröder und Christian Keller vorgetragen. Die Bibelworte wurden wie immer durch Herrn Turowski gesprochen. Sein Thema waren Zusammenhänge aus der Zeit seiner Vertreibung mit biblischer Auslegung. Auch die Geburtstagskinder der letzten vier Wochen wurden nicht vergessen. Anni Oest tat dies in gewohnter Weise mit einem Gedicht.

Nachdem allen der Kuchen geschmeckt hatte, zeigte Christian Keller den vorgesehen Film „ Ostpreußen, Land, Leute und ihre Verhältnisse 1913 bis 1945“. Nach gut einer Stunde Film, der mit großem Interesse verfolgt wurde, verabschiedeten wir uns mit dem Hinweis auf das nächstes Treffen am 8. April. An diesem Tag hält Franziska Raschke – Pro-Senior-Referentin – einen weiteren Vortrag über Medizin- und Ernährungsmythen.

Wichtig: Ab April treffen wir uns wieder um 15 Uhr im Luise-Büchner-Haus in Darmstadt-Kranichstein.

Kassel – Donnerstag, 6. April, 14.30 Uhr, AWO-Heim, Am Wehrturm 3, Kassel: „Donnerwetter – Klima und Wetter von Treuburg bis Freiburg“ – Vortrag von Gerhard Landau.

Wetzlar – Montag, 10. April, 19 Uhr, Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: „Begegnungen mit meinem Geburtsort Kruglanken“ – So ist der Reisebericht von Kuno Kutz überschrieben. Der Vorsitzende hat im vergangenen Jahr seinen einstigen Heimatort im Kreis Angerburg besucht. Dabei wurde er auch freundlich vom heutigen Bürgermeister empfangen. Eindrücke dieser Reise in die Vergangenheit schildert er in einem Lichtbildervortrag. Der Eintritt ist frei.



Die Geehrten in Wetzlar: Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Westpreußen, Ulrich Bonk, der Stellvertretende Landesvorsitzende der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gerhard Schröder, Helga Schidlowski, Kuno Kutz, Helga Schmalenberg, Erwin Spiegelberg, Reiner Buslaps, Renate Roth, Wolfgang Kopiske, Erich Daebel, Rudolf Förster, Renate Buslaps, Dagmar Adomeit, Joachim Albrecht und Margit Albrecht Bild: Rühl

– **Bericht** –

Da freute sich Kuno Kutz der Vorsitzende der Kreisgruppe, als er mehr als 40 Besucher zum traditionellen Grützwurstessen im Restaurant Grillstuben begrüßen konnte.

Die Grützwurst, deren Grundmasse vergleichbar ist mit der einer Blutwurst, wird statt Speck mit gebrochener Gerste oder anderen Getreidearten zubereitet. Sie gilt angebraten oder in ziehendem Wasser erwärmt als ein Klassiker aus dem ehemaligen Osten Deutschlands und war ein Arme-Leute-Essen.

„In manchen Zeiten gab es die Grützwurst jede Woche“, erinnerte sich der 83-jährige Joachim Albrecht. Die Mutter schickte ihn in Königsberg zum Fleischer, um die mit Grütze gestreckte Blutwurst abzuholen. In der heimischen Küche wurde die Wurst von der Pelle befreit, in der Pfanne mit reichlich Zwiebeln und scharfem Gewürz gebraten. Dazu gab es dann Bratkartoffeln. Margit Albrecht kann ergänzen, dass sie einst mit ihrer Familie nach Schleswig-Holstein geflüchtet ist. Dort kannte man auch die Grützwurst, die es beim Metzger gab. In Wetzlar hat Kutz mit Klaus Butte einen Fleischer gefunden, der die traditionelle Wurst zubereitet. In den Grillstuben, wurde die Grützwurst mit Kartoffeln, Schweinefleisch-Stücken und Sauerkraut serviert.

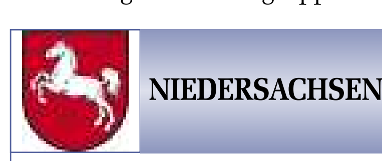
Passend zum Essen las die Kulturbeauftragte Karla Weyland (Rauschenberg) Geschichten zum Thema „Was Essen zum Genuss macht“. Dabei gab sie eine Geschichte vom einstigen Vorsitzenden der Graudenzer Vistula, Rudolf Krause, zum Besten, der die Geschichte der Grützwurst in Reimen verpackt hatte. Beim Schlachtfest in Preußen habe man erst die guten Sachen vom Schwein hergestellt. Erst zuletzt sei die Grützwurst entstanden. „Rein kam da Grütze, Pfeffer, Salz, viel Brühe, auch ein bisschen Schmalz, auch Blut und Zwiebeln, Majoran, wurden noch dazugetan“, zitierte Weyland. Der Dichter appellierte an die Leser seines Werkes: „Deshalb sollte man mit solchen Sachen in der neuen Heimat weitermachen. Grützwurstessen als Tradition sollte sich vererben vom Vater auf den Sohn“.

Bei der Landsmannschaft wurde dieser Aufruf beherzigt. Jährlich im März lädt die Kreisgruppe zu diesem Essen ein. Das Programm wurde auch von Friederike Preuß mitgestaltet, die ein Gedicht über „Die sieben Winter in Ostpreußen“ vorlas. Im Rahmen des Treffens wurden auch verdiente Mitglieder der Kreisgruppe geehrt. Dazu konnte Kutz den Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Westpreußen, Ulrich Bonk (Frankfurt), begrüßen. Er ist zugleich auch Landesvorsitzender der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen (LOW). Ebenfalls anwesend war auch sein Stellvertreter in der LOW, Gerhard Schröder (Darmstadt).

Eine Ehrenbrosche und eine Urkunde erhielten Joachim Albrecht, Margit Albrecht, Reiner Buslaps, Renate Buslaps, Erich Daebel, Rudolf Förster, Wolfgang Kopiske, Renate Roth, Helga Schidlowski, Helga Schmalenberg und Erwin Spiegelberg. Für langjährige aktive Mitarbeit überreichten sie Dagmar Adomeit eine Ehrennadel sowie eine Urkunde.

Bonk wies darauf hin, dass die Landsmannschaft am 22. und 23. April zu ihrer Landeskulturtagung in Weilburg zusammen kommt. Kutz informierte darüber dass der Bund der Vertriebenen am Dienstag, 25. Juli, eine Fahrt zum Modehaus Adler in Haibach bei Aschaffenburg plant, zu der auch eine Modenschau gehört. Auf der Rückfahrt werden die Teilnehmer eine Stadtrundfahrt in Frankfurt machen.

Wiesbaden – Donnerstag, 6. April, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert werden Königsberger Klopse. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte bis spätestens 31. März bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 anmelden. Anfahrt: ESWE-Busverbindung Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße. – Dienstag, 11. April, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Frühlingsnachmittag der Frauengruppe.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 13. April, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen.

Osnabrück – Dienstag, 4. April, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 43: Kegeln.

– **Bericht** –

Der stellvertretende Vorsitzende Dietmar Kutz hatte am Sonnabend, dem 11. März, zur Jahreshauptversammlung eingeladen. Nach der Begrüßung gedachte man in einer Schweigeminute der verstorbenen Mitglieder. Gemeinsam wurde dann das Westpreußenlied gesungen. Anschließend erfolgten die Berichte der einzelnen Referenten. Die Kulturreferentin Else Tober berichtete über die Veranstaltungen im Jahr 2016. Dazu gehörten die Jahreshauptversammlung sowie der Erntedanknachmittag und die Adventsfeier. Zum Erntedankmittag trug Klaus Weiß, der aus Ostpreußen stammt, mit seinem Zupforchester musikalisch zum Gelingen der Veranstaltung bei. Pastor Hans-Jürgen Kuhlmann sprach Worte zum Erntedankfest. Gedichte und Lieder wurden zu Gehör gebracht.

An der Adventsfeier sprach Bürgermeister Burkhard Jasper Grußworte. Auch bei dieser Veranstaltung sprach Pastor Kuhlmann. Klaus Weiß mit seinem Zupforchester sowie der Chor unter Leitung von Else Tober umrahmten die Adventsfeier musikalisch. Gedichte und Lesungen wurden zu Gehör gebracht.

Die Pressereferentin und Referentin für Freizeit und Hobby, Barbara Kleine, berichtete über ihre verschiedenen Aufgaben. Seit 1989 leitet sie den Kegelclub „Marjellchen und Lorbasse“, der sich alle vier Wochen im Hotel „Ibis“ trifft. Im Sommer 2016 wurde eine Kegelfahrt zum Spargelhof Thiermann in Kirchdorf bei Sulingen unternommen. Die Frauenreferentin Lore Müller wies darauf hin, dass sich die Frauengruppe alle vier Wochen jeweils am dritten Freitag des Monats um 15 Uhr trifft. Hier kommen allgemeine Themen und Themen aus der ostpreußischen Heimat zur Sprache. Es folgte der Bericht des Schatzmeisters Heinz Bruweleit. Ihm wurde durch die Kassenprüferin Felicitas Thiede eine ordnungsgemäße Kassenführung bestätigt.

Auch in diesem Jahr standen Wahlen an. Als Wahlleiter fungierte Louis-Ferdinand Schwarz. Ein Vorsitzender konnte auch 2017 nicht gefunden werden. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Stellvertretender Vorsitzender ist Dietmar Kutz, Beisitzerin und Kulturreferentin Else To-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

sich rentieren, von Nutzen sein · flüssiges Fett · bemerkenswerte Erscheinung · Oberbekleidungsstück · sich auf etwas zubewegen · Wertpapier · dänische Stadt auf Fünen · Präsident der USA (Harry S.) · wohl, allerdings · engl.-amerik. Längenmaß · in die Jahre kommen · Endpunkt der Erdachse · ein Sternbild · früher: persönliche Dienerin · militärisches Stammpersonal · Bassin mit sprudelndem Wasser · Bildloch der Kamera · Straßenbenutzungsgebühr · schwerer Sturm · baschkirische Hauptstadt · Techniker mit Hochschulabschluss · organischer Moorboden · Wert-, Mengenbewegung · elektr. geladenes Teilchen · südamerikanisches Gebirge · leitender Minister Ludwigs XIII. · Geliebte Tristans · altnord. Erzählung in Prosa · amerik. Filmlegende (James) · Vortragsraum · durchtriebene Person · Name Gottes im Islam · Anzeige, Ankündigung (Wirtsch.) · respektieren · kostbar; menschlich vornehm · charakteristisches Merkmal · Südfrucht · elektr. Stromstärkemaß · Hahnenfußgewächs · Schmuckstein · Zweikampf · Wasservogel · altröm. Politiker und Redner · enges, steilwandiges Tal · mäßig langsames Musikstück · begeisterter Anhänger (engl.) · Gewinn, Ausbeute · von geringem Gewicht · britischer Sagenkönig · abhängig, gebunden · Jagdkanzel · Wettkampfstätte; Manege · begründeter Anspruch · fertig, gerüstet · intuitiv erfassen · österr.-ungar. Komponist · „Großer Geist“ (indianisch) · Erwerb, Anschaffung · Flachland · orient. Reisbranntwein · Organisation der UNO (Abk.) · norddeutsch für Ried, Schilf · nicht außen · Fluss zum Mississippi · römische Göttin der Morgenröte · dt. TV-Moderator (Alfred) · Teil eines Wohnraumes · dunkelblauer Farbstoff · franz. unbestimmter Artikel · nicht sauer, bitter, salzig · englisches Bier · Glückssymbol · sizilianischer Vulkan · anhänglich, loyal · Skilanglauf: Bahn, Spur · Vorsilbe: gegen (griech.) · Ausruf des Missfallens · weibliches Pferd · Ort, Platz · Glied einer math. Formel · lang gezogener Strand (ital.) · Himmelsrichtung · Nachtvogel · Körperteil von Fischen · Anrede und Titel in Großbritannien · unerwünscht; nicht statthaft · Kfz-Zeichen Ludwigsburg · Nationalitätszeichen Tunesien · Hülle, Futteral · Brauch, Sitte (lateinisch) · Einfall, Gedanke · chem. Zeichen für Lithium · Bildhauerarbeit · Verhalten, Betragen (ugs.) · Registraturmappe

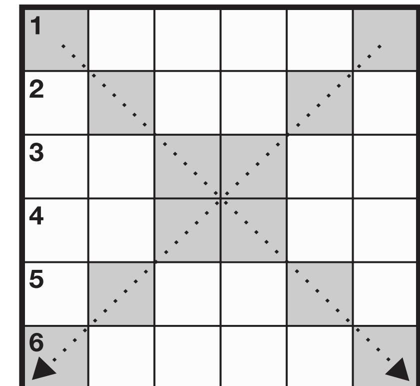
PAZ17_13

Sudoku

	5			2			6	
	9	3				8	2	
			8		9			
4	2		9		1		8	3
			7		5			
5	6		2		4		7	9
			1		2			
	8	9				4	1	
	7			9			5	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



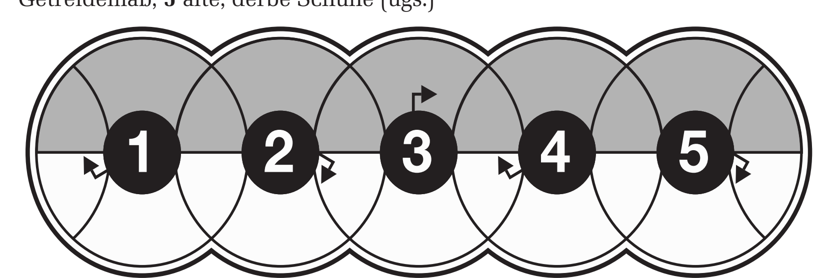
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Zeiteinheiten.

1 römischer Feldherr
2 Nadelbaum
3 Haremswächter
4 Vorgefühl, Vermutung
5 gepflegt, sauber; hübsch
6 Bericht; Entwurf

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Entertainer.

1 wach, frisch, **2** Stadt in Südwestengland, **3** Schlag-, Klopfwerkzeug, **4** altes Getreidemaß, **5** alte, derbe Schuhe (ugs.)



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Marius, 2. Fichte, 3. Eunuch, 4. Ahnung, 5. adrett, 6. Exposé – Minute, Stunde

Kreiskette: 1. munter, 2. Exeter, 3. Hammer, 4. Malter, 5. Treter – Unterhalter

Sudoku:

8	5	4	3	2	7	9	6	1
7	9	3	5	1	6	8	2	4
6	1	2	8	4	9	7	3	5
4	2	7	9	6	1	5	8	3
9	3	1	7	8	5	2	4	6
5	6	8	2	3	4	1	7	9
3	4	5	1	7	2	6	9	8
2	8	9	6	5	3	4	1	7
1	7	6	4	9	8	3	5	2

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

ber, Schatzmeister Heinz Bruweleit, Schriftführer Siegfried Keuchel, Pressereferentin und Referentin für Freizeit und Hobby Barbara Kleine, Frauenreferentin Lore Müller, Kassenprüfer Werner Bohnenkamp und Felicitas Thiede. Nach Beendigung der Veranstaltung wurde gemeinsam das Ostpreußenlied gesungen.

Barbara Kleines

Rinteln – Donnerstag, 13. April, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Gruppe wird Joachim Berg nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken einen Film über „Ostpreußen: Land, Leute und ihre Verhältnisse“ zeigen. Interessierte Gäste aus Nah und Fern sind zusammen mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Neuwahlen des Vorstandes bildeten den Mittelpunkt der Delegierten-Tagung der Landesgruppe NRW am Sonnabend, dem 18. März. Zwölf Jahre leitete Jürgen Zauner die Geschicke der Landesgruppe und prägte ihre Arbeit nachhaltig. Die Mitglieder dankten für informative Tagungen mit stets hochkarätigen Referenten, Broschüren und insbesondere auch für die Videos in dem von Jürgen Zauner ganz wesentlich mitinitiierten Ostpreußen-TV. Auf allen diesen Wegen hätten sie, wie sie vielfach betonten, „so manches erfahren, was anderen Quellen nicht zu entnehmen war“.

Jürgen Zauner zeichnen besondere Eigenschaften aus, die dem Vorstand und den Gruppen zugutekamen. Da waren insbesondere seine Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Stets sagte er offen seine Meinung und urteilte immer sachorientiert. Dies machte eine fruchtbare Zusammenarbeit möglich, selbst wenn es gelegentlich unterschiedliche Meinungen gab. Auch nahm Jürgen Zauner die Verantwortung für die Gruppen sehr ernst. Sein Tätigkeitsbericht enthielt eine lange Aufzählung von Gruppenbesuchen, die er zu vielen Anlässen gemacht hatte. Viele Zuhörer fragten sich, wie ein solches Programm überhaupt zeitlich zu schaffen war. Doch nun wollte er diese Last verringern, die Vorstandsarbeit jedoch nicht ganz aufgeben und sich als Stellvertreter zur Wahl stellen.

Gänzlich aus dem Vorstand schieden die bisherigen Stellvertretenden Vorsitzenden Ulrich Penski und Arnold Schumacher aus. Beiden wurde vom scheidenden Vorsitzenden von Herzen gedankt. Penski hatte mit seinem juristischen und historischen Fachwissen die Belange der Landesgruppe in der Öffentlichkeit und in der Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) unterstützt, und Arnold Schumacher, der bald seine neunzigste Reise ins Königsberger Gebiet unternehmen wird, war stets der Fachmann und „Fahrensmann“ für das nördliche Ostpreußen.

Es wurde ein spannender Wahlvormittag, denn für den Vorsitzenden standen zwei Kandidaten zur Verfügung, beide mit langjähriger Erfahrung in der LO NRW. Wilhelm Kreuer (66) konnte eine siebenjährige Vorstandsarbeit als Schatzmeister und Schriftführer vorweisen, Klaus-Arno Lemke (56) hatte ebenfalls die nicht immer dankbare Aufgabe des Schatzmeisters wahrgenommen und schilderte den Werdegang eines engagierten „Nachgeborenen“ einer Vertriebenenfamilie.

Die Delegierten entschieden sich für Wilhelm Kreuer als neuen Vorsitzenden, weil sie ihm zutrauten, „allen im Land zu zeigen, dass es uns, die Landesgruppe, und die Ostpreußen noch gibt“, wie er in seiner Ansprache betonte. Doch Klaus-Arno Lemke wurde und wird ebenfalls gebraucht. Seine Aktivitäten in der ostpreußischen Heimat im Kreis Labiau und in Königsberg und sein vielfaches Engagement auf Orts- und Kreisebene in der nordrhein-westfälischen Heimat gaben den Ausschlag für seine Wahl zum Stellvertretenden Vorsitzenden. Auch Jürgen Zauner wurde mit überwältigender Mehrheit zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt – auf ihn wollte niemand verzichten.

Das wichtige Amt des Schatzmeisters wurde ebenfalls Klaus-Arno Lemke übertragen, der sich zu der Doppelbelastung bereit erklärte. Zur Schriftführerin wurde Brigitte Schüller-Kreuer gewählt, Ehefrau von Wilhelm Kreuer und gebürtige Königsbergerin, die sich den Delegierten als ehemalige Chefsekretärin im Bundesfinanzministerium vorstellte.

Bonn – Dienstag, 4. April, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74: Manfred Ruhnau präsentiert Eindrücke vom 11. Treffen der Kreisgemeinschaft Braunsberg in Braunsberg.

Dortmund – Montag, 18. April, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): monatliche Zusammenkunft.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Donnerstag, 6. April, 19 Uhr, GHH: Zum 100. Geburtstag von Johannes Bobrowski spricht Dr. Jörg B. Bilke über den „Dichter der sarmatischen Landschaft“. Mittwoch, 19. April, 19 Uhr, GHH: Professor Udo Arnold zum Thema „Der Deutsche Orden und Litauen – Dreihundert Jahre gemeinsame Geschichte“.

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Neuss – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe.

Wesel – Sonnabend, 8. April, 16 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Traditionelles Frühlingsfest mit Grützwurstessen. Anmeldungen bis zum 19. März bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.



Gerhart-Hauptmann-Haus, Düsseldorf: Vortrag am 6. April zum 100. Todestag von Johannes Bobrowski, des „Dichters der sarmatischen Landschaft“ Bild: Archiv



Der neue Vorstand in NRW (v.l.): Jürgen Zauner (bisheriger Vorsitzender, jetzt Stellvertretender Vorsitzender), Klaus-Arno Lemke (Stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister), Brigitte Schüller-Kreuer (Schriftführerin), Wilhelm Kreuer (Vorsitzender). Bild: privat



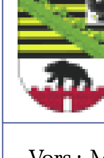
RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 20. April, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Gesprächsrunde. Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16: Gelegenheit zum Kartenspielen.

BdV Leipzig

Sonnabend, 8. April, 13.30 Uhr, Gaststätte Ratskeller, Neues Rathaus, Lotterstraße 1, 04109 Leipzig: Jahresauftaktveranstaltung des BdV Leipzig. Alle Mitglieder und Heimatfreunde sind herzlich eingeladen. Der Chor „Lied der Heimat“ wird für die musikalische Umrahmung sorgen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 31. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte des VS Gardelegen: „Betrugsmaschen“ – Vortrag von Polizeioberkommissar Rosner.

Magdeburg – Dienstag, 4. April, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 7. April, 16 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singekreis. – Sonntag, 9. April, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Treffen zum Thema „Der Frühling hat sich eingestellt. Wir feiern das Osterfest.“



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Auf der Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe stand die Wahl eines neuen Vorstandes im Mittelpunkt. Regina Gronau, seit 40 Jahren Mitglied und 18 Jahre als Vorsitzende, hatte mit unermüdlichem Einsatz die Ortsgruppe in Bad Schwartau geprägt und zusammengehalten. Die Erinnerung an die alte Heimat und die Verbindung der Vertriebenen und Flüchtlinge untereinander war ihr immer eine Herzensangelegenheit. Durch Fahrten, Feste und Vorträge führte sie die Mitglieder aber auch an die Probleme der „neuen“ Heimat heran.

Mit einem Riesenapplaus und Dankesworten wurden sie und die ausscheidenden Vorstandsmitglieder aus dem Amt von den Anwesenden verabschiedet. Wiedergewählt wurden die Vorstandsmitglieder Axel Simanowski als neuer Vorsitzender. Zu seinem Stellvertreter wurde Hans-Albert Eckloff und als Schatzmeistern Gisela Rowedder. Neu als Beisitzer hinzugekommen sind Ursula Biernath, Reni Rosenfels und Claus Seifert. Kassenprüfer wurden Bärbel Biernath und Jürgen Köhler.

Die Versammlung endete mit einem interessanten und stellenweise humorigen Vortrag über die Besonderheiten in der Tierwelt durch Stadtjäger Gerd Kayser.

Burg – Dienstag, 11. April, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: „Kuba, Paradies in der Karibik, Land und Leute, Staatsempfang für die erste, nicht kommunistische Reisegruppe in Havanna“ – darüber berichtet und zeigt einen Lichtbildervortrag der Landesvorsitzende und Kulturreferent Edmund Ferner. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Dienstag, 4. April, 19 Uhr, Restaurant Borgerforeningen: Preußische Tafelrunde. Anmeldungen bei Wolfgang, Kanstorf, Telefon (0461) 64847. – Mittwoch 12. April, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: Erst Kaffeetafel dann der Vortrag „Die Plaggenhacke“ von Christian Winkel. Es geht um die Kolonisten, die im Jahr 1762 aus dem Süden Deutschlands in das Herzogtum Schleswig strömten.

Neumünster – Mittwoch, 12. April, 15 Uhr, Stadthalle: Monatliche Veranstaltung. Monika Krebs zeigt Fotografien aus dem Nachlass von Walter Erben. Das Motto der Veranstalung: „Neumünster in schwarz-weiß aus den Jahren 1950-60-70.“

Uetersen – Freitag, 7. April, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End. Kirchenstraße 7: Ein fröhlicher Nachmittag mit Erwin Krüger, der auch seine Drehorgel mitbringt.

Luther und Ostpreußen

Vier Vorträge über den großen Reformator in Lüneburg

Zur Martin-Luther-Woche vom 4. bis 7. April bittet das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg. Leben, Wirken und Nachwirken des großen Reformators aus Wittenberg sollen näher beleuchtet werden. Das Besondere: Im Mittelpunkt werden dabei Bezüge zur Geschichte Ostpreußens stehen. Auch dort spielte Luthers neue Lehre eine überaus große Rolle. Markgraf Albrecht von Brandenburg, letzter Hochmeister des Deutschen Ordens, löste unter Einfluss von Luther den alten Deutschordensstaat auf, führte die Reformation ein und gründete das Herzogtum Preußen, das erste protestantische Land der Welt. Professor Andreas Lindner vom Martin-Luther-Institut der Universität Erfurt wird sich mit diesem Thema im Landesmuseum auseinandersetzten, Hier das Programm im einzelnen:

Dienstag, 4. April, 18:30 Uhr: „Martin Luther und die Reformation in Europa“ – Vortrag von Dr. Martin Treu, Wittenberg.

Mittwoch, 5. April, 18:30 Uhr: „Katharina von Bora. Nonne, Geschäftsfrau, Luthers Weib“ – Filmvorführung mit Einführung von Dr. Martin Treu, Wittenberg.

Donnerstag, 6. April, 18:30 Uhr: „Markgraf Albrecht von Brandenburg und die Einführung der Reformation in Preußen“ – Vortrag von Professor Andreas Lindner, Universität Erfurt.

Freitag, 7. April, 18:30 Uhr: „Evangelisch-Lutherisches Gemeindeleben nach dem Zweiten Weltkrieg“. Über das nördlichen Ostpreußen berichtet der Propst im Ruhestand Erhard Wolfram, Hannover. Die Vorgänge im südlichen Ostpreußen beschreibt Pastor Fryderik Tegler, Scharnebeck

Eine Anmeldung für die Martin-Luther-Woche wird erbeten unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-lg.de. Der Eintritt ist frei



Von Wittenberg aus auch Ostpreußen im Blick: Martin Luther (Holzschnitt von 1520)

Mutwillig zerstört

Zu: Berlin führt nicht (Nr. 11)

Mit dem simplen Satz „das Volk ist jeder, der hier lebt" einer älteren Dame, die unglücklicherweise die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin besitzt, wurde das Volk abgewickelt. Frau Merkels Reagieren hat mit der Politik der Ur-CDU kaum noch etwas gemein. Ein Vergleich mit dem ersten Kanzler stellt es unter Beweis. Erinnert sei an Adenauers ersten Staatsbesuch in Israel, der fast mit einem Eklat endete und bei dem die Israelis schließlich klein beigegeben haben. Und Frau Merkel? Sie erklärt die Sicherheit Israels zur Staaträson, was uns bis heute etliche Milliarden gekostet hat und uns lehrt, dass Merkel aus der jüngsten Vergangenheit nichts gelernt hat.

Gelernt hat sie zu SED-Zeiten einiges, was sie schließlich die Weiche auf die politische Schiene der Grünen stellen ließ. Erinnert sei an die Flaggengeschichte, als sie eine ihr überreichte deutsche Flagge nicht schnell genug wieder loswerden konnte und diese geschwind weiterreichte. Sie scheute sich vor der Flagge wie der Teufel vor dem Weihwasser.

Merkel hat dieses Land an die Wand gefahren. Die auseinanderfallenden Teile werden auf dem Schrotthaufen der Geschichte der Vergessenheit anheimgegeben. Ich bin davon überzeugt, dass in ferner Zukunft unsere Nachfahren einmal sagen werden, dass es im Herzen Europas einmal ein hervorragendes Volk gegeben hat, das mutwillig zerstört wurde. Beständе de doch die Möglichkeit, es mit bloßen Händen wieder ausgraben zu können.

Gebhard Knull, Buxtehude

Von Erdogan wie ein Tanzbär am Nasenring vorgeführt

Zu: Berlin führt nicht (Nr. 11)

Die Bundesregierung hat sich mit dem Flüchtlings-Abkommen in eine völlige Abhängigkeit von Erdogans Staat begeben. Sie kneift, wenn es um den Besuch von Bundestagsabgeordneten auf dem NATO-Stützpunkt in Incirlik geht, obwohl dort unsere Bundeswehrsoldaten ihren Dienst in der NATO versehen, zu der immer noch die Türkei gehört. Und Sie reagiert halbherzig, selbst wenn türkische Politiker die Bundesrepublik als Nazis verunglimpfen, und überlässt es den lokalen Behörden, die Wahlkampfauftritte türkischer Politiker in Deutschland zu unterbinden.

Ein Skandal ist jedoch, dass die Kanzlerin und ihre Regierung sogar unseren EU-Verbündeten und NATO-Partner Niederlande im Regen stehen lassen, die die Einreise türkischer Politiker zu Wahlkampfauftritten in ihrem Land erfolgreich verhinderten und dazu auch Deutschland vergeblich um Mithilfe baten. An diesem Verhalten der Holländer sollte sich Frau Merkel ein Beispiel nehmen!

Es ist einfach nur noch peinlich, dass sich deutsche Politiker wie die Tanzbären am Nasenring von Erdogan vorführen lassen, und leider protestiert auch kein Bundestagsabgeordneter gegen diesen Skandal. Wohin treibt uns diese Regierung noch? Haben wir so wenig eigene Souveränität?

Ein notwendiger erster Schritt wäre, alle gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich alle in Deutschland lebenden Deutschtürken für eine Staatsbürgerschaft entscheiden, denn man kann nicht Diener zweier Herren sein, das beweist die gegenwärtige Politik Erdogans in unserem Land.

Claus Hörrmann, Neustadt i. Sachsen



Kennt sich offensichtlich mit Nazi-Methoden gut aus: Der türkische Ministerpräsident Erdogan provoziert die Europäer bewusst mit üblen historischen Vergleichen aus Diktaturen

Bild: action press

Rumpelstilzchen

Zu: Wenig, aber oho (Nr. 7)

Ach, wie gut, dass jeder weiß, dass er Rumpelstilzchen heißt. Ja, wenn es wirklich so endet wie im Märchen, dann wäre alles gut.

So wie es aber aussieht, möchte er nicht nur das Königskind für sich, sondern er trachtet nach mehr. Alle, die da abgehängt und vernachlässigt sind, möchte er durch Tricks und leere Versprechungen an sich binden, denn jede Stimme zählt. Die Masse macht's, und so denkt er, die Königskrone für sich zu gewinnen. Irgendwann und hoffentlich rechtzeitig wird auch der letzte Untertan erkennen, was er wirklich will und wie er heißt. Nicht Hinz, nicht Kunz, sondern Rumpelstilzchen-Schulz.

Billige Versprechen und Wahlgeschenke dieser Art sind nicht nötig. Davon hat Deutschland schon genug – und genug ist genug.

Wilhelm Jäkel, Damme

Vergebliche Tortur

Zu: Vereint in die Irre (Nr. 12)

Ich frage mich jeden Tag aufs Neue, warum ich in der DDR die Tortur, einschließlich Berufsverbot und sechs Jahren Wartezeit auf die Ausreise mit allen Mielke-Zärtlichkeiten, auf mich genommen habe. Bin ich, außer Malle, Golf sofort, Haribo und Hilfiger, nicht wieder da, wo ich einst her kam? Elf Minuten klatschen bei schwarz und 100 Prozent bei Martin Schulz' Wahl? Mann o Mann, was ist aus uns nur geworden?

Günter Schaumburg, Bad Vilbel

Europa muss Erdogan die Grenzen aufzeigen

Zu: Deutschland als Beute (Nr. 10)

Hallo Deutschland! Wir sind Nazis und Faschisten. Warum erst jetzt die Aufregung darüber, was ein Türke über uns sagt? Nur weil das jetzt einer namens Erdogan sagt? Solche Äußerungen wurden vor 15 Jahren schon von einer großen Anzahl von Türken gemacht, die in Deutschland lebten. Es gab keine Reaktion. Es wird heute im Zusammenhang mit dem, was in den letzten Tagen geschehen ist, von „klarer Kante" oder „roter Linie" gesprochen. Beides wäre bereits vor über 50 Jahren notwendig gewesen.

Deutschland hat alles getan, damit es den Türken gut geht. Es wurden schon damals unseren Gastarbeitern mehr Rechte zugestanden. Pflichten gab es nicht. Dieses Wort war den Türken unbekannt. So ist das bis heute. Nur heute sind es nicht nur die Türken, sondern die Moslems insgesamt.

Vor 15 Jahren wurden wir von vielen Türken in Deutschland schon als „Scheiß Deutsche" oder „Scheiß Christen" bezeichnet. Null Reaktion. Warum sind die Türken, die Moslems, noch immer bei diesen verhassten Deutschen und Christen? Keiner hat mir diese Frage bisher zufriedenstellend beantworten können.

Es wird doch keiner gezwungen, in Deutschland zu leben. Bleiben also zwei Vermutungen: Es ist erstens die gigantische soziale Hängematte. Die meisten gehen keiner offiziellen Beschäftigung nach und leben trotzdem so gut, dass sie Autos fahren, die sich trotz regelmäßiger Arbeit viele Deutsche nicht leisten können. Oder es ist zweitens die Verbreitung des Islam. Und mit dieser Verbreitung beginnt man in Deutschland. Wo sonst?

Der Imam Abu Talal sagte: „Der Terrorismus gegen die Feinde Gottes ist für unsere Religion eine Pflicht. Unser Islam ist eine Religion der Gewalt." Und Muhammad Taqi Usmani, ein bedeutender muslimischer Religionsgelehrter, sagte: „Muslime sollen sich in westlichen Staaten friedlich verhalten, bis sie stark genug sind für den Dschihad."

1974 hielt der algerische Staatspräsident Houari Boumedienne eine bemerkenswerte Rede mit folgender Passage: „Eines Tages werden Millionen Menschen die südliche Hemisphäre verlassen, um in der nördlichen Hemisphäre einzufallen. Und gewiss nicht als Freunde. Denn sie werden als Eroberer kommen. Und sie werden sie erobern, indem sie sie mit ihren Kindern bevölkern. Der Bauch unserer Frauen wird uns den Sieg schenken."

Gespräche mit den Türken zu suchen, ist wichtig. Aber Erdogan müssen auch die Grenzen des Spielfeldes aufgezeigt werden. Es ist jedoch nicht nur Deutschland gefragt. Wo ist das Europa, welches endlich mit einer Stimme spricht?

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Kuren in salzhaltiger Luft

In vielen Kurorten erleben Gradierwerke eine Wiedergeburt – Erste Gradiertherme jetzt auch in Brandenburg

Meeresluft gibt es nicht nur an der See: Wohltuende Salz-Aerosole lassen sich auch an Gradierwerken einatmen. Brandenburgs erstes steht in Bad Wilsnack, eines der neuesten in Bad Mergentheim.

Spätestens im April beginnt wieder die Saison der Gradierwerke, dieser jahrhundertealten Solezerstäuber. Von ihren gewaltigen Heckenwänden, an denen das Salzwasser herabrieselt, dringen Salzpartikel tief in die Lunge ein und säubern sie von Feinstaub und Giftstoffen. Vor allem Menschen mit Bronchien- und Atemwegserkrankungen, Pollenallergiker und Asthmatiker finden dadurch Linderung und Heilung.

Ursprünglich dienten Gradierwerke zur Erhöhung des Salzgehalts in der Sole. Dazu ließ man diese mehrmals durch das Reisig fließen. Durch die natürliche Verdunstung steigerte sich der Salzgehalt zum Beispiel von zwei auf 20 Prozent. Als Nebeneffekt lagerten sich Verunreinigungen an den Dornen ab, wodurch das Salz zusätzlich an Qualität gewann. Danach wurde die angereicherte Sole in Siedepfannen so lange erhitzt, bis sie verdunstete und das Salz vollständig auskristallisierte.

Als Teil der Saline haben Gradierwerke heute ausgedient. Als Heilmittel aber feiern sie ein Comeback, vor allem in Kurorten mit Solebädern. Das Salinental zwischen Bad Kreuznach und Bad Münster am Stein in Rheinland-Pfalz mit seinen zehn mächtigen Gradierwerken auf insgesamt 1100 Metern Länge, jedes mit einer Höhe von neun Metern, gilt als Europas größtes Freiluftinhalatorium. Ab 1732 wurde im Nahetal Salz gewonnen. Doch hätte der Arzt Johann Peter Prieger nicht 1817 auch die Heilkraft der Salzquellen entdeckt und genutzt, gäbe es dieses beeindruckende Denkmal der Salzproduktion längst nicht mehr.

Europas größtes zusammenhängendes Gradierwerk mit über 636 Metern Länge und zwölf Meter Höhe steht in Bad Dürrenberg in Sachsen-Anhalt direkt am Ufer der Saale. Von den ehemals fünf Gradierwerken mit einer Gesamtlänge von 1821 Metern sind heute noch die Gradierwerke I bis III mit ihren Verbindungsbauten im Bereich des Kurparks ganz beziehungsweise teilweise erhalten.

Seit seiner Anlage im Jahr 1763 war Dürrenberg neben dem hessischen Nauheim in Europa richtungsweisend in der Salinentechnik. Ab 1815 preußisch, entwickelte sich die Saline in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Schönebeck an der Elbe und Egestorffshall bei Hannover zur drittgrößten Saline Deutschlands. Sie konnte bis 1963 bestehen.

Daneben entstand ab 1846 ein bedeutender Kur- und Bäderbetrieb. Auch er wurde um 1963 eingestellt. Erst die politische „Wende“ bot die Chance, sich wieder als Erholungsort zu etablieren. Ab 2000 wurden in Dürrenberg neue Solebohrungen durchgeführt, ein Trinkbrunnen errichtet, das Gradierwerk und der Kurpark saniert sowie das heutige Sole-Spa eröffnet, ein in Mitteldeutschland in seiner Art einzigartiger Wohlfühl- und Gesundheitstempel. Damit darf sich das 12 700-Einwohner-Städtchen seit 2008 wieder „staatlich anerkannter Erholungsort mit staatlich anerkannter Heilquelle“ nennen.



Wohlfühloase mitten in der Prignitz: Thermalsole von Bad Wilsnack Bilder (2): Kristalltherme Bad Wilsnack

In Bad Nauheim erwarten insgesamt fünf Gradierbauten mit einer Gesamtlänge von 650 Metern sich nach Salzluft sehnende Besucher. In ihrer Blütezeit verfügte die Stadt sogar über 23 davon. Besonders intensiv ist die Wirkung am Gradierbau I, wo ein Kompressor die Sole in der 40 Quadratmeter großen Kammer des Inhalatoriums zusätzlich vernebelt und die Aerosole tief in die feinsten Verästelungen der Bronchien eindringen lässt.

Schon die Kelten nutzten Bad Nauheims Solequellen. Über das Salzsieden auf keltische Weise informiert, ebenfalls am Gradierbau I, heute der archäologische Keltenpavillon. Die spätere Salzproduktion wird erstmals 1266 erwähnt. Ein erstes Gradierwerk war, wie im 16./17. Jahrhundert üblich, mit Stroh und Schilf bestückt. Im 18. Jahrhundert ersetzte wie andernorts auch die Dorngradierung das schnell faulende und die Sole verunreinigende Stroh.

Besonders elegant ist der neue Gradierpavillon im baden-württembergischen Bad Mergentheim, der dank des Solewassers der Paulsquelle seit einem Jahr im Taubertal für wohltuenden Nebel sorgt. Man kann zwischen zwei Aufenthaltsorten – jeweils mit Sitzmöglichkeiten – wählen, wobei der Salzgehalt der Luft im Inneren deutlich höher ist als im überdachten Außenbereich. Der Pavillon fügt sich harmonisch in den 170 000 Quadratmeter großen Kurpark ein, der mit rund 1000 Baumriesen und mehr als 30 000 Sommer- und Herbstpflanzen auf Schritt und Tritt die Sinne entspannt.



Gradierwerk von Bad Wilsnack

Brandenburgs erstes Gradierwerk entstand in Bad Wilsnack in der Prignitz mit der Eröffnung seiner Kristall Kur- und Gradiertherme im Jahr 2000. Die 55 Meter lange Gradieranlage hat eine Reisighöhe von 7,5 Metern. Seit 1907 Moorbadeanstalt, kam 1996 Thermalsole als Heilmittel dazu. Seit 2003 ist Bad Wilsnack daher als „Thermalsole- und Moorheilbad“ staatlich anerkannt. Die Thermalsole wird aus einer Tiefe von 1018 Metern gefördert. Innen- und Außensee haben hier einen Salzgehalt von 24 Prozent

Sole findet sich vielerorts. Man muss nur tief genug bohren. Auch in Burg im Spreewald stieß man in 1350 Metern Tiefe auf das kostbare Nass mit einer Quelltemperatur von 31 Grad und einem Salzgehalt von stolzen 23,9 Prozent. Das Tote Meer hat 28 Prozent. Schon ab 1,4 Prozent Salzgehalt besteht Heilwirkung. 2005 eröffnete die Spreewald Therme: Gesundheit und Erholung auf über 30 000 Quadratmetern. Seitdem ist Burg ein staatlich anerkannter Ort mit Heilquellenkurbetrieb. Acht der zehn Wasserbecken werden in verdünnter Form aus den Natursolequellen gespeist. In einem speziellen Inhalationsraum tropft die Sole auf Schwarzdornreisigbündel und verdunstet.

Bad Belzig am Rande des Hohen Flämings ist seit 2009 jüngstes deutsches Thermalsole-Heilbad. 2010 erhielt die Stadt das Prädikat „Bad“. Die 1996 erschlossene jodhaltige Thermalsole mit einem Salzgehalt von etwa 20 Prozent und einer Temperatur von 30 Grad sprudelt hier aus 775 Meter Tiefe herauf und speist die Badebecken der Steintherme. Mit der 42 Grad warmen Gradiersauna verzichtet auch Bad Belzig nicht auf sein „Gradierwerk“. Klein, aber fein. *Helga Schnehagen*

Wandertour zu Triester Literaten

Triest ist keine Stadt, die sich einem gleich an den Hals wirft. Es ist eher Liebe auf den zweiten Blick. Dafür haben bedeutende Autoren die Stadt am nordöstlichen Teil der Adria sehr geschätzt. Der irische Autor James Joyce, der hier viele Jahre an seinem „Ulysses“ feilte, schloss in Triest Freundschaft mit seinem von dort stammenden Kollegen Italo Svevo. Und Rainer Maria Rilke schuf im nahen Schloss Duino seine „Duineser Elegien“. Heute prägen Autoren wie Claudio Magris oder Krimischöpfer Veit Heinichen mit seinem in Triest ermittelnden Commissario Laurenti das literarische Leben der Stadt.

Der Wanderreiseveranstalter Mediterrana Tours bietet mit seiner Wanderreise „Triest und der Karst“ die Möglichkeit, die Stadt und die Karstregion zu Fuß zu erkunden und dabei auch auf den Spuren der Literaten zu wandeln. In der Stadt zwischen Karstgebirge und Meer vermischen sich italienische, slawische und österreichische Wurzeln zu einer harmonischen Einheit. Die wechselvolle Geschichte der Region an der Adria hat im Stadtbild Spuren hinterlassen, die es zu entdecken gilt. Fast 500 Jahre gehörte die Stadt zur Habsburger-Monarchie. Dieses Erbe kann man ideal in einem der Kaffeehäuser erleben. Die Kaffeehaustradition ist neben dem Hafen als Umschlagplatz für Kaffee einer der Gründe, warum Triest heute als die europäische Hauptstadt des Kaffees gilt. Reiseinfos kann man unter www.mediterranatours.de oder Telefon (0351) 8108758 anfordern. *tws*

Andere Länder – andere Ostersitten

Semana Santa in Spanien, Tsoureki in Griechenland und leere Straußeneier in Äthiopien

Bald geht die Ostereiersuche wieder los. Sind die Kinder aber erst einmal flügge geworden, verliert dieser Osterbrauch seinen Reiz. Da wird es also Zeit, nach Alternativen zum Beispiel im Ausland zu suchen. Andere Länder, andere Sitten – und andere Osterfeierlichkeiten, die es zu entdecken gilt.

In Spanien wird die Semana Santa, also die „Heilige Woche“, die hierzulande „Karwoche“ heißt, ganz anders begangen. Zu erleben ist das beispielsweise auf einer Reise nach Bilbao, das im Baskenland als Metropole des kulinarischen als auch kulturellen Genusses gilt. So bietet der Reiseveranstalter Dr. Tigges zu Ostern eine zehntägige Studienreise durch den historischen Norden Spaniens an. Nach einem Bummel durch die Altstadt und dem Besuch der Kathedrale geht es in das Viertel Siete Calles, wo man kleine Pintxos (Fingerfood-Spieße) verkosten kann. Im ältesten Nationalpark Spaniens kann man dann in einem kleinen Dorf inmitten eindrucksvoller Gebirgslandschaften eine Kirche im mozarabischen Stil besuchen. Feierlich endet die Reise mit der Semana Santa: Fast eine ganze Woche lang wird das Osterfest mit Prozessionen und anderen Feierlichkeiten vorbereitet. Dabei besteht auch die Möglichkeit, die bunten Festzüge zu verfolgen.

Wer sich für eine Reise durch Griechenland entscheidet, der sollte es nicht verpassen, das berühmte Tsoureki, ein mit roten Eiern geschmücktes Osterbrot, zu probieren. Kaum eine andere Zeit wird in Hellas so intensiv gefeiert wie das orthodoxe Ostern. So sind geführte Ausflüge und Stadtaufenthalte oft von verschiedensten Zeremonien begleitet. Der Veranstalter Gebeco bietet zum Beispiel eine 15-tägige Osterreise an, die mit einem Blick in die Vergangenheit beginnt, wenn die Gäste die



Wer zu Ostern in Griechenland weilt, sollte keinesfalls einen Besuch der Metéora-Klöster versäumen Bild: Gebeco

archäologische Stätte in Korinth besuchen. In Epidauros lernt man im Heiligtum des Asklepeios, des Schutzgottes der Medizin, einiges über traditionelle Heilkunst. Weiter geht es nach Mykene, wo ein Spaziergang durch den einst mächtigen Stadtstaat vorbei am Löwentor zum Schatzhaus des Atreus führt und wo man den Sagen von Agamemnon und der schönen Helena lauschen kann.

Der Weg von Sparta nach Mani dauert etwas länger: Entlang der Route lädt eine Weinkellerei ein, den einen oder anderen Tropfen zu probieren. Weiter geht es nach Olympia. Den Ausgrabungsstätten des Stadions, der Thermen, des Gymnasiums und des Tempels des Zeus sollte man sich einen ganzen Reisetag widmen, damit es sich lohnt.

Beim Besuch einer Olivenmühle erlebt man bei einer Verkostung von Öl und Brot die uralte Tradition der Öl-Herstellung. Einen Ausgleich zum Kulturprogramm bietet auch eine Wanderung durch die Schlucht des Flusses Enipeas, wo neben Panoramaausblicken auch Geschichten über den antiken Flussgott Enipeus auf einen warten. Auf einer geführten Reise besteht die Möglichkeit, in einem Nonnenkloster, welches für den naturnahen Anbau von Obst und Gemüse sowie für die artgerechte Haltung von Nutztieren bekannt ist, ein Mittagessen zu sich zu nehmen. Die Route führt weiter über Delphi und endet in Athen mit einem Besuch der Akropolis und des Nationalmuseums.

Wer zu Ostern noch weiter weg möchte, für den empfiehlt sich eine Reise nach Äthiopien, wo das koptische Christentum eine lange Tradition hat. Auf den Dächern der Kirchen wartet eine Überraschung auf einen: Die großen Kreuze sind mit leeren Straußeneiern geschmückt. Allerdings handelt es sich bei den Eiern nicht um den jährlichen Osterschmuck, sie gelten als christliches Schutzsymbol, das auf die Barmherzigkeit Gottes verweist.

Dennoch bleiben die Osterfeierlichkeiten nicht aus: Am Karfreitag strömen Gläubige aus der ganzen Region zur Marienkirche von Addis Abeba, um dort mit Tänzen und Gesang den Feiertag nach altem Ritual zu zelebrieren. Auch in Lalibela kommt man der religiösen Geschichte des Landes ganz nah, denn hier befinden sich die einzigartigen Felsenkirchen, die einst aus dem blanken Fels gehauen wurden. Mit Recht zählen diese Heiligtümer der äthiopischen-orthodoxen Kirche zum UNESCO-Welterbe. *H. Tews*

Infos zu den Osterreisen unter: www.gebeco.de/reisen oder Telefon (0 431) 54460

Unterhaltung auf Kreuzfahrt-Flotte

Die Kreuzfahrtflotte von „Mein Schiff“ lässt ihre Gäste in diesem Jahr von hochkarätigen Stars unterhalten. So soll Schlagersängerin Vicky Leandros auf der Reise „Rund um Westeuropa I“ vom 17. bis 29. August auf „Mein Schiff 1“ für Stimmung sorgen. Auf demselben Schiff liest schon vom 6. bis 23. April auf der Reise „Dubai trifft Valletta“ Bestsellerautorin Hera Lind aus ihren Romanen. Ganz klassisch geht es hingegen zu auf „Mein Schiff 4“. Auf der Reise „Norwegen Spitzbergen II“, die vom 24. Juli bis 7. August verläuft, führt die Violinistin und Sängerin Franziska Wiese ihre „Sinfonie der Träume“ auf. Daneben wird der Liedermacher André Stade sein Album „Im Leben“ vorstellen. Ebenfalls auf „Mein Schiff 4“ soll das Duo Klaus & Klaus auf der Reise „Westeuropa mit Bilbao“ (7. bis 19. Juni) für Partystimmung sorgen. Die vier Hamburger Jungs „The Rattles“ sind vom 14. bis 28. Juni auf der Route „Nordland Spitzbergen I“ Gäste von „Mein Schiff 3“, wo sie nach ihrem 50. Bandjubiläum es rocken lassen wollen. Auf der Reise „Mallorca trifft Bremerhaven II“ soll es vom 11. bis 20. Mai mit dem Quatsch Comedy Club 70 Minuten Spaß ohne Pause für Gäste der „Mein Schiff 4“ geben. Mit von der Parie sind die Komödianten Horst Fyrguth, Stefan Danziger, Bademeister Schaluppke sowie der Comedy-Kapitän und Moderator Sebastian Schnoy. Weitere Informationen zu allen Gastkünstlern im Internet unter: www.tuicruises.com/kreuzfahrten-mein-schiff/events *tws*

Medien-Inszenierungen

Udo Ulfkottes letztes Buch weist in die richtige Richtung

Volkspädagogen – Wie uns die Massenmedien politisch korrekt erziehen wollen", heißt das letzte von Udo Ulfkotte verfasste Buch, das weite Verbreitung verdient, weil es die Problematik um das Schlagwort von der sogenannten „Lügenpresse" kenntnisreich beleuchtet. Es ist insofern auch sein letztes Werk, als der Autor, früher langjähriger Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" („FAZ"), überraschend Anfang des Jahres verstarb. Ulfkotte veröffentlichte in den letzten Jahren eine Reihe von kritischen Büchern, die sich mit den von unseren Leitmedien tabuisierten oder einseitig behandelten Themen befassen: Von der großenteils illegalen Masseneinwanderung über die ausufernde Kriminalität bis hin zur fortschreitenden Islamisierung in Deutschland und Europa.

Beim Kampfbegriff „Lügenpresse" handelt es sich zwar um eine Überzeichnung, die jedoch in ihrer Funktion eines „Weckrufes" zulässig erscheint, weil sie auf gravierende Mißstände im Kommunikationsbereich hinweist: Bei seiner Kritik an Meinungsmanipulationen durch Medien geht es dem Autor nicht primär um abstruse Verschwörungstheorien und um plumpe Täuschung durch Lügen, gemeint ist vielmehr die viel subtilere und kaum erkennbare Lenkung der öffentlichen Meinung durch Auswahl, Gewichtung sowie Art und Weise der Darstellung von Informationen. Dies ist für ihn das eigentliche Problem, das er durch eine Fülle von Manipulations-Belegen bei den Leitorganen unserer – überwiegend stramm links ausgerichteten – Mainstream-Medien untermauert.

„Wir alle leben in der Illusion, die auch von den Medien noch zusätzlich genährt wird, dass die Massenmedien uns ein Fenster zur Welt öffnen. Das ist aber absolut nicht der Fall", zitiert Ulfkotte den Politikwissenschaftler Thomas Meyer zustimmend, bei dem es weiter heißt: „Das ist eine große Täuschung. Die Medien bereiten eine Bühne, auf der sie ihre eigenen Stücke vorführen. Allerdings sagen sie uns das nicht". Doch mittlerweile wenden sich immer mehr Bürger von den traditionellen Medien ab, die Verkaufs-Auflagen der überregionalen Tageszeitungen brechen dramatisch ein, offenbar weil Leser das „Spiel auf der Bühne" einer in die Irre führenden politischen Korrektheit durchschaut haben. Der Vertrauensverlust hat insbesondere seit der von Kanzlerin Angela Merkel losgetretenen „Flüchtlingskrise" dramatisch zugenommen, weil trotz einer Dauerpropaganda pro „Willkommenskultur" die Probleme bei den Menschen direkt angekommen und unübersehbar geworden sind. Wenn sich etwa Professoren im grün regierten Baden-Württemberg lauthals darüber beklagen, abends ihre Frauen nicht mehr alleine in die Stadt lassen zu können und ihre Töchter von „Nafris" (so der Polizei-Jargon für „Nordafrikanische Intensivtäter") in Badeanstalten bedrängt werden, signalisiert das einen entscheidenden Kulminationspunkt.

Die alten Deutungseliten sind mit ihrer unkritischen Befürwortung von multikultureller Bereicherung stark angeschlagen. Da nützen sogar geschönte und/oder gefälschte Statistiken über eine angeblich normale (und keineswegs erhöhte) Ausländer-Kriminalität auch nicht weiter. Sie werden nicht mehr geglaubt.

Auf diese und ähnliche Vorkommnisse des gravierenden Auseinanderklaffens von Politiker- und Journalistenmeinungen auf der einen Seite sowie der realitätsorientierten Volks-Wahrnehmung auf der anderen, geht Ulfkotte mit Hunderten von quellenmäßig belegten Beispielen ein. Das vom Autor anschaulich dargestellte tägliche Desinformationsgeschehen wird im Anhang durch die Veröffentlichung eines ursprünglich für die „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" geschriebenen Beitrags des US-Historikers und Völkerrechtlers Alfred de Zayas abgerundet. Denn die Abhandlung über geschichtspolitisch so wichtige Fragen wer, was und wann über die Vernichtung der Juden im Dritten Reich wusste, erschien in der „FAZ" erst gar nicht. de Zayas vertrat in seinem Beitrag nämlich die These, dass der Völkermord wegen seines Charakters als „Staatsgeheimnis" nur den wenigsten Deutschen bekannt sein konnte. Diese Sichtweise verstieß offenbar gegen die offiziell zwar abgelehnte, aber inoffiziell weit verbreitete Kollektivschuldthese aller Deutschen an den Verbrechen des Nationalsozialismus. Insofern überrascht der Absagebrief der „FAZ" an Alfred de Zayas keineswegs.

Fazit: An der Legende von der Schuld aller Deutschen, darf eben nicht gerüttelt werden. Schließlich bestehen starke, übergeordnete Interessen daran, dass gewisse historische Deutungsmuster erhalten bleiben, auch wenn sie wissenschaftlich nicht mehr haltbar sind. *Bernd Kallina*

***Udo Ulfkotte: „Volkspädagogen – Wie uns die Massenmedien politisch korrekt erziehen wollen"**, Kopp-Verlag, Rottenburg 2016, gebunden, 272 Seiten, 19,95 Euro*

Seltene Bilder

Sonst kaum Neues über Kohl

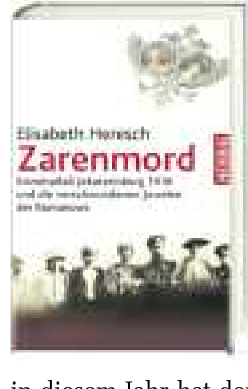
Literatur über Helmut Kohl gibt es nun wirklich zuhauf – von den über 450 000 Einträgen im Internet ganz zu schweigen. Wozu also noch ein weiteres Buch wie „Helmut Kohl und der Mantel der Geschichte" von Gernot Sittner, der den 400-Seiten-Band im Auftrag der „Süddeutschen Zeitung" herausgab? Die Antwort darauf bleibt das Werk schuldig. Denn es bietet hauptsächlich eine Zusammenstellung früherer Artikel des Blattes, das wegen seiner politischen Konformität auch spöttisch „Alpen-Prawda" genannt wird. Insofern lohnt sich die Lektüre kaum. Dahingegen ist die Bebilderung mit Fotos, von denen manche durchaus Seltenheitswert haben, schon eher ein Grund zum Blättern. Das Gleiche gilt für die eingestreuten Zitate aus dem Mund des „Riesen von Oggersheim". Hiervon drei Kostproben: „Ich möchte die Einigung Europas, weil ich es meiner Mutter versprochen habe." „Ich habe die Frage beantwortet: ich beantworte die Frage nicht." Und: „Lassen Sie mich doch ausreden, Sie Düffeldoffel da!"

Für Helmut-Kohl-Fans ist das Buch also möglicherweise eine ganz sinnvolle Anschaffung, für andere eher etwas zum flüchtigen Durchsehen. Und auf jeden Fall auch Anlass zum Nachdenken, wenn man die Stelle erreicht, wo geschildert wird, wie Angela Merkel ihren politischen Ziehvater demontierte. Mit der Protegierung dieser ehemaligen FDJ-Propaganda-Sekretärin hat Kohl seinem Land leider keinen Gefallen getan oder gar den Mantel der Geschichte zum zweiten Mal ergriffen. Vielmehr handelt es sich hier um den folgenschwersten Fehler des Politikers überhaupt, welchen die „Süddeutsche" nun ihrerseits mit einem Mantel in Verbindung bringt, nämlich dem des Schweigens. *Wolfgang Kaufmann*

***Gernot Sittner (Hg.): „Helmut Kohl und der Mantel der Geschichte"**, Süddeutsche Zeitung, München 2016, 416 Seiten, gebunden, 24,90 Euro*

Mörder und Juwelen

Was mit dem Zaren geschah



Anlässlich des 100. Jahrestags der Russischen Revolution in diesem Jahr hat der Herbig Verlag das 2009 erschienene Buch „Zarenmord" der österreichischen Slawistin und Historikerin Elisabeth Heresch neu aufgelegt.

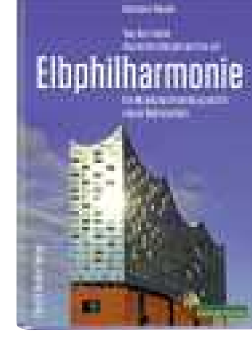
Die Autorin zieht neben den Fakten um die Ermordung der Romanows zahlreiche Dokumente aus russischen Geheimdienstarchiven heran. Die Zitate verdeutlichen die perfide Vorgehensweise der Sowjets und ihrer revolutionär indoktrinierten Rekruten.

Heresch zeichnet den bereits bekannten Weg der Zarenfamilie vom Thronverzicht des Nikolaus II. über die Inhaftierung der Familie bis zu ihrer Ermordung nach. Das Buch wird erst spannend mit der Beschreibung der Suche nach dem Grab der Zarenfamilie. Aufschlussreich sind die Tagebuchaufzeichnungen des Mörders Jakow Jurowskij, sowie die jahrzehntelangen Forschungen internationaler Wissenschaftler. Neues liefert der Verbleib der Zaren-Juwelen, mit deren Verkauf weit unter Preis sich das Sowjetregime finanzierte. Um die Herkunft zu verschleiern, zerstörten die Kommunisten die kunstvoll gefertigten Schmuckstücke und verscherbelten sie in Einzelteilen. Teile des Zarenschmucks tauchten später sogar im britischen Königshaus auf. Ein lesenswertes Buch, bei dem lediglich der ständige, inhaltlich meist nicht nachvollziehbare Tempuswechsel stört. *Manuela Rosenthal-Kappi*

***Elisabeth Heresch: „Zarenmord. Kriminalfall Jekaterinburg 1918 und die verschwundenen Juwelen der Romanows"**. Herbig Verlag, München, 2. Auflage 2017, gebunden, 255 Seiten, 9,99 Euro*

Bloß ein Etikettenschwindel

Hermann Rauhe schreibt über Musikgeschichte statt über Elbphilharmonie



In früheren Zeiten füllten Buchtitel ganze Absätze. Der Titel von Daniel Defoes berühmtestem Roman besteht aus fast 70 Worten, von denen sich „Robinson Crusoe" bis heute als gängige Bezeichnung herausgeschält haben.

Ähnlich verwirrend ist es bei dem Buch, das der frühere Präsident der Hamburger Hochschule für Musik und Theater, Hermann Rauhe, geschrieben hat. Man muss genau das Kleingedruckte im langen Titel lesen, weil man sonst auf die falsche Fährte gelockt wird. Das Schlagwort „Elbphilharmonie" sticht hervor, ergänzt durch ein Titelfoto von dem Konzerthaus, das ganz Deutschland fasziniert.

Das Ganze erweist sich aber als Etikettenschwindel. „Von der ersten deutschen Bürgeroper bis zur Elbphilharmonie. Die Musikstadt Hamburg und ihr neues Wahrzeichen" heißt der genaue, bis auf „Elbphilharmonie", kleingedruckte Titel, von dem als Schlagwort eigentlich „Musikstadt Hamburg" hervorstechen müsste. Denn es geht einzig um die Geschichte des musikalischen Lebens der Hansestadt vom Barock bis in die Neuzeit.

Autor Rauhe lenkt dabei das Augenmerk auf die berühmten Musiker, die das Musikleben der Stadt geprägt haben. Von Händel, der kurze Zeit an der Oper am Gänsemarkt gewirkt hatte, über Telemann, Carl Philipp Emanuel Bach, Mendelssohn Bartholdy, Johannes Brahms und Gustav Mahler bis hin zu modernen Tonsetzern wie Schnittke, Ligeti und Ruzicka reicht dabei der Reigen namhafter Komponisten und Dirigenten. Ergänzt wird dieser Gang durch die Musikgeschichte durch zum Teil ganzseitige Abbildungen, was den Band zu einem bunten Bilderbuch zum gelegentlichen Durchblättern degradieren lässt.

Wirklich neue Erkenntnisse kann auch Musikexperte Rauhe nicht präsentieren. Sein Buch eignet sich als Nachschlagewerk für musikbegeisterte Hamburger, und es macht Propaganda für die Stadt, die sich im Zuge der Eröffnung des neuen Konzerthauses nicht mehr nur als Weltstadt präsentieren, sondern auch werbewirksam weismachen will, dass sie schon immer eine Musikstadt gewesen sei.

Ach ja: Die Elbphilharmonie kommt auch im Buch vor. Ganz am Ende ist ihr ein Kapitel gewidmet, um das Autor Rauhe bezeichnenderweise allerdings einen Bogen macht. Geschrieben wurde das Kapitel von Tom R. Schulz, und der fungiert als Pressesprecher der Elbphilharmonie. Das Bauwerk wird dabei mit banalen Schlagwörtern wie „Gemeinsam in die Zukunft", „Vielfalt und Aktualität guter Musik" oder „Spielort für gute Musik" von seiner glänzendsten Seite gezeigt. Die Bauverzögerungen und die ins Unermessliche gestiegenen Baukosten, die im Vorfeld in der ganzen Republik für Diskussionsstoff sorgten, bleiben dabei ausgespart.

So ist dieses Buch allenfalls von Interesse für lokalpatriotisch gesinnte Musikliebhaber. Wer aber glaubt, hier etwas über die Elbphilharmonie zu erfahren, der hat das Kleingedruckte nicht gelesen. *Harald Tews*

***Hermann Rauhe, „Von der ersten deutschen Bürgeroper bis zur Elbphilharmonie. Die Musikstadt Hamburg und ihr neues Wahrzeichen"**, Ellert & Richter, Hamburg 2017, gebunden, 288 Seiten, 16,95 Euro*



Der echte Hauptmann von Köpenick

Berliner Autoren-Duo zeichnet anhand von alten Postkarten den Lebensweg des Tilsiters Wilhelm Voigt nach

Im Herbst 2016 wurde im Kassenraum des Rathauses Köpenick die Dauerausstellung „Der Hauptmann von Köpenick – Vom Sträfling zur Legende" eröffnet – am Ort des Geschehens und genau 110 Jahre später. Aus demselben Anlass veröffentlichte das Berliner Autoren-Duo Graciela Pirri und Jürgen Eberhardt eine schön bebilderte Broschüre mit dem Titel „110 Jahre der ‚Hauptmann von Köpenick'". Hier findet sich, was zur Veranschaulichung des – bis zu seinem Schelmenstück am 16. Oktober 1906 – unspektakulär missglückten Lebens des Schusters Wilhelm Voigt (1849–1922) beitragen kann.

Neben historischen, überwiegend kolorierten Postkarten sowie Fotos sind es vor allem zeitgenössische Grafiken, darunter natürlich solche, die den o-beinigen „Hauptmann von Maltzahn" alias Wilhelm Voigt, damals 57 Jahre alt, mit seiner Soldatentruppe auf dem Marsch zum Köpenicker Rathaus zeigen. Desgleichen hat man oft und gern die Festnahme des Bürgermeisters Langerhans in Begleitung seiner Gemahlin zeichnerisch dargestellt. Über diese Szenen lachten damals Millionen Menschen in aller Welt. Auch der Kaiser soll über den respektgebietenden Auftritt des kleinen Mannes in der Hauptmannsuniform vom Trödler gelacht haben.

Auf einer Karte des Deutschen Reichs sind die Städte eingetragen, die für Voigt eine Bedeutung hatten: sein Geburtsort Tilsit, Königsberg sowie Danzig, Thorn, Wismar, Erfurt und Berlin. Sonnenburg, Rawitsch, Moabit und Tegel stehen für die Jahrzehnte, die er aufgrund der harten Urteile in damaliger Zeit im Gefängnis oder Zuchthaus verbrachte. Prag, Budapest, Odessa, Riga sind weitere Stationen im Leben des heimatlos gewordenen, umherirrenden, dabei durchaus talentierten Mechanikers und Handwerkers, der es immer wieder mit dem Gesetz zu tun bekam.

Gern hätte der in schwierigen Verhältnissen aufgewachsene junge Mann beim Militär Karriere gemacht, für das er sich seit früher Kindheit lebhaft interessierte. Dieses für viele erstrebenswerte Ziel musste er abschreiben, nachdem er in Königsberg als Jugendlicher, angeblich wegen Bettelei, eine Vorstrafe erhalten hatte.

In Berlin beging er wenig später erstmals Urkundenfälschungen und verschwand zum ersten Mal für viele Jahre hinter Gittern. Zuletzt erhielt er im August 1906 wegen seiner zahlreichen Vorstrafen ein polizeiliches Aufenthaltsverbot für den Großraum Berlin, nachdem er kurz vorher bereits aus dem Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin ausgewiesen worden war. Danach reifte in ihm der Plan seiner Köpenickiade, wie er in seiner 1909 veröffentlichten Autobiografie mit dem Titel „Wie ich Hauptmann von Köpenick wurde" bekundete. Er beteuerte, dass er sich im Rathaus von Köpenick lediglich ein Passformular habe verschaffen wollen. Allerdings spricht vieles dafür, dass er nicht nur auf das militärische Abenteuer spekulierte, sondern auch auf den Inhalt der Stadtkasse.

In der Broschüre ist ein Foto des alten Wilhelm Voigt aus seinem „zweiten Leben" nach der Haftentlassung im Jahr 1908 abgebildet. Es zeigt ihn in guter, bürgerlicher Kleidung und mit zufriedener Miene. Aus seiner Popularität hatte er Kapital schlagen können. 1910 siedelte er nach Luxemburg über, wo er bis zu seinem Tod lebte. Am Eingang des Rathauses von Köpenick erinnert ein Denkmal an den falschen Hauptmann und seinen dreisten Coup.

Einige Rechtschreibfehler im Begleittext der Broschüre sind zu beanstanden. *D. Jestrzemski*

***Graciela Pirri und Jürgen Eberhardt (Hg.): „110 Jahre der ‚Hauptmann von Köpenick'. Wilhelm Voigt aus Tilsit"**, Sonderveröffentlichung von Weltweitwerbung UG, Berlin 2016, Gegen Einsendung des Portos (1,45 Euro) wird eine kleinere Stückzahl von kostenlosen Exemplaren versandt. Weltweitwerbung UG, Mellenseestraße 10, 10319 Berlin*

MELDUNGEN

1000 »Manager« für Asylsucher

Stuttgart – Baden-Württemberg stellt 1000 hauptamtliche „Integrations-Manager“ zur besseren Betreuung von Asylsuchern mit Bleibeperspektive ein. Wie die „Südwest Presse“ meldet, kosten die „Manager“ für 2017 und 2018 insgesamt 320 Millionen Euro. Die neuen Kräfte sollen für jeden Asylsucher einen individuellen Integrationsplan erarbeiten, sie zudem am Wohnungsmarkt, im Arbeitsleben und beim Spracherwerb unterstützen. *H.H.*

»Islam schreit nach Gewalt«

Zürich – Der bekannte Islam-Kritiker Hamed Abdel-Samad hat der Behauptung widersprochen, dass „islamistische“ Gewalt einen Missbrauch des Islam darstelle. Stattdessen sei sie ein „Gebrauch“ dieser Religion, die förmlich nach Gewalt schreie, so Abdel-Samad gegenüber der „Neuen Zürcher Zeitung“. Der Koran beinhalte 25 Tötungsbefehle, erläutert der in Deutschland lebende Sohn eines ägyptischen Imams. *H.H.*

ZUR PERSON

Moskaus neuer Staatsfeind Nr. 1

Er ist ein charismatischer Redner, der die Menschen in verständlicher Sprache und mit Witz erreicht. Übers Internet verbreitet er Filme über seine politischen Gegner, in denen er ihre Schwächen aufdeckt. Der russische Oppositionspolitiker und Blogger **Alexej Nawalnyj** hebt sich nicht nur äußerlich von der politischen Spitze des Landes ab. Der 40-jährige Jurist lässt sich auch nicht von seinem Kurs abbringen, korrupte Kreml-Politiker zu entlarven.

Am vergangenen Sonntag ist es ihm gelungen, über 60 000 Menschen, vor allem Schüler und Studenten, landesweit auf die Straße zu locken. Damit hatten die Regierenden offenbar nicht gerechnet und reagierten überstürzt mit Massenverhaftungen. Auch Nawalnyj selbst wurde festgesetzt und im Eilverfahren zu 15 Tagen Haft und einer Geldstrafe von umgerechnet 323 Euro verurteilt. Auslöser für die aktuellen Proteste war ein Anfang März veröffentlichtes Video über ein Immobilienimperium in Russland und Italien, das von Premierminister Dmitrij Medwedjew über Stiftungen und Vertrauensleute im Ausland kontrolliert werden soll. Das Video wurde in Windeseile knapp 13 Millionen mal auf Youtube angesehen.



Nawalnyj findet vor allem bei Jugendlichen Gehör, deren Medium das Internet ist und die den staatlich kontrollierten TV-Sendern und Zeitungen nicht mehr glauben wollen. Da der Blogger angekündigt hat, 2018 gegen Putin antreten zu wollen, stilisiert das öffentliche Fernsehen ihn zu einem Verräter. Damit hat Nawalnyj den ermordeten Boris Nemzow als Staatsfeind Nr. 1 abgelöst. Da sein Verfahren ähnlich wie das des Ex-Ölmilliardärs Boris Chodorkowskij als politisch motiviert gilt, muss Nawalnyj damit rechnen, seine fünfjährige Haftstrafe doch noch antreten zu müssen. Vielleicht wird er auch zur Wahl nicht zugelassen. *MRK*



Im Nebel

Warum die Vernunft erst hervorgeprügelt werden muss, wieso Rechnen unmoralisch ist, und was uns Venezuela voraus hat / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Auf die wirklich interessanten Fragen kriegen wir ja sowieso keine Antwort. Etwa auf diese hier: Sind die Menschen im Kern eigentlich vernünftig oder sind wir allesamt Knalltüten, die bloß zufällig mal was richtig machen?

Für beides gibt's Hinweise. Der Volksmund, sonst so treffsicher und klar, lässt uns hier allerdings im Regen stehen: „Aus Schaden wird man klug“, heißt es dort. Und was sagt das? Klugheit kommt von Vernunft, also sind wir irgendwie auch vernünftig. Nur dass wir erst mal ordentlich durchgeprügelt werden müssen, bis sich jene Vernunft gegen die Knalltüte in uns durchsetzt.

Wie so etwas in der Praxis abläuft, können wir am anderen Ende des Atlantiks besichtigen. Die Bürger Venezuelas haben ihre Tracht Prügel nämlich ausgiebig bezogen. 1998 hatten sie erstmals den Marxisten Hugo Chávez zum Präsidenten gewählt, und danach immer wieder, bis er 2013 starb. Seitdem sitzt Chávez' Parteifreund Nicolás Maduro auf dem Sessel.

Die Erfolgsbilanz der langen roten Herrschaft kann sich sehen lassen. Von Nahrungsmitteln bis zu Toilettenpapier ist schon seit Jahren alles knapp oder gar nicht mehr zu haben. Nun kam eine Meldung, die die Grenze von der Wirklichkeit zur Satire zu überschreiten scheint: Venezuela, dem Land mit den größten Erdölreserven der Welt, mehr als Saudi-Arabien oder die Emirate, geht das Benzin aus! Wie „ntv“ berichtet, gibt es seit Tagen an nur noch 90 von insgesamt 290 Tankstellen der Hauptstadt Caracas Treibstoff zu kaufen, dort bilden sich lange Schlangen.

Wie es so weit kommen konnte, ist schnell erzählt: Nach der Machtübernahme besetzte Chávez gut dotierte Posten nicht mehr nach Befähigung, sondern danach, ob der Kandidat ein verdienter Genosse war oder zur weitläufigen Verwandtschaft des Präsidenten zählte. So gelangte eine Niete nach der anderen an die Spitze der Staatsbetriebe, so auch an die der staatlichen Ölgesellschaft.

Eine Weile ging das (wegen der Leistungen der Vorgänger) noch gut, dann jedoch sackte eins nach dem anderen in sich zusammen. Heute ist das Ende der Fahnenstange erreicht.

Mittlerweile haben die Venezolaner die Lust verloren am roten Desaster. Zu den jüngsten Parlamentswahlen im Dezember 2015 war der Schadensschmerz heftig genug geworden, dass er die Klugheit der Wähler aufwecken konnte: Sie haben die Sozialisten in die Opposition gejagt. Nur leider ist der Präsident noch da, und der regiert nun mit einer Art von Notverordnungen übers Parlament hinweg, wodurch die Schussfahrt vorerst weitergeht.

Wie kam das Land bloß auf den roten Abweg? Vor 1998 hatte Venezuela zwar auch schon heftige Krisen durchlitten, dennoch galt es als eines der wirtschaftlich stärksten Länder des Kontinents mit einer überdurchschnittlich großen Mittelschicht.

> Sie geben wirklich alles: Es muss doch kaputtzukriegen sein, dieses Land!

Aber es ging eben nicht „gerecht“ genug zu, darin waren sich die Sozialisten mit der Mehrheit der Wähler 1998 einig. Nach dem roten Machtantritt wurde durchgegriffen: Staatliche Kaufhallen boten fortan stark subventionierte Lebensmittel an, toll für die Armen, die sich ab sofort viel mehr leisten konnten!

Nicht so toll für die Bauern, die einer nach dem anderen aufgeben mussten, weil sie mit ihren Marktständen gegen die Dumping-Preise der Kaufhallen nicht ankamen. So ging das weiter von Produktionszweig zu Produktionszweig, bis irgendwann so gut wie gar nichts mehr hergestellt wurde in Venezuela. Die Weltöffentlichkeit lachte 2013 herzlich über die Klopapier-Krise in dem sozialistischen Land.

Na ja, immerhin haben's die Venezolaner begriffen und werden den Maduro sicher auch noch vom Hals bekommen. Danach können sie sich dann ganz langsam aus der selbstgebuddelten Grube herausarbeiten.

Auf dem Weg nach oben könnte ihnen ein Volk begegnen, das gerade in der entgegengesetzten Richtung unterwegs ist: die Deutschen. Die haben erst ihre hervorragende Währung ohne Not weggegeben, dann ihre weltweit beneidete Stromversorgung per „Energiewende“ auf Flatterstrom runtergewirtschaftet und beteiligen sich eifrigst an der Hatz auf die glänzendste Autoindustrie, die die Menschheit je sah – ihre eigene. Gleichzeitig fahren sie ihr Bildungssystem an die Wand, das auch mal Weltspitze war, „gendern“ sich um den Verstand, lassen ihre Infrastruktur verkommen und laden sich nebenbei noch Millionen minderqualifizierte, religionsdurchglühte Versorgungsfälle aus dem Morgenland auf. Das muss doch kaputt zu kriegen sein, dieses Land!

Mal sehen, wann bei uns der Schadensschmerz hinreichend gewachsen ist, um die Klugheit hervorzupressen. Danach können auch wir uns wieder nach oben graben. Das wird schon: Schließlich sind wir Deutsche ja bekannt für unseren Fleiß, unsere Tüchtigkeit und unseren Sachverstand.

Vorerst nützt uns unser Sachverstand wenig, denn gegen ihn haben wir ein Betäubungsmittel entdeckt, das ihn vollständig einnebelt: den Moralismus. Wie das Mittel wirkt, führt uns der Ökonom Lars Feld vor, immerhin Mitglied des Sachverständigenrats, auch unter „Die fünf Weisen“ bekannt.

Feld widerspricht energisch der Behauptung, die Asylsucher („Flüchtlinge“) überlasteten die finanziellen Möglichkeiten Deutschlands. 2017 würden die Leute uns nur zehn Milliarden Euro kosten, sagt er. Interessant: 2016 haben Bund und Länder so in etwa das Vierfache ausgegeben, wobei indirekte Belastungen wie Gerichts- oder Polizeikosten nicht mitgerechnet sind.

Egal: Deutschland könne das „angesichts eines Haushaltsüberschusses von 24 Milliarden Euro durchaus verkraften“, sagt Feld. Woher „Deutschland“ diesen Überschuss hat, sagt er lieber nicht. Er stammt nämlich direkt aus den Ersparnissen, den Renten- und Lebensversicherungen der einfachen Mittelschicht, die per Zins- und Geldpolitik häppchenweise enteignet wird zugunsten der Staatskasse, die deshalb so einiges „verkraften“ kann.

„Um ehrlich zu sein: Man kann sich da in der Flüchtlingsfrage weder arm noch reich rechnen“, versucht Feld abzulenken. Ach ja? Andere können das durchaus, die Rechnung ist ganz einfach: Zuwanderer machen ein Land reicher, wenn ihr Ausbildungsniveau höher liegt als das der Einheimischen, und sie machen ein Land ärmer, wenn ihr Niveau unter dem der Alteingesessenen zu finden ist. Das durchschnittliche Ausbildungsniveau der Asylsucher aus dem Orient und Afrika ist im Vergleich zum deutschen Mittelwert unterirdisch. Fragen?

Nicht an den renommierten Wirtschaftswissenschaftler, denn der hat nach dem zuletzt zitierten Satz lieber das besagte Betäubungsmittel eingeworfen und predigt: „Die Aufnahme von Flüchtlingen ist vor allem eine Frage der Humanität und der gesellschaftlichen Akzeptanz – nicht der Staatsfinanzen.“

Auf Deutsch: Feld könnte sehr wohl „rechnen“, er will aber nicht, weil ihm das nicht „humanitär“ erscheint. Da nützt einem der ganze „Sachverstand“ gar nichts mehr, wenn man unwillig ist, sich dieses Verstandes auch zu bedienen. Schade um den klugen Kopf. Lars Feld gilt als glasklarer Wirtschaftsliberaler – das waren mal die Männer, an denen der Vorwurf der „sozialen Kälte“ einfach abperlte, weil sie ihn für Kitsch hielten. Wer ihn nun reden hört, begreift langsam, warum es um die Partei der Grünen immer schlechter steht. Man bedarf ihrer gar nicht mehr, seit selbst Leute wie Professor Feld die grüne Weltverbesserungslyrik so tief eingeatmet haben, dass man sie gar nicht unterscheiden kann.

Es kann noch lustig werden in Deutschland. Wem der Blödsinn zu bunt wird, der kann ja auswandern. Wie wär's mit Venezuela? Dort drüben dürfen Sie die Zeit nach dem bösen Erwachen schon heute genießen. Die ist zwar hart, aber dafür denken die Leute wenigstens wieder geradeaus.

MEINUNGEN

***Wolfram Weimer** analysierte schon vor der Saar-Wahl auf „ntv.de“ (21. März), dass der **Schulz-Effekt** bereits wieder **abflaut**:*

„Inmitten des Jubel-Taumels ahnen altgediente Parteivordere freilich, dass die 100 Prozent in Wahrheit gar nicht gut sind, sondern verdächtig machen. Plötzlich ahnt das Publikum, dass mit der SPD-Show um ihren Heiland irgendetwas nicht stimmt. Nicht nur bei Journalisten werden jetzt die Reflexe der Kritik wach. Auch das breite Publikum geht auf die instinktive Suche, was an dem Kandidaten nicht so hundertprozentig ist. Plötzlich spaziert die Vokabel ‚überschätzt‘ durch die Martins-Republik.“

*Politikwissenschaftler **Oskar Niedermayer** erklärt im Gespräch mit „Focus-Online“ (27. März), was das **Problem von Martin Schulz** ist:*

„Der ‚Schulz-Effekt‘ hat die erste Bewährungsprobe nicht bestanden und die SPD steckt im Dilemma: Die Mehrheit der Westdeutschen will keine Koalition, in der die Linken Regierungsverantwortung bekommen. Das ist – Stand jetzt – jedoch die einzige Regierungsoption für Schulz. Die Parteiführung in Berlin muss sich nun genau überlegen, wie sie damit umgehen will.“

*Der frühere Berliner Abgeordnete **Erol Özkaraca** ist nach 23 Jahren **aus der SPD ausgetreten**. Gegenüber „Cicero“ (24. März) erläutert er seine Gründe:*

„Ich musste mir eingestehen, dass mein Kampf in der SPD für eine klare und eindeutige Abgrenzung zum politischen Islam und zum Islamismus in den vergangenen Jahren vollkommen erfolglos war ... Wie jetzt einige Genossinnen und Genossen darauf kommen, mich als ‚AfD-Polarisierer‘, ‚Türkenfeind‘ und ‚Buschkowsky-Schüler‘ zu schmähen, zeigt doch, dass die SPD oder zumindest Teile der Partei den Kontakt mit der Realität verloren haben.“

***Jan Fleischhauer** sieht bei den **Attacken auf die deutschen Autobauer** wegen Abgaswerten und ähnlicher „Delikte“ ganz andere Motive am Werk als den Umweltschutz, wie er auf „Spiegel online“ (27. März) schreibt:*

„Henry Morgenthau hieß der Mann, der vor 73 Jahren davon sprach, Deutschland wieder in einen Agrarstaat zu verwandeln. Was damals eine Schreckensversion war, ist heute für viele ein Glücksversprechen ... Machen wir uns nichts vor: Bei vielem, was auf europäischer Ebene gegen die deutsche Autoindustrie unternommen wird, geht es darum, Deutschland zu schwächen. Wer BMW und Daimler trifft, der trifft ins Herz der deutschen Wirtschaft, das wissen sie in Frankreich und Italien genau.“

*Der Journalist **Constantin Schreiber** hat ausgiebig Freitagspredigten in **deutschen Moscheen** gehört. Der „Welt“ (28. März) berichtet er:*

„Ich war davon ausgegangen, dass es wesentlich länger dauern würde, bis ich einmal etwas Problematisches zu hören bekommen würde. Umso erstaunter war ich, als ich Woche für Woche immer neue für mich verwirrende, teilweise erschreckende Predigten zu hören bekam.“